

# Zeit für Wohlstand

193

## 194 **Wirtschaft und Infrastruktur**

### 195 **Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen**

196 Wir stehen fest zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die seit Jahrzehnten  
197 Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land sichern.

198 Wir wollen in einer Zeit globaler Herausforderungen die Grundwerte unserer  
199 Wirtschaftsordnung bewahren und so weiterentwickeln, dass wir eine freiheitliche und  
200 erfolgreiche Gesellschaft gewährleisten, in der die Bürger ihr Leben eigenverantwortlich  
201 und selbstbestimmt führen können.

202 Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die Innovation und  
203 Unternehmertum fördert, Wohlstand für alle schafft und insbesondere dem Mittelstand  
204 neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.

205 Wir treten dafür ein, dass Arbeitnehmer immer deutlich bessergestellt sind als  
206 Empfänger von Sozialleistungen. Ihre Arbeit soll eine auskömmliche und sichere Rente  
207 gewährleisten.

208 Wir tragen Sorge dafür, dass wirklich Bedürftige in den Grundsicherungssystemen  
209 aufgefangen werden. Ein selbstgewähltes Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird nicht  
210 gefördert.

211 Mit unseren Maßnahmen bringen wir wieder Optimismus und Zuversicht in die  
212 Gesellschaft. Viele Regelungen der EU schwächen Wirtschaft und Wettbewerb, statt sie  
213 zu stärken. Beispiele dafür sind der „Green Deal“ und der Einfluss auf Energiefragen.

### 214 **Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden**

215 Deutschland ragte in früheren Jahrzehnten international heraus durch wirtschaftliche  
216 und wissenschaftliche Exzellenz. Die gegenwärtige Situation ist hingegen von einem  
217 wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Niedergang geprägt. Technologievorgaben,  
218 Auflagen und Verbote setzen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Teilen außer  
219 Kraft; suboptimale technische Lösungen und Produkte sind die Folge. Viele davon sind  
220 ohne staatliche Subventionen nicht marktfähig, zum Beispiel alternative Energien und  
221 Elektroautos. Viele Auflagen sind zudem mit den Ressourcen unseres Landes nicht zu  
222 vereinbaren. Dies gilt für den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen wie seltene Erden  
223 für alternative Energien und Antriebe, zu preiswerter fossiler oder nuklearer Energie  
224 genauso wie für gut ausgebildete in- und ausländische Fachkräfte.

225 Unsere Schulbildung erfolgt nicht mehr nach dem Leistungsprinzip. Auch mangelt es an  
226 Basiswissen in Mathematik und Deutsch am Ende der Grundschule. Dies setzt sich im  
227 weiteren Schulverlauf fort, wodurch zahlreiche Schulabgänger nicht mehr  
228 ausbildungsfähig sind. Während fast alle anderen Länder ihre Schulleistungen  
229 verbessern konnten, ist das einst führende Deutschland im weltweiten Vergleich auf ein  
230 mittleres Niveau zurückgefallen. Nachfolgende Generationen sind so nicht mehr  
231 international wettbewerbsfähig.

232 Für gut ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland ist Deutschland nicht mehr  
 233 attraktiv: Zu abschreckend sind hohe Steuern und Abgaben, mangelnde Sicherheit im  
 234 öffentlichen Raum, unzureichende Schulbildung in öffentlichen Schulen, knapper,  
 235 teurer Wohnraum sowie geringe Chancen auf Eigentumsbildung und eine  
 236 auskömmliche Alterssicherung.

237 Deutsche Unternehmenssteuern sind im internationalen Vergleich zu hoch und hindern  
 238 unsere Unternehmen daran, dringend benötigte Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.  
 239 Das kaum noch zu überblickende Ausmaß an Regulierung und Verboten senkt die  
 240 Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts für in- und ausländische Investoren. Eine  
 241 fortschrittliche wirtschaftliche Entwicklung wird dadurch zusätzlich erschwert. So fließt  
 242 seit einigen Jahren viel mehr Investitionskapital aus Deutschland heraus als hereinfließt.

243 Vor allem für Mittelstand und Landwirtschaft sind die strangulierenden Vorgaben der  
 244 Politik nicht mehr zu bewältigen. Viele Betriebe geben auf oder suchen neue Chancen im  
 245 Ausland.

246 Die immense Steuer- und Abgabenlast führt in Teilbereichen der Wirtschaft vermehrt zu  
 247 Schwarzarbeit, schwarzen Kassen und Lohndumping in verschachtelten  
 248 Subunternehmer-Pyramiden. Dadurch entsteht an Staat und Steuer vorbei eine  
 249 Parallelwirtschaft in einer Größenordnung von Hunderten Milliarden.

## 250 **Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken**

251 Wir streben eine funktionierende Wirtschaft an, die aus eigener Kraft und Profitabilität  
 252 in Forschung und Entwicklung investiert, um dem internationalen Markt innovative und  
 253 wettbewerbsfähige Angebote zu machen. Deutsche Unternehmen sollen an der  
 254 Weltspitze der Exportunternehmen stehen und „Made in Germany“ wieder zu einem  
 255 Markenzeichen für Exzellenz und Einzigartigkeit machen.

256 Dafür streben wir eine auf Leistung und Talentförderung ausgelegte Schul- und  
 257 Berufsbildung an. Unsere Universitäten sollen in die Lage versetzt werden, erstklassige  
 258 Talente aus Deutschland und aller Welt anzuziehen und unser Land in den Top-Branchen  
 259 zu einem internationalen Innovationsführer zu machen.

260 Dazu zählen wir neben den Traditionsbranchen wie Automobilbau, Maschinenbau,  
 261 Chemie auch moderne Hochtechnologien wie Dual-Fluid-Nukleartechnik,  
 262 Weltraumtechnologie, Nano-Technologie und Künstliche Intelligenz.

## 263 **Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten**

264 Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und  
 265 Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand,  
 266 insbesondere der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des  
 267 Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und  
 268 europäischer Ebene für eine technologieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die heutige  
 269 einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist sofort zu stoppen, ebenso die  
 270 Finanzierung der Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln. Diese kann aus Gründen  
 271 mangelnder Stromkapazitäten und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt  
 272 werden. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem weit stärker als der  
 273 Verbrennungsmotor.

Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder weiter existiert, muss wieder eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden und darf nicht auf ideologischer Verbotspolitik basieren. Wenn die bestehende, realitätsfremde EU-CO<sub>2</sub>-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung erfahren. Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug insgesamt.

### **Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort**

Staatliche Eingriffe in den Markt werden wir auf ein Minimum reduzieren. Wir sorgen stattdessen für Rahmenbedingungen, die Deutschland wieder attraktiv machen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Damit Unternehmer an die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir

Den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen durch:

- Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke
- Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie
- Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines
- Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen
- Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe
- Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum
- Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp

Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir durch:

- Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie
- Abschaffung des Verpackungsgesetzes
- Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung
- Vereinfachung des Vergaberechts
- drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte
- Aufhebung des Verbrennerverbots und der unerreichbaren Flottengrenzwerte
- Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie

Die deutsche Infrastruktur modernisieren wir durch:

- planvolle, kontinuierliche Sanierung von Straßen, Schienenwegen und Brücken
- Beschleunigung notwendiger Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Beschleunigung des Aufbaus der digitalen Infrastruktur
- Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung
- ein KMU-freundliches Weltraumgesetz, das unsere Möglichkeiten im All voranbringt

315 Den internationalen Handel fördern wir indem wir:

- 316 • den Austausch mit anderen Märkten erleichtern und intensivieren
- 317 • vorhandene Handelshemmnisse beseitigen
- 318 • vorteilhafte Handelsabkommen für unser Land abschließen, die dazu beitragen,
- 319 unsere Rohstofflieferketten zu sichern
- 320 • wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden

321 Mehr Netto vom Brutto schaffen wir durch:

- 322 • Senkung der Einkommensteuer durch einen deutlich höheren Grundfreibetrag
- 323 • Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau
- 324 • Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle

325 Mehr kluge Köpfe und Ideen gewinnen wir durch:

- 326 • zu erstklassiger Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft zurückkehren
- 327 • die Abwanderung heimischer Fachkräfte stoppen und Ausgewanderte zurückholen
- 328 durch attraktive Rahmenbedingungen für Arbeit, Vermögensbildung, Ausbildung
- 329 und Sicherheit
- 330 • einen zusätzlichen Steuerfreibetrag für Rentner bereitstellen, um Senioren im
- 331 Arbeitsmarkt zu halten
- 332 • durch unser Konzept „Aktivierende Grundsicherung“ hunderttausende
- 333 arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückbringen
- 334 • von Technologieverböten auf Technologieoffenheit umsteigen
- 335 • den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich abschaffen

### 336 **Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern**

337 Eigenverantwortung als Einstehen für die Folgen des eigenen Handelns ist ein  
 338 unverzichtbares Merkmal jeder freien Gesellschaft und gleichzeitig unabdingbarer  
 339 Bestandteil der Menschenwürde – auch im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen  
 340 Teilhabe.

341 Ausgangspunkt für die Stärkung der Eigenverantwortung ist für uns neben der Stärkung  
 342 des familiären Lebens eine umfassende Schulbildung, die unsere jungen Bürger zu gut  
 343 gebildeten und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft macht, den Grundstein für  
 344 eine erfolgreiche berufliche Entwicklung legt und sie zur Mitwirkung in Staat und  
 345 Ehrenamt befähigt. Unser Verständnis von Bildung schließt neben geistigen Fähigkeiten  
 346 und handwerklichem Können auch soziale Kompetenz mit ein.

### 347 **Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes**

348 Die Stimmung der Bürger unseres Landes ist heute von Verunsicherung und  
 349 Pessimismus geprägt: Unsicherheit durch bürgerferne Politik Unsicherheit darüber, was  
 350 man noch sagen darf; Unsicherheit über die Sicherheit in unseren Städten; Angst vor  
 351 einem großen Krieg und Sorge um die finanzielle Zukunft.

352 Maßgeblich dazu beigetragen hat die bewusste Panikmache der Regierung während der  
 353 Corona-Pandemie. Der Ukrainekrieg, die angeblich existenzbedrohende Klimakrise und  
 354 die exorbitante Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren hat vielen Bürgern  
 355 den Zukunftsoptimismus genommen. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen, auch viele

356 unserer Leistungsträger haben das Vertrauen in die aktuelle Politik und den Standort  
357 Deutschland verloren.

### 358 **Unsere Maßnahmen für starke Bürger**

359 Wir wollen selbstbewusste und kritische Bürger, die ihre demokratischen Rechte  
360 kompetent wahrnehmen, und wollen deshalb die Bürger durch staatliche Vorgaben nicht  
361 unnötig einschränken. Diese Ziele wollen wir verwirklichen durch

- 362 • Wiederherstellung eines funktionierenden, politisch neutralen Bildungswesens als  
363 Ort der Vorbereitung auf den späteren Leistungswettbewerb,
- 364 • Vermittlung praxisorientierter Kenntnisse in den Bereichen Sozialversicherungen,  
365 Wirtschaft und Geldanlage bereits in der Schule,
- 366 • grundlegende, vereinfachende Reformen zur besseren Verständlichkeit des Steuer-  
367 und Sozialsystems,
- 368 • Senkung der Steuer- und Abgabenlast zur Erweiterung des finanziellen  
369 Handlungsspielraums der Bürger,
- 370 • Förderung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem  
371 durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum,
- 372 • erweiterte steuerliche Absetzbarkeit für die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge,
- 373 • Förderung der privaten Vermögensbildung und des privaten Wohneigentums.

## 374 **Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden**

375 In weiten Teilen Deutschlands herrscht unter anderem durch unkontrollierte  
376 Einwanderung Wohnungsnot. Ausufernde gesetzliche Vorgaben zum Bau- und  
377 Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, behindern die Erstellung preiswerter  
378 Wohnungen.

379 Wir werden den Wohnungsbau von diesen Fesseln befreien, damit sich in Zukunft wieder  
380 jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann. Wohlstand entsteht aus  
381 Wohneigentum. Siebzig Prozent aller EU-Bürger leben im Eigentum, während die  
382 Mehrheit der Deutschen nicht in den eigenen vier Wänden sondern zur Miete wohnt.

## 383 **Wohn- und Baunebenkosten senken**

384 Neben den Baukosten sind die Wohnnebenkosten deutlich zu senken, um Wohnen für  
385 die Bürger wieder bezahlbar zu machen. So sind die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer,  
386 die Grundsteuer und der Rundfunkbeitrag (GEZ) aufzuheben, sowie die  
387 Grunderwerbssteuer für ausländische Käufer mit Hauptwohnsitz außerhalb der EU auf  
388 20% zu erhöhen, so wie in Österreich. Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO<sub>2</sub>-  
389 Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.

## 390 **Baurecht muss nationales Recht bleiben**

391 Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Entscheidungen zum Baurecht den  
392 Nationalstaaten vorzubehalten. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem  
393 Bereich lehnen wir ab.

## 394 **Bestandsschutz**

395 Zum Schutz von Eigentum und Bestand vor veränderten Bauvorschriften muss immer  
396 das Baurecht aus dem Erstellungszeitraum anwendbar bleiben.

## 397 **Mieter zu Eigentümern machen**

398 Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut und vor Mietsteigerungen.  
399 Umwandlungshemmnisse wollen wir aufheben. Mieter sollen beim Kauf von  
400 selbstgenutztem Wohneigentum z.B. durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden.

401 Zur Förderung der Eigentumsbildung werden wir einen Rahmen schaffen, in dem Mieter  
402 ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbauunternehmen zu vergünstigten  
403 Bedingungen erwerben können.

404 Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken  
405 bevorzugt werden.

## 406 **Einheimische fördern**

407 Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind Einheimische nach  
408 dem Einheimischen-Modell zu bevorzugen.

## 409 **„Alles wieder zurück auf Start“: Kein erleichtertes Baurecht für großflächige 410 Energieerzeugungsanlagen**

411 Die meisten Deutschen wohnen im ländlichen Raum. Damit diese am gesellschaftlichen  
412 und wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können, muss die Infrastruktur



413 und vor allem der ÖPNV bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausgebaut werden. Der  
 414 ländliche Raum ist durch eine hohe Selbstverantwortung und Selbstorganisation seiner  
 415 Bürger geprägt. Wenn das Heimatgefühl stärker ist als die Anziehungskräfte urbaner  
 416 Räume, werden die Menschen weiter im ländlichen Raum wohnen wollen.

417 Unabdingbar für den Verbleib der Menschen in ihrer Heimat ist, dass diese nicht durch  
 418 den Zubau mit Windkraftgroßanlagen zu einem Industriepark verkommt.

419 Größe und Häufigkeit solcher Anlagen und deren maßlose Anhäufung zu Windparks  
 420 zerstören das Landschaftsbild ganzer Regionen, während weiterhin selbst kleine  
 421 Wohngebäude im Außenbereich keine Chance auf eine Baugenehmigung haben. Möglich  
 422 wurde dies durch zahlreiche ideologiegetriebene Änderungen im Baurecht auf Bundes-  
 423 und Landesebene.

424 Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und  
 425 Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden.

426 Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die  
 427 ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen. Außerdem muss Ersatz für alte  
 428 Bestandsbauten genehmigungsrechtlich im Außenbereich ermöglicht werden.

## 429 **Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft**

430 Nicht nur Straßen, Gleise, Brücken und auch Energieversorgungseinrichtungen wie  
 431 Nord Stream 2 sind Grundlagen einer wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren  
 432 Industrienation, sondern auch Informationskanäle und Leitungen. Die Sicherstellung  
 433 einer Versorgung mit Daten ist dabei genauso wichtig, wie die Zurverfügungstellung  
 434 eines umfassenden Leitungsnetzes für verschiedene Energieträger.

435 Nur ein ausgewogener Energiemix aus unterschiedlichen Bezugsquellen kann  
 436 Deutschlands energetische Unabhängigkeit garantieren. Die hierfür nötigen Leitungen  
 437 sind dauerhaft sicherzustellen.

438 Unsere Infrastruktur, welche seit Jahrzehnten vernachlässigt wurde, ist die Lebensader  
 439 von Wirtschaft und Gesellschaft und damit Grundlage des Sozialstaates. Unsere bauliche  
 440 Infrastruktur ist geprägt von maroden Bauwerken. Wir fordern die Neubewertung des  
 441 deutschen Sonderweges in der Spannbetonbauweise. Insbesondere vor dem  
 442 Hintergrund der symbolischen Wirkung des Einsturzes der Dresdener Carolabrücke  
 443 fordert die AfD die Bewilligung von Neubauprojekten zu beschleunigen sowie die  
 444 zwingend notwendigen Reparaturen und Sanierungen aller betroffenen Bauwerke.

## 445 **Energieinfrastruktur und Energiepolitik**

446 Die jahrzehntelange Fokussierung auf die ideologiegetriebene „Klimapolitik“ und die  
 447 bevorzugte Behandlung der angeblich erneuerbaren Energien haben Deutschland in  
 448 eine energiepolitisch prekäre Lage gebracht. Der von allen etablierten Parteien  
 449 betriebene Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie hat diese Situation verschärft. Im  
 450 Zuge der Russlandsanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung Deutschlands  
 451 zusätzlich erheblich gefährdet. Unser Land ist damit international nicht mehr  
 452 wettbewerbsfähig. Während dies zu einer Deindustrialisierung und Verarmung der  
 453 deutschen Bevölkerung führen wird, freuen sich die ökosozialistischen „Klimaschützer“  
 454 über sinkende CO<sub>2</sub>-Emissionen.

455 Keine der sogenannten erneuerbaren Energien oder der angestrebten neuen  
456 Anwendungen wie Wärmepumpen oder Elektromobilität können ohne Subventionen  
457 am Markt bestehen, während konventionelle Energien künstlich verteuert oder verboten  
458 werden. Diese Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien kostet die deutschen  
459 Steuerzahler enorme Summen, hat die Stromnetze destabilisiert und Deutschland zu  
460 einem Stromimportland mit einem der höchsten Strompreise aller Industrieländer  
461 gemacht. Viele Bürger müssen Wohlstandseinbußen hinnehmen und energieintensive  
462 Unternehmen wandern ab oder melden Insolvenz an.

463 Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und  
464 Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus  
465 Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.  
466 Zukünftig müssen Anlagen zur Erzeugung „Erneuerbarer Energien“ ihre  
467 uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den  
468 Verzicht auf Vorranginspeisung und Subvention nachweisen.

469 Die Arbeit der Bundesnetzagentur wird die AfD, wie vom Europäischen Gerichtshof  
470 gefordert, wieder auf ihre ideologiefreien Grundaufgaben – Regulierung der Strom- und  
471 Gasmärkte und Sicherstellung der Versorgungssicherheit – zurückführen. Die  
472 verbliebene und noch intakte Leitung von Nord Stream 2 (Strang B) soll so schnell wie  
473 möglich in Betrieb genommen werden. Die Reparatur des beschädigten Nord Stream 1  
474 und 2 Stränge ist zeitnah durchzuführen und die Saboteure müssen ermittelt und zum  
475 Schadenersatz herangezogen werden. Den geplanten Ausstieg aus der  
476 Braunkohleverstromung wird es mit der AfD nicht geben. Neben dem kurzfristig  
477 notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant.  
478 Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen  
479 berücksichtigt werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in  
480 Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen  
481 sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt  
482 werden.

483 Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere  
484 Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu  
485 teuer sind. In einem technologieoffenen Wärmesektor werden erneut preiswertes Gas,  
486 bevorzugt aus Pipelines, oder Heizöl zur Verfügung stehen. Wasserstoff als Energieträger  
487 ist nicht wettbewerbsfähig. Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür  
488 einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.

489 Vertraglich zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben bestehen. Die  
490 Technologieoffenheit wird gewährleistet und für Industrie- und Privatleute wird die  
491 Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei gehalten.

492 Die AfD wird durch Korrektur der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichen,  
493 dass Strom wieder jederzeit in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen zur  
494 Verfügung steht. Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und  
495 Wasserstofftechnik, werden dafür nicht benötigt.



## 496 **Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht**

497 Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik  
498 aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt  
499 oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger  
500 in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

## 501 **Den Motorisierten Individualverkehr schützen**

502 Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste  
503 Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende  
504 Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte  
505 Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Tempo-30-Regelungen auf Hauptstraßen  
506 erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von  
507 innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem  
508 Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt  
509 zudem Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund Fehlverhaltens  
510 Einzelner ab. Grundsätzlich setzt die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger  
511 ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren  
512 ermöglichen.

## 513 **Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern**

515 Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Stattdessen  
516 wollen wir die wirklichen Probleme anpacken. Viele Autobahnen und Brücken in  
517 Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden. Das geht  
518 nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen sowie  
519 dem Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Ersatzbauten. Zudem fordert die AfD  
520 mehr Lkw-Parkplätze sowie konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote  
521 zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Die massive CO<sub>2</sub>-bezogene Erhöhung der Lkw-  
522 Maut muss zurückgenommen werden, da sie vor allem die Waren verteuert. Um die  
523 Wettbewerbsfähigkeit deutscher Spediteure zu sichern, wollen wir die Einhaltung der  
524 Kobotage- und Sozialvorschriften bei ausländischen Spediteuren konsequent  
525 überwachen. Hierzu sollen sowohl die Mautdaten als auch die Daten aus dem  
526 intelligenten Fahrtenschreiber genutzt werden. Das Konzept der „Rollenden Landstraße“  
527 und des Containerumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit  
528 regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und  
529 multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist zu  
530 verdichten. Wir setzen uns für eine zukunftsichere Sanierung des stark  
531 vernachlässigten Bundeswasserstraßennetzes, die Sicherung des Hafenstandortes  
532 Deutschland und Anreize für Reeder ein, um wieder unter deutscher Flagge zu fahren  
533 und deutsche Seeleute zu beschäftigen.

## 534 **Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr**

535 Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und  
536 abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen  
537 und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Das Bundesschienennetz muss real  
538 dem Gemeinwohl dienen und effizient betrieben werden. Der Bahnkonzern muss dafür

539 in eine GmbH umgewandelt und so strukturiert werden, dass der Bund seine  
 540 Infrastruktursparte wirksam steuern kann. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit  
 541 sowie eine optimale Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr  
 542 müssen gewährleistet werden. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange  
 543 vernachlässigten Schienennetzes -- insbesondere die Beseitigung von Engpässen und  
 544 die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Das Deutschlandticket muss zu einem  
 545 ehrlichen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung  
 546 des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen.

547 Die AfD setzt sich dafür ein, das überkomplexe Europäische Signalsystem ETCS auf den  
 548 kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren, um damit europaweit Kompatibilität zu  
 549 gewährleisten, Kosten zu reduzieren und die Kapazität des Netzes erheblich zu erhöhen.

#### 550 **Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken**

551 Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort  
 552 Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie  
 553 geopfert werden. Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken.

554 Nach dem Ende der Corona-Einschränkungen haben – abgesehen von Deutschland – alle  
 555 Länder Europas das vor-Corona-Niveau längst wieder erreicht. Die deutschen Flughäfen  
 556 und Fluggesellschaften leiden dagegen unter überbordenden, rein ideologisch  
 557 begründeten Nebenkosten, die sie nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben können.  
 558 Viele Flüge werden dadurch unrentabel, weshalb es bereits zu erheblichen  
 559 Verkehrsverlagerungen ins Ausland kommt.

560 Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuer und richtet sich  
 561 gegen unrealistische EU-CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele.

## 562 **Digitalisierung**

563 Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie  
564 bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt Regelaufgaben und demokratisiert  
565 Informationsaustausch. Die AfD begrüßt diese Entwicklung.

566 Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD allerdings gegen jede Anwendung der  
567 Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert. Aus diesem Grund hat Datenschutz  
568 für uns einen hohen Stellenwert. Als Partei zur Wahrung des Rechts und der Demokratie  
569 fordert die AfD die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im Bereich der  
570 Digitalisierung.

## 571 **Analoges Leben**

572 In einer zunehmend digitalisierten Welt müssen die Abwehrrechte der Bürger  
573 gegenüber dem Staat gestärkt werden. Die möglichst direkte und weitgehende Kontrolle  
574 und Verfügungsgewalt über die persönlichen Informationen, Eigentum und Vermögen  
575 sind essenziell für die grundgesetzlich fixierten Abwehrrechte des Bürgers gegenüber  
576 dem Staat und für das Gefühl, selbstbestimmt leben und sich frei ausdrücken zu können.  
577 Darum setzt sich die AfD für die Anerkennung des Rechts der Bürger auf ein analoges  
578 Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe als allgemeines  
579 Bürgerrecht ein und für den uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes als gesetzliches  
580 Zahlungsmittel.

## 581 **Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung)**

582 In China ist ein Social-Profiling (soziale Musteranalyse) und „Social-Credit-System“  
583 (Gesellschaftliches Bonitätssystem) für Bürger installiert worden, mit dem die Bürger für  
584 wohlfeiles Verhalten belohnt und bei nicht opportunem Verhalten empfindlich in ihren  
585 Freiheiten eingeschränkt werden. Ähnliche Überlegungen sind in mehreren westlichen  
586 Ländern unter anderem in Verbindung mit sogenannten 15-Minuten-Städten zu  
587 beobachten. Die AfD lehnt jegliche derartige Bestrebungen ab.

## 588 **Digitale Assistenzsysteme**

589 Durch die technische Entwicklung lassen sich immer mehr elektronische Systeme  
590 präzise lokalisieren und überwachen, auch ohne Zustimmung und Wissen der Nutzer.  
591 Unternehmen und staatliche Institutionen nutzen diese technischen Möglichkeiten, um  
592 das Leben der Bürger und Verbraucher bis ins letzte Detail auszuforschen. Als Beispiel  
593 sind hier die Handyortung zu nennen, das eCall-System, automatische  
594 Geschwindigkeitsüberwachung und die ferngesteuerte Stilllegung bei Fahrzeugen.  
595 Dadurch lassen sich detaillierte Nutzungs- und Bewegungsprofile erstellen.

596 Schon das Wissen um die Aufzeichnung und Zusammenführung solcher Daten  
597 beeinflusst die Bürger in ihrem Verhalten.

598 Wir fordern die Einschränkung der Ortung und Geräteüberwachung auf das geringste  
599 notwendige Maß, sowie die verpflichtende Möglichkeit der Abschaltung durch den  
600 Anwender. Weiterhin fordern wir vollständige Transparenz über die  
601 Überwachungsmöglichkeiten gegenüber dem Anwender.

## 602 **Kampf gegen Desinformation**

603 Kritische und störende Meinungen, solange sie nicht die Grenze zur Strafbarkeit  
604 überschreiten, gehören zum verfassungsrechtlich garantierten Recht eines jeden  
605 Bürgers unseres Landes. Die Äußerung der freien Meinung in Medien jeglicher Art stellt  
606 auch eine Kontrollmöglichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat dar. Die freie  
607 Meinungsäußerung schließt auch das Recht auf Irrtum ein.

608 In letzter Zeit wird jedoch durch öffentlich-rechtliche sowie „nicht-staatliche“ Akteure  
609 versucht, die Meinungsfreiheit durch direkte Verbote oder Delegitimierung kritischer  
610 Meinungen einzuschränken. Immer mehr öffentlich-rechtliche sowie nicht-staatliche  
611 Akteure, sogenannte „NGOs“, wie zum Beispiel „Faktenchecker“ oder „Correctiv“, werden  
612 über staatliche Beauftragung und Finanzierung für Desinformationskampagnen  
613 eingespannt. Beispielhaft sei hier an die Kampagnen für die Corona-Impfung erinnert.

614 Auch die Bundesregierung selbst nutzt den Einfluss auf Social-Media-Plattformen direkt  
615 zur Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches ihrer Bürger. Ein  
616 wirkmächtiges Instrument ist dabei das NetzDG, da dieses Social-Media-Plattformen  
617 zwingt, Inhalte binnen kürzester Zeit zu löschen.

618 EU-Initiativen wie der "Code of Practice on Disinformation" werden in Stellung gebracht,  
619 um legitime Meinungen als Desinformation abzustempeln und zu zensieren.

620 Wir fordern das sofortige Einstellen aller Desinformationskampagnen und die  
621 Beendigung jeglicher Finanzierung von nichtstaatlichen Akteuren, die auf die freie  
622 Meinungsbildung einwirken oder diese zu unterdrücken versuchen. Die Finanzierung  
623 von NGOs muss offengelegt werden. Deshalb lehnen wir auch die Implementierung des  
624 europäischen „Digital Services Act (DSA)“ in Deutschland entschieden ab und werden das  
625 NetzDG rückabwickeln. Eine Demokratie braucht kein „Wahrheitsministerium“ und  
626 muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird Sie zur Diktatur.

## 627 **DSGVO**

628 Die DSGVO kommt ihrem eigentlichen Ziel, nämlich Datenschutz und informationelle  
629 Selbstbestimmung, nur schlecht nach, belastet aber gerade kleine und mittlere  
630 Unternehmen und die Verbraucher, beispielsweise mit omnipräsenten  
631 Einwilligungsabfragen. Daher fordert die AfD die Abschaffung der DSGVO und Rückkehr zu  
632 einem schlanken, aber effektiven Bundesdatenschutzgesetz.

633 Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle stärken und auch gegenüber staatlichen  
634 Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Staatenschutzregeln wie der  
635 Bürger einzuhalten hat.

## 636 **Digitale Souveränität**

637 Die AfD fordert die Erstellung einer Bundestrategie für digitale Souveränität, um die  
638 Autonomie der Bürger im digitalen Zeitalter zu gewährleisten und staatliche  
639 Institutionen, sowie kritische Infrastruktur effektiv zu schützen. Zu Elementen dieser  
640 Strategie gehören zum Beispiel Open-Source-Techniken und dezentraler Systeme, wie  
641 auch die Entwicklung bundeseigener Hard- und Software für kritische Infrastruktur.

## 642 **Künstliche Intelligenz**

643 KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen  
644 wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche  
645 Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz zum Beispiel in Medizintechnik und  
646 Verkehrswesen ermöglichen. Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit  
647 verfügbare kostengünstige Energie.

648 Gleichzeitig kann KI aber auch ein Risiko speziell für kritische Infrastruktur,  
649 Verkehrstechnik und bürgerliche Freiheiten darstellen. Die zentralistische Regulierung  
650 dieser Themen durch die EU, wie durch den Cybersecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und  
651 den Artificial Intelligence Act lehnt die AfD ab und fordert praxisnahe, nationale  
652 Lösungen.

## 653 **Rente, Soziales und Gesundheit**

### 654 **Unser Konzept für eine faire und auskömmliche** 655 **Rentenversicherung**

656 Wir streben eine Rentenversicherung an, mit der Erwerbstätige sich wieder einen  
657 finanziell gesicherten Lebensabend erarbeiten können. Wir halten es dabei für zwingend  
658 erforderlich, auch unseren derzeitigen Senioren, die in einem langen Arbeitsleben unser  
659 Land und unseren Wohlstand aufgebaut haben, einen Lebensabend in Würde zu  
660 ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine signifikante Erhöhung ihrer Renten. Unser  
661 fernerer Ziel ist es, in mehreren Schritten das durchschnittliche Rentenniveau der  
662 westeuropäischen Länder zu erreichen, das derzeit bei gut 70 Prozent des letzten  
663 Nettoeinkommens und damit deutlich höher liegt als das deutsche.

### 664 **Die desolate Situation im deutschen Rentensystem**

665 Das deutsche Rentenniveau ist mit nur 53% des letzten Nettogehalts nach Eurostat eines  
666 der niedrigsten in Westeuropa. Dieses Niveau bedeutet für einen großen Teil der Rentner  
667 bittere Altersarmut. In Österreich etwa bezieht ein Arbeitnehmer mit Durchschnittslohn  
668 nach 45 Arbeitsjahren eine Rente von 2.600 €, ein vergleichbarer Rentner in Deutschland  
669 magere 1.500 €. Schaut man sich die Differenz zwischen den beiden Renten an, so  
670 entstehen etwa 30% des Unterschieds durch die höheren Rentenbeiträge in Österreich.  
671 Weitere 30% werden generiert, weil in Österreich auch Bevölkerungsgruppen in die  
672 Rentenkasse einzahlen, die bei uns befreit sind, zum Beispiel Politiker und Beamte.  
673 Weitere 15% werden durch höhere Staatszuschüsse erzielt. Lediglich die etwas jüngere  
674 Bevölkerungsstruktur lässt sich kurzfristig nicht kopieren. Durch sie entstehen die  
675 restlichen 25% des Unterschieds. Das heißt aber auch: Eine ähnlich hohe Rente wie in  
676 Österreich ist langfristig auch bei uns möglich.

### 677 **Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut**

678 Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen, die Verrentung  
679 flexibler und gerechter gestalten und Anreize für eine freiwillige Verlängerung der  
680 Lebensarbeitszeit setzen und

- 681 • Verbeamtungen nur noch für diejenigen vorsehen, die mit Hoheitsaufgaben betraut  
682 sind, so dass die große Mehrheit der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung  
683 einzahlt,
- 684 • Einbeziehung der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung,
- 685 • Ermöglichung eines flexiblen Renteneintrittsalters, abschlagsfrei nach 45  
686 beitragspflichtigen Arbeitsjahren,
- 687 • mittelfristige Finanzierung aller nicht beitragsgedeckten Leistungen aus dem  
688 Bundeshaushalt,
- 689 • Ausgleich der anstehenden Rentenbeitragsanhebungen durch Steuersenkungen für  
690 Beschäftigte und Unternehmen,
- 691 • Nichtanrechnung der Zuverdienste von Witwen und Witwer auf die  
692 Hinterbliebenenrente,
- 693 • Vergütung der Elternschaft bei der Rente.



## 694 **Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren**

- 695 • Rationalisierungsinvestitionen zur Erhöhung der Produktivität und der Löhne durch
- 696 Unternehmenssteuersenkungen erleichtern,
- 697 • Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem
- 698 • Einkommensteuern gesenkt werden und
- 699 • das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird,
- 700 • Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen
- 701 Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €,
- 702 • Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger,
- 703 indem
- 704 • eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert wird und
- 705 • das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder gestärkt wird,
- 706 • durch früheren Berufseintritt und weniger Teilzeitarbeit einen höheren
- 707 Lebensverdienst ermöglichen,
- 708 • Kinderwünsche nicht mehr an Geld- und Karrieresorgen scheitern lassen durch
- 709 • ein Erziehungsgeld, das Eltern die Eigenbetreuung ihre Kinder in den ersten drei
- 710 Lebensjahren finanziell erleichtert sowie
- 711 • Hilfen beim beruflichen Wiedereinstieg,
- 712 • eine Willkommensprämie von 20.000 € für neugeborene Babys, sofern bereits
- 713 Rentenbeiträge in derselben Höhe eingezahlt worden sind, andernfalls eine
- 714 Gutschrift auf zukünftige Rentenbeiträge in dieser Höhe; die Prämie wird aus
- 715 Steuermitteln finanziert und reduziert die Rente nicht,
- 716 • Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe
- 717 mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende
- 718 Alleinerziehende,
- 719 • Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende
- 720 ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind.

## 721 **Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung**

722 Ein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll nach einer  
 723 einmaligen Ausnahme nur haben, wer die Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt hat.  
 724 Grundsätzlich soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach drei vollen  
 725 Beitragsjahren eintreten und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. Für je zwei  
 726 weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat. Zudem sollen  
 727 Arbeitnehmer über 50 Jahre bereits zum Zeitpunkt der Kündigung durch den  
 728 Arbeitgeber Anspruch auf einen Berechtigungsschein für eine private  
 729 Arbeitsvermittlung erhalten. Da eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt umso  
 730 schwieriger wird, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, soll es auch während des  
 731 Arbeitslosengeldbezugs intensive Beratungs-, Weiterbildungs- und  
 732 Vermittlungsangebote geben.

## **Unser Konzept für eine Grundsicherung**

Da alle erwachsenen Bürgergeldempfänger grundsätzlich als erwerbsfähig gelten, ist es unser Ziel, sie kurzfristig wieder in Arbeit zu bringen. Denn je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und desto teuer wird das Bürgergeld.

## **Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht**

Das Bürgergeld ist Teil unseres Sozialstaats und soll dazu dienen, an sich erwerbsfähige, aber momentan arbeitslose Mitglieder unserer Gesellschaft zu unterstützen, bis sie wieder auf eigenen Beinen stehen können. Bisheriges Ziel ist eine qualifizierte Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Hierzu wurden die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gegenüber Hartz4 stark erweitert. Tatsächlich führen jedoch nur wenige Maßnahmen zu einer erfolgreichen Vermittlung in Arbeit.

Die höheren Regelbedarfssätze des „Bürgergeldes“ gegenüber Hartz4 haben im Gegenteil dazu geführt, dass die Zahl derjenigen massiv angestiegen ist, für die sich eine Erwerbstätigkeit schlichtweg nicht mehr lohnt; sie verbleiben dauerhaft im Bürgergeldbezug. Ein Elternpaar mit zwei Kindern beispielsweise bezieht ein vom Steuerzahler finanziertes Bürgergeld von rund 3.000€ monatlich für Regelbedarfe, Miete und Heizkosten, wozu normalerweise zwei Verdiener im Haushalt erforderlich sind. Hinzu kommen unter anderem noch eingesparte GEZ-Gebühren, kostenlose Kitas und Kindergärten und teilweise verbilligte oder kostenlose Tickets im öffentlichen Nahverkehr.

Experten gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der Bürgergeldempfänger am Finanzamt und den Sozialversicherungen vorbei schwarzarbeitet. Die hohen Kosten dafür aber gehen zulasten der Steuerzahler, die dies in ihrer großen Mehrheit nicht länger mittragen möchten.

Jobcenter können in vielen Fällen von Pflichtverletzungen nicht ausreichend sanktionieren oder wenden mögliche Sanktionen nicht an, etwa wenn ein zumutbarer angebotener Job nicht angenommen wird. So verwundert es nicht, dass die Zahl der Arbeitsvermittlungen von Arbeitslosen in den Jobcentern seit Einführung des Bürgergeldes um fast 6% gesunken ist. Obwohl wir über 4 Millionen erwerbsfähige Bürgergeldbezieher haben, konnten die den Jobcentern 2024 durchschnittlich gemeldeten rund 700.000 offenen Arbeitsstellen nicht besetzt werden.

Viele Arbeitslose werden in Maßnahmen „geparkt“, die die Arbeitslosen selbst für sinnlos halten. Insgesamt ist die derzeitige Vermittlungsquote mit 1,8 Vermittlungen pro Jahr und Vermittler viel zu niedrig und dadurch auch die einzelne Vermittlung viel zu teuer.

Die hohen Regelbedarfssätze im Bürgergeld stellen zudem einen der Magneten für die Einwanderung in unsere Sozialsysteme dar. Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind inzwischen Ausländer, von denen die meisten noch nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben. Diese Masseneinwanderung in den Bürgergeld-Bezug bedroht dessen Finanzierbarkeit zulasten der tatsächlich bedürftigen Mitglieder unserer Gesellschaft, ihrer Steuerzahler und des deutschen Sozialstaates in seiner Gesamtheit.

Wir werden diesen Fehlentwicklungen durch eine grundlegende Reform des Bürgergeldes resolut entgegenwirken.

## 776 **Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende**

777 Wir wollen erwerbsfähige Grundsicherungsbezieher schneller wieder in Arbeit bringen,  
 778 damit sie wieder auf eigenen Beinen stehen können. Gleichzeitig senken wir so die  
 779 Kosten für die Steuerzahler, die unsere Grundsicherungssysteme finanzieren. Dabei  
 780 gehen wir vom Grundsatz aus, dass jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten soll, anstatt  
 781 der Gesellschaft zur Last zu fallen. Dazu wollen wir

- 782 • Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach 6 Monaten noch immer im
- 783 Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen,
- 784 • den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet als Voraussetzung für den
- 785 Grundsicherungsbezug wieder einführen und kontrollieren,
- 786 • Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen,
- 787 • eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne „aufstockende“
- 788 Sozialleistungen von mindestens fünf Jahren in Deutschland zur Voraussetzung für
- 789 den Bürgergeld-Bezug ausländischer Staatsangehöriger machen und ihren
- 790 Bürgergeld-Bezug auf ein Jahr begrenzen,
- 791 • ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus
- 792 dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern
- 793 gleichstellen,
- 794 • die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die
- 795 personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei
- 796 gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten,
- 797 • Arbeitsagenturen und Jobcenter berufsfeldorientiert organisieren und vorrangig mit
- 798 branchenerfahrenen Vermittlern besetzen,
- 799 • stellenorientierte, passgenauere „Matching“-Verfahren für Arbeitssuchende
- 800 einführen,
- 801 • Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bei Bildungsträgern durchführen, die den
- 802 Vermittlungserfolg ihrer Maßnahmen nachweisen,
- 803 • die direkte Kontaktpflege zwischen Arbeitsvermittler und relevanten Arbeitgebern
- 804 organisieren,
- 805 • die persönliche Sicherheit der Mitarbeiter in den Jobcentern erhöhen,
- 806 • Verhinderung des Mehrfachbezuges von Bürgergeldleistungen durch biometrische
- 807 Identitätsfeststellung und digitale Vernetzung der Jobcenter und Agenturen,
- 808 • die Regelbedarfssätze an die tatsächliche Inflationsentwicklung des Bürgergeld-
- 809 Warenkorbs anpassen.

## 810 **Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau**

811 Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der  
 812 Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den  
 813 Steuerzahler. Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu  
 814 unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird.

815 Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern  
 816 zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen. Die AfD steht für ein ausgewogenes  
 817 Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die  
 818 Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.

## 819 **Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können**

820 Wir streben einen wirtschaftlichen Zustand an, in dem möglichst viele Bürger aus  
 821 eigener Kraft ein auskömmliches, selbstbestimmtes Leben führen. Für Situationen, in  
 822 denen das nicht möglich ist, existieren die Systeme der Grundsicherung: die Sozialhilfe  
 823 bei Erwerbsunfähigkeit, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die  
 824 Grundsicherung im Alter, wenn die Rente nicht reicht und kein Vermögen vorhanden ist.  
 825 Die monatlichen Regelsätze pro Person fallen in den drei Systemen gleich hoch aus; die  
 826 Nebenbedingungen wie Schonvermögen und Autobesitz sind jedoch unterschiedlich  
 827 geregelt. Insbesondere sind die Grundsicherungsempfänger im Alter in diesen  
 828 Positionen gegenüber Bürgergeldempfängern schlechter gestellt, was wir ändern  
 829 werden.

830 Das nicht zielführende Bürgergeld wollen wir mittels unseres Konzepts „Aktivierende  
 831 Grundsicherung“ neugestalten. Die übrigen Systeme der Grundsicherung behalten wir  
 832 bei wie bisher.

833 Wir unterstützen sinnvolle Maßnahmen, die Menschen mit Einschränkungen eine  
 834 bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Deshalb stehen wir ein für  
 835 den Erhalt spezialisierter Förderschulen, die den Lebensweg behinderter Menschen  
 836 erleichtern. Die häusliche Betreuung Behinderter durch Angehörige wollen wir besser  
 837 honorieren und bürokratische Auflagen abschaffen, wie zum Beispiel die eingeschränkte  
 838 Nutzung des Behinderten-PKW durch pflegende Angehörige. Behinderten in  
 839 Werkstätten möchten wir durch Mittelumschichtung den Erhalt des Mindestlohns  
 840 ermöglichen; ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben für Menschen mit  
 841 Einschränkungen ist unser übergeordnetes Ziel.

## 842 **Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden**

843 Während die Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Pflege-,  
 844 Arbeitslosenversicherung) durch Beiträge von Arbeitnehmern finanziert werden, sind  
 845 Sozialleistungen eine durch Steuern finanzierte Unterstützungsleistung.  
 846 Versicherungsfremde Leistungen sind daher nicht aus den Beiträgen zu den  
 847 Sozialversicherungen, sondern aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Dennoch wurde  
 848 die Sanierung des Haushalts 2024 zum Teil aus den Sozialversicherungen finanziert, wie  
 849 die Finanzierung von Coronamaßnahmen aus der Pflegekasse, was einen klaren  
 850 Missbrauch der dem Staat anvertrauten Sozialversicherungs-Beiträge darstellt.

851 Durch das Beenden dieser Zweckentfremdung können Leistungen erhöht werden oder  
 852 die Beiträge gesenkt werden. Für die Rentenversicherung bedeutet die Übernahme der  
 853 nicht beitragsgedeckten Leistungen durch den Bundeshaushalt, dass allein dadurch  
 854 knapp zwölf Prozent höhere Mittel für die Rentenfinanzierung zur Verfügung stünden.

## 855 **Unser Konzept einer zukunftsicheren Kranken- und** 856 **Pflegeversicherung**

857 In Deutschland sind die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung mit insgesamt  
 858 18,7 bis 20,1% etwa doppelt so hoch wie in Österreich oder der Schweiz, ohne dass dies  
 859 durch entsprechende höhere Leistungen gerechtfertigt wäre. Weitere  
 860 Beitragssatzerhöhungen sind vorprogrammiert. Das werden wir verhindern, indem die

861 beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger, die heute zu Zweidritteln vom  
 862 Beitragszahler finanziert wird, zukünftig vollständig aus dem Bundeshaushalt  
 863 aufgebracht wird. Ein weiterer Ansatzpunkt zur Senkung der  
 864 Krankenversicherungsbeiträge sind die exorbitant hohen Verwaltungskosten, die wir  
 865 durch eine Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung, sowie die  
 866 Vereinfachung der enorm aufgesplitterten Selbstverwaltungsstrukturen bei  
 867 Kassenärzten, Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegedienstleistungen massiv  
 868 senken wollen.

869 Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wollen wir erleichtern, indem  
 870 wir die häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren. So können es sich mehr  
 871 Familien leisten, ihre pflegebedürftigen Angehörigen in vertrauter häuslicher  
 872 Umgebung selbst zu betreuen. Die Unterstützung bei Krankheit oder Urlaubswunsch der  
 873 pflegenden Angehörigen durch verbesserte ambulante und befristete stationäre  
 874 Angebote ausgeweitet werden. Insgesamt werden so der Pflegebedürftige und pflegende  
 875 Angehörige bessergestellt und gleichzeitig die Pflegekasse entlastet, da weniger und  
 876 kürzere Heimbetreuungen anfallen.

## 877 **Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik**

### 878 **Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen**

879 In der stationären Versorgung hat sich das DRG-Fallpauschalensystem nicht bewährt.  
 880 Ständige Anpassungen konnten die Grundprobleme, wie das Setzen von finanziellen  
 881 Fehlanreizen und enormer bürokratischer Aufwand, nicht beseitigen. Auch die  
 882 anstehende Krankenhausreform ist nicht geeignet, diese Probleme zu lösen. Notwendig  
 883 ist die vollständige Abschaffung der Fallpauschalen und mittelfristig die Rückkehr zu  
 884 individuellen Budgetvereinbarungen zwischen den Krankenhäusern und den  
 885 Spitzenverbänden der GKV auf Landesebene. Daneben lehnen wir eine weitere  
 886 Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.

### 887 **Ambulante Versorgung verbessern**

888 Insbesondere im Facharztbereich ist die ambulante Versorgung aufgrund der  
 889 weitgehend bestehenden Budgetierung ärztlicher Leistungen längst an ihre Grenzen  
 890 gestoßen. Terminengpässe und monatelange Wartezeiten sind für die Patienten  
 891 unzumutbar. Die Rationierung ärztlicher Leistungen durch den Zwang, Behandlungen  
 892 ohne Vergütungsanspruch zu erbringen, muss beendet werden. Um einer ungesteuerten  
 893 Leistungsausweitung durch Bagatellbehandlungen zu begegnen, sind gestaffelte Bonus-  
 894 bzw. Rückvergütungssysteme sinnvoll. Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis soll  
 895 weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. Zur Förderung der  
 896 Niederlassung von Ärzten im ländlichen Räumen sind finanzielle und organisatorische  
 897 Niederlassungshilfen zu etablieren.

### 898 **Ambulante und stationäre Versorgung sichern**

899 Seit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhaus ist ein  
 900 anhaltendes Sinken der Verweildauer zu verzeichnen, die durch eine frühzeitige  
 901 Krankenhausentlassung nichtselbständiger Patienten bewirkt wird. Dies führt zu einer  
 902 weiteren Zunahme der Arbeitsverdichtung und -belastung des Pflegepersonals, was  
 903 durch den zunehmenden Personalmangel noch verschärft wird. Eine



904 bundeseinheitliche, gesetzliche Personalbemessung für alle pflegesensitiven Bereiche  
 905 ist zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung unerlässlich. Eine angemessene  
 906 Finanzierung des notwendigen Personalaufwuchs ist von existenzieller Bedeutung  
 907 und sicherzustellen. Pflegekammern lehnen wir ab, da nur mit zusätzlicher Bürokratie,  
 908 staatlichem Zugriff und Zwangsbeiträgen zu rechnen ist.“

### 909 **Arzneimittelversorgung gewährleisten**

910 Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu, da er  
 911 zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt. Unberührt davon bleibt der Versandhandel mit  
 912 nicht rezeptpflichtigen Medikamenten. Die weitgehende, mögliche Rückverlagerung der  
 913 pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer ist ein  
 914 Gebot für Versorgungssicherheit und gleichbleibende Qualität. Der  
 915 Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet werden, mindestens die  
 916 Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten  
 917 Arzneimitteln vorzuhalten.

### 918 **Organspende**

919 Die Bereitschaft zur Organspende ist deutlich zurückgegangen. Deshalb wird  
 920 zunehmend eine „Widerspruchsregelung“ ins Spiel gebracht, bei der im Falle eines  
 921 „Hirntodes“ grundsätzlich und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe  
 922 entnommen werden können, sofern nicht ein ausdrücklicher Widerspruch des  
 923 Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Die Entscheidung zur Organspende kann  
 924 aber nur beim Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit  
 925 zusammenhängenden Abläufe treffen muss. Dies beinhaltet auch eine Aufklärung über  
 926 das Kriterium des "Hirntodes", welches nicht unumstritten ist. Insofern lehnen wir die  
 927 Widerspruchsregelung und jede Form eines direkten oder indirekten Zwanges  
 928 entschieden ab.

### 929 **Geschlechtsidentität**

930 Pharmakologische und operative Eingriffe bei Minderjährigen zur Verzögerung der  
 931 Geschlechtsentwicklung sowie zur Änderung des Geschlechts sind häufig  
 932 fremdgesteuert und ideologisch begründet und können lebenslang psychische und  
 933 physische Schäden bewirken. Deshalb werden wir Pubertätsblocker und nicht  
 934 medizinisch indizierte Eingriffe zur Änderung des Geschlechts verbieten.

### 935 **Sterbehilfe**

936 Die Sterbehilfe in der Form der „Tötung auf Verlangen“ ist in Deutschland aus gutem  
 937 Grunde verboten. Ein „Rechtsanspruch“, wie er auch durch die Gerichte immer wieder  
 938 thematisiert wird, ist strikt abzulehnen. Denn hierdurch könnte ein bestimmter  
 939 Personenkreis (Ärzte, Pfleger) entgegen des individuellen Gewissens zur Vornahme  
 940 entsprechender Handlungen verpflichtet werden. Stattdessen sind alle Möglichkeiten  
 941 der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen. Mit der Sterbehilfe kann der Druck zur  
 942 Selbsttötung auf schwerkranke Menschen erhöht werden.

### 943 **Cannabis**

944 Der Konsum von Cannabis kann zur Minderung der Intelligenz und schweren  
 945 medizinischen gesundheitlichen und psychischen Schäden führen. Die Freigabe des



946 Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für  
 947 einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. Unterstützend befürworten wir den  
 948 Ausbau der sucht-psychiatrischen Versorgung um die dauerhafte Abstinenz von  
 949 Drogenkranken zu erreichen

## 950 **Impfpflicht**

951 Die „Ständige Impfkommision“ (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an  
 952 Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der  
 953 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich  
 954 erzeugter Impfdruck wie in der Coronapandemie war ein erster Schritt hin zu weiteren  
 955 staatlich verordneten Pflichtimpfungen wie beispielsweise der Gripeschutzimpfung.  
 956 Damit schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der  
 957 Bürger über ihre körperliche Integrität in hohem Maße ein. Das Grundrecht auf  
 958 körperliche Unversehrtheit sowie auf das Selbstbestimmungsrecht dürfen nicht  
 959 angetastet werden. Seit dem Erstauftreten von Corona und der Schnellzulassung der  
 960 umfassenden mRNA-Impftechnologie wurden viele Berufsgruppen zu Impfungen  
 961 genötigt. Bei den nun vermehrt auftretenden Impfschäden erfolgt zumeist eine  
 962 standardmedizinische Versorgung über die jeweiligen Krankenkassen. Die  
 963 Verantwortung für die angemessene Versorgung soll zukünftig auf die  
 964 Berufsgenossenschaften übergehen, um eine deutlich verbesserte Nachbehandlung und  
 965 Rehabilitation beruflicher Wiedereingliederung sichergestellt werden. Für den  
 966 Nachweis von Impfschäden sind Beweislasterleichterungen vorzusehen.

## 967 **Heilpraktiker**

968 Der in Deutschland bestehende Berufsstand des Heilpraktikers sieht sich Bestrebungen  
 969 ausgesetzt, dieses Berufsbild abzuschaffen. Sicherlich muss das deutsche  
 970 Heilpraktikergesetz nachgebessert werden, insbesondere im Hinblick auf die  
 971 Einheitlichkeit von Qualitäts- und Prüfungsstandards. Eine Kostenerstattungspflicht der  
 972 GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) ist hiermit jedoch nicht verbunden.  
 973 Wir wollen, dass jeder Bürger selbst entscheiden kann, von wem er sich behandeln lässt  
 974 und lehnen eine Abschaffung des Heilpraktikers ab.

## 975 **Patientendaten und Telematik**

976 Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den  
 977 höchstmöglichen Schutz genießen. Die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der  
 978 Anbindung von Kliniken, Praxen, Psychotherapeuten und Apotheken zur Speicherung  
 979 vertraulicher Patientendaten (Telematik-Infrastruktur – TI) ist abzulehnen. Wir  
 980 befürworten die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines  
 981 Medikamentenplans und einer Patientenverfügung auf der Krankenversicherungskarte.

## 982 **WHO – Reform oder Austritt**

983 Die Finanzierung der WHO ist grundlegend zu reformieren, um die eklatante  
 984 Abhängigkeit von privaten Geldgebern zu beseitigen und deren direkte Einflussnahme  
 985 auszuschließen. Zukünftig soll der Haushalt der WHO im Wesentlichen durch  
 986 Mitgliedsbeiträge der Länder bestritten werden, was eine deutliche Anpassung der  
 987 strukturellen und der personellen Ausstattung dieser Organisation voraussetzt. Mit dem  
 988 für 2025 geplanten Pandemievertrag werden der WHO bereits bei einer angeblich

989 "drohenden Pandemie" unter Missachtung nationaler Parlamente umfangreiche Rechte  
 990 gegenüber den nationalen Staaten eingeräumt, die weit in die Privatsphäre der Bürger  
 991 eingreifen, bis hin zur Duldung medizinischer Eingriffe und der Beschneidung der  
 992 persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Dies lehnen wir grundsätzlich ab. Sollte  
 993 diese Reform nicht möglich sein, sprechen wir uns für einen Austritt Deutschlands aus  
 994 der WHO aus.

### 995 **Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards**

996 Bei medizinischem Fachpersonal, das sprachliche Defizite aufweist, kann weder eine  
 997 Vertrauensbasis entstehen, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf  
 998 ausgeschlossen werden. Sowohl die fachliche als auch sprachliche Qualifikation (Niveau  
 999 C1) müssen uneingeschränkt dem deutschen Standard genügen. Es müssen vorrangig  
 1000 Studienplatzbewerber mit deutscher Staatsangehörigkeit für das Fach  
 1001 Medizin/Zahnmedizin ausgebildet werden. Wir fordern eine Ausweitung des Angebots  
 1002 an Studienplätzen in Zahn- und Humanmedizin. Derzeit besteht ein Mangel an diesen  
 1003 Studienplätzen.

### 1004 **Corona aufarbeiten**

1005 Die Corona-Maßnahmen haben enorm vielen Menschen gesundheitlichen, sozialen und  
 1006 wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Nach Veröffentlichung der RKI-Protokolle müssen  
 1007 die Maßnahmen auf allen Ebenen aufgearbeitet werden. Alle Entscheidungsträger von  
 1008 interessensgesteuerten, entgegen der Wissenschaft herbeigeführten Maßnahmen  
 1009 müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dementsprechend müssen die zu Unrecht  
 1010 Verurteilten wieder vollständig rehabilitiert und entschädigt werden. Die im  
 1011 Zusammenhang mit der Corona-Krise geänderten Gesetze und Richtlinien sind zu  
 1012 überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.

### 1013 **Entbürokratisierung des Gesundheitswesens**

1014 Die Bürokratie im Gesundheitswesen hat Ausmaße erreicht, die häufig von der  
 1015 Behandlung von Patienten abhält und erhebliche Kosten verursacht. Das ist Folge eines  
 1016 übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses bei dem Aufwand und Nutzen in keinem  
 1017 akzeptablen Verhältnis stehen. Sie ist Ausdruck eines Misstrauens der Politik gegenüber  
 1018 den Leistungserbringern. Zudem ist die bisherige Regulierungsintensität die  
 1019 Begleiterscheinung eines übergriffigen und überbordenden Staatswesens, Die AfD setzt  
 1020 auf Deregulierung, Bürokratieabbau, Selbstverwaltung und auf Eigenverantwortung.

## 1021 **Finanzen und Steuern**

1022 Der Staat erhebt Steuern auch mit dem Ziel, durch gezielte öffentliche Investitionen und  
 1023 staatliche Verwaltung die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und die  
 1024 Lebensverhältnisse insgesamt zu verbessern. Weniger Bürokratie, mehr  
 1025 Eigenverantwortung und ein effizienterer Einsatz öffentlicher Mittel sind wichtige  
 1026 Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Deutschland.

1027 Trotz gegenwärtig hoher Steuereinnahmen lassen die ständig steigenden konsumtiven  
 1028 Ausgaben zunehmend weniger Raum für notwendige Investitionen. In der Folge führt  
 1029 dies zu Forderungen nach Steuererhöhungen und zusätzlichen Schulden. Wir setzen uns  
 1030 für eine Abkehr von übermäßiger Besteuerung und im Gegenzug für Ausgabendisziplin  
 1031 ein, um die Privathaushalte und unsere Unternehmen zu stärken sowie die  
 1032 Schuldenbremse einzuhalten und Verschuldung zurückführen. Wir planen, das  
 1033 komplexe deutsche Steuerrecht zu vereinfachen.

## 1034 **Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden, 1035 Schuldenbremse einhalten**

1036 Deutschland hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Trotz nach wie vor  
 1037 hoher Steuereinnahmen gelingt es der Bundesregierung regelmäßig nicht, einen  
 1038 Bundeshaushalt ohne weitere Neuverschuldung einzubringen. Wir dürfen die  
 1039 nachfolgenden Generationen nicht weiter mit Schulden und Zinsen belasten. Deshalb  
 1040 fordern wir Steuerverschwendung zu vermeiden. Als wesentliche Beispiele seien der  
 1041 Abbau von sinnlosen, der vorgeblichen „Klimaretung“ geschuldeten Ausgaben genannt  
 1042 sowie die Beendigung der Finanzierung von überflüssigen Prestigeprojekten,  
 1043 insbesondere im Ausland. Unter anderem sind die Beitragszahlungen von (2023) knapp  
 1044 30 Milliarden Euro an die EU drastisch zu reduzieren. Die im Grundgesetz  
 1045 festgeschriebene Schuldenbremse ist einzuhalten.

## 1046 **Konnexitätsprinzip einhalten**

1047 Das Konnexitätsprinzip wird im Artikel 104a des Grundgesetzes geregelt. Es besagt, dass  
 1048 diejenige staatliche Ebene, die eine Ausgabe veranlasst, auch die damit verbundene  
 1049 Finanzierung zu leisten hat („Wer bestellt, bezahlt“). In der Praxis wird dieses Prinzip zu  
 1050 Lasten insbesondere der Kommunen nicht durchgehend eingehalten, was dort zu  
 1051 erheblichen finanziellen Belastungen führt. Wir fordern die strikte Einhaltung des  
 1052 verfassungsrechtlich geregelten Prinzips.

## 1053 **Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren**

1054 Laut Information der Bundesregierung werden über 500 in Deutschland ansässige oder  
 1055 aktive Nichtregierungsorganisationen (NGO) direkt sowie mittelbar durch mehrheitlich  
 1056 im Eigentum des Bundes befindliche Unternehmen finanziell unterstützt. Im Rahmen  
 1057 der Haushaltskonsolidierung fordern wir eine detaillierte Prüfung dieser Organisationen  
 1058 und deren Projekte, mit dem Ziel, unnötige und ideologiebasierte Ausgaben einzusparen.

## 1059 **Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen**

1060 Die Kosten der Asylpolitik verteilen sich in schwer überschaubarer Weise auf zahlreiche  
 1061 Einzelpläne der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Nicht alle Kosten lassen sich

1062 dabei eindeutig beziffern, da Ausgaben im Haushalt in der Regel nicht einer  
 1063 Personengruppe zugeordnet werden. Wir fordern eine differenzierte und transparente  
 1064 Aufstellung in der Weise, dass die Kosten der Zuwanderung im Bundeshaushalt als  
 1065 eigene Position ausgewiesen werden und insbesondere auch hier das Konnexitätsprinzip  
 1066 eingehalten wird.

### 1067 **Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen**

1068 Der Bund der Steuerzahler stellt zurecht fest, dass steuerfinanzierte  
 1069 Öffentlichkeitsarbeit nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie nicht vordringlich der  
 1070 Imageverbesserung der jeweils amtierenden Regierung dient. Keinesfalls dürfe sie zum  
 1071 Selbstzweck werden, um politischen Aktionismus zu demonstrieren. Zudem ist die  
 1072 Regierung, wie alle staatlichen Stellen, laut ständiger Rechtsprechung des  
 1073 Bundesverfassungsgerichts zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Wir fordern  
 1074 deshalb eine Beschränkung der regierungsseitigen steuerfinanzierten  
 1075 Öffentlichkeitsarbeit auf wichtige Informationen, die nicht bereits durch Medien oder  
 1076 auf sonstige Weise zu beziehen sind.

### 1077 **Steuerrecht stark vereinfachen**

1078 Das deutsche Steuerrecht ist mit über 30.000 Vorschriften eines der kompliziertesten  
 1079 der Welt. Zahlreiche Einzelfallentscheidungen der Finanzgerichte sind dadurch  
 1080 notwendig, die jedoch ihrerseits das Steuerrecht weiter verkomplizieren. Die Erhebung  
 1081 der Steuern ist zeitaufwendig und für die Beteiligten mit erheblichen Kosten verbunden.  
 1082 Unternehmen werden dadurch abgeschreckt, sich in Deutschland niederzulassen; viele  
 1083 hier ansässige Unternehmen verlagern ihren Standort ins Ausland.

1084 Die AfD wird das Steuerrecht durch einen geänderten Einkommensteuertarif mit  
 1085 wenigen Stufen vereinfachen. Die Steuersätze werden wir senken, im Gegenzug ebenso  
 1086 die Abschreibungsmöglichkeiten für „Steuersparmodelle“. Die Unternehmensteuer  
 1087 werden wir rechtsformneutral gestalten. Durch diese Maßnahmen werden die Steuern  
 1088 übersichtlicher, die Erhebung der Steuern wird einfacher, zeitsparend und  
 1089 kostengünstig.

### 1090 **Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 %**

1091 Entgegen vergangener Zusagen wurde zum Jahresbeginn 2024 die Mehrwertsteuer für  
 1092 Speisen und Getränke in der Gastronomie von 7 % wieder auf 19 % erhöht. Neben den  
 1093 gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel und für Energie sowie den ebenfalls  
 1094 höheren Personalkosten ist die erhöhte Steuer ein weiterer Preistreiber für die Branche.  
 1095 Wirte hatten keine andere Wahl, als die Kosten auf dem Wege von Preiserhöhungen an  
 1096 die Kunden weiterzugeben. Ein Nachfrageeinbruch war die Folge. Restaurants mussten  
 1097 schließen und für viele Menschen im Lande ist ein weiteres Stück Lebensqualität  
 1098 verloren gegangen.

1099 Deshalb fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von  
 1100 7 %.

### 1101 **Abschaffung aller CO<sub>2</sub>-Abgaben**

1102 Die CO<sub>2</sub>-Abgaben erhöhen die Produktionskosten und führen zu einem  
 1103 Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Weiterhin benachteiligen sie ländliche

1104 Regionen, insbesondere unsere Landwirte, die auf fossile Energien angewiesen sind. Ein  
 1105 Fahrzeug mit hohem "Emissionspotential" kann letztendlich weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als  
 1106 ein Fahrzeug mit geringerem "Emissionspotential", wird jedoch höher besteuert.  
 1107 Elektrofahrzeuge, die in der Produktion die Umwelt belasten, werden einseitig bevorzugt.  
 1108 Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgaben.

### 1109 **Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten**

1110 Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland ein großes Problem und belastet sie  
 1111 finanziell in einer erheblichen, teilweise sogar existenzgefährdenden Weise. Besonders  
 1112 die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln treibt die Inflation an. Der aktuelle  
 1113 Grundfreibetrag zur Freistellung des Existenzminimums ist aus unserer Sicht zu niedrig.  
 1114 Der einkommensteuerliche Grundfreibetrag soll auf 15.000 Euro erhöht werden, von der  
 1115 bisherigen Anlehnung an sozialhilferechtliche Regelungen wird Abstand genommen. Die  
 1116 Freibeträge sollen indexiert werden, um auch zukünftig heimliche Steuererhöhungen  
 1117 auszuschließen. Diese Maßnahmen tragen dem Lohnabstandsgebot Rechnung und  
 1118 motivieren am Erwerbsleben teilzunehmen. Die korrespondierende Verschiebung von  
 1119 weiteren Tarifeckwerten bis hin zum Spitzensteuersatz halten wir ebenfalls für  
 1120 erforderlich.

### 1121 **Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren**

1122 Die Erhebung der den Städten und Gemeinden zugutekommenden Grundsteuer ist  
 1123 äußerst kompliziert und mit sehr hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Das  
 1124 Bundesmodell berechnet sich nach den Bodenrichtwerten, die oft veraltet, ungenau oder  
 1125 willkürlich sind. Die Grundsteuer verletzt zudem den Gleichheitsgrundsatz, da sie nicht  
 1126 die individuellen Merkmale der Grundstücke berücksichtigt.

1127 Deshalb wird sie gänzlich abgeschafft. Die Kommunen werden durch einen Zuschlag auf  
 1128 die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer vollumfänglich entschädigt. Damit  
 1129 orientiert man sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen. Für  
 1130 Mieter ergibt sich dadurch ebenfalls eine Entlastung.

### 1131 **Familiensplitting einführen**

1132 Laut Artikel 6 Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der  
 1133 staatlichen Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat 1957 in Anwendung dieses  
 1134 Artikels die steuerliche Mehrbelastung von Ehegatten für unvereinbar mit dem  
 1135 Grundgesetz erklärt. Daraufhin hat der Gesetzgeber 1958 das Ehegattensplitting  
 1136 eingeführt, das heute nach wie vor gilt.

1137 Familien mit Kindern dürfen nicht schlechter gestellt werden als Kinderlose. Als eine der  
 1138 wichtigsten Maßnahmen in Anlehnung an den Wortlaut des Grundgesetzes fordern wir  
 1139 eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf das Familiensplitting. Dies hätte zur Folge,  
 1140 dass die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der  
 1141 Familienmitglieder geteilt wird. Hierdurch werden Familien mit Kindern steuerlich  
 1142 entlastet. Angesichts der in Deutschland deutlich zu geringen Geburtenrate schaffen wir  
 1143 dadurch auch einen Anreiz für mehr Kinder.



## 1144 **Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union**

1145 Das Recht, Steuern zu erheben, gilt als eines der Königsrechte der nationalen Parlamente.  
 1146 Nach den Europäischen Verträgen darf die EU keine Steuern erheben. Der Haushalt ist  
 1147 grundsätzlich aus Eigenmitteln zu finanzieren. Eine teilweise Übertragung der  
 1148 Steuergesetzgebung an die EU würde nach geltender Rechtslage eine Änderung des  
 1149 Grundgesetzes erfordern, die nach Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz ("Ewigkeitsklausel")  
 1150 dauerhaft verboten ist, da sie die haushaltspolitische Souveränität der Bundesländer  
 1151 einschränkt.

1152 Zudem wäre ein Eingriff in die Souveränität und die demokratische Legitimität der  
 1153 Bundesrepublik die Folge, da sie weniger Gestaltungsspielraum über ihre eigenen  
 1154 Steuersysteme hätte. Die EU darf deshalb auch in Zukunft kein eigenes  
 1155 Steuererhebungsrecht erhalten.

## 1156 **Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen**

1157 Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer sowie die  
 1158 Erbschaftssteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig  
 1159 von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben.  
 1160 Substanzsteuern greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem  
 1161 Einkommen entstanden sind. Sie führen somit zu einer Doppelbesteuerung. Sowohl der  
 1162 Verwaltungsaufwand für die Erhebung ist überproportional hoch als auch der Ertrag für  
 1163 die Staatseinnahmen nur marginal.

1164 Hinzu kommt, dass die Erbschaftsteuer Fehlanreize im Hinblick auf den nachhaltigen  
 1165 Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation setzt.  
 1166 Im Erbfall kann sie zur Veräußerung von Unternehmen oder deren wirtschaftlicher  
 1167 Aufgabe sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Zudem lassen sich verschiedene  
 1168 Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten.

## 1169 **Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro**

1170 Der aktuell geltende Sparerpauschbetrag für Ledige von 1.000 Euro pro Jahr wird den sich  
 1171 ständig wandelnden Herausforderungen längst nicht mehr gerecht. Die AfD will den  
 1172 Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro erhöhen, um den Menschen in Deutschland, vor  
 1173 allem dem Mittelstand, die Möglichkeit zu geben, ihr Vermögen sicher und  
 1174 steueroptimiert aufzubauen. Mit der Erhöhung des Sparerpauschbetrages schaffen wir  
 1175 eine echte Entlastung, die vor allem diejenigen erreicht, die auch durch kleinere  
 1176 Kapitalerträge einen wirksamen privaten Vermögensaufbau erzielen wollen. Es geht  
 1177 dabei um finanzielle Selbstbestimmung, um die Stärkung der privaten Altersvorsorge  
 1178 und um die Förderung nachhaltiger Investitionen ohne die Abhängigkeit von staatlichen  
 1179 Zuschüssen.



## 1180 **Währungspolitik – Das Euro-System scheitert**

### 1181 **Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden**

1182 Die AfD vertritt eine Währungspolitik, die auf Marktwirtschaft, nationaler  
 1183 Eigenverantwortung und freundschaftlichem Miteinander der europäischen Staaten  
 1184 basiert. Die Stabilitätskriterien als Geschäftsgrundlage der Euro-Währung werden  
 1185 permanent verletzt, der Euro illegitim „gerettet“. Die schleichende Umwandlung des  
 1186 Staatenbundes Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie  
 1187 demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die  
 1188 seine zwingende verfassungsrechtliche Voraussetzung wäre. Die EU geriert sich als  
 1189 Bundesstaat – und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten. Die  
 1190 Geschäftsgrundlage des Euro war spätestens seit der Euro- und Finanzkrise zerstört. Seit  
 1191 den Schulden-Vergemeinschaftungen sind die letzten Hemmungen zum Rechtsbruch  
 1192 gefallen. Wir erleben vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen,  
 1193 Verschuldung auf EU-Ebene, verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige  
 1194 Wirtschaftspolitik durch die EZB – meist zu Lasten Deutschlands. Der Euro ist für ein  
 1195 Wirtschaftsgebiet mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine  
 1196 Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren.  
 1197 Erwirtschaften muss wieder vor Umverteilen kommen. Nur durch nationale Währungen  
 1198 erlangt jeder Staat seine Souveränität über die Wirtschafts- und Währungspolitik  
 1199 zurück. Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der Euro-  
 1200 Einführung, durch eine eigene Entscheidung über den Wechselkurs wiederherstellen.

### 1201 **Deutschland muss aus dem Euro-System austreten**

1202 Die Grundlage der Euro-Währung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen  
 1203 EU-Staaten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide Regeln werden  
 1204 permanent gebrochen. Der Euro wird heute jeden Tag mit Milliardenbeträgen „gerettet“.  
 1205 Dies geschieht über Garantien und „Fazilitäten“, also direkte Geldgeschenke an  
 1206 „notleidende“ Staaten, über EU-Gemeinschaftsfonds, missbräuchliche  
 1207 Kreditmechanismen und Aufkäufe von Staatsanleihen durch das EZB-System. Jede  
 1208 weitere Teilnahme an der Dauerrettungspolitik kommt einer Insolvenzverschleppung  
 1209 auf Kosten deutscher Steuerzahler gleich. Der AfD ist bewusst, dass die  
 1210 Wiedereinführung einer stabilen nationalen Währung nicht ohne  
 1211 Umstellungsbelastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die  
 1212 dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System.

1213 Deshalb muss Deutschland diese „Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der  
 1214 Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter  
 1215 paralleler Beibehaltung des Euro oder einer flexiblen ECU-ähnlichen  
 1216 Verrechnungseinheit.

### 1217 **Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren und Staatsgold** 1218 **zurückholen**

1219 Deutschland muss auch in einem währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.  
 1220 Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark (D-Mark) könnte das teilweise im  
 1221 Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller  
 1222 historischen Erfahrung eine potenzielle Deckung für Währungen, was besonders in

1223 Krisen und nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant ist.  
 1224 Das deutsche Staatsgold muss als potenziell letzte Währungsreserve ohne  
 1225 Gegenparteien- und Verwahrnis im eigenen Land aufbewahrt werden.

1226 Die wirtschaftliche Situation der Deutschen Bundesbank verschlechtert sich  
 1227 gegenwärtig: Sie wird nach einem hohen operativen Verlust in 2023 erstmals nach  
 1228 Jahrzehnten in 2024/25 einen Gesamt-Verlust ausweisen. Dies findet erneut statt wegen  
 1229 Zinszahlungen in Höhe von dutzenden Milliarden Euro auf die Eurorettungs-bedingt  
 1230 sehr hohen Einlagen der Geschäftsbanken. Im Jahr 2023 hatte die Bundesbank darum  
 1231 bereits fast ihre komplette Risikoreserve auflösen müssen. Diese steht nun nicht mehr  
 1232 zur Verfügung. Das Eigenkapital der Bank beträgt lediglich 2,5 Milliarden Euro. Die seit  
 1233 1971 entstandenen Aufwertungsgewinne auf Goldreserven der Bundesbank (derzeit über  
 1234 250 Milliarden Euro) werden nun erstmals trickreich „rhetorisch“ genutzt, damit das  
 1235 ansonsten negative Eigenkapital keinen Vertrauensverlust in die Solidität der Bank  
 1236 auslöst. Das offiziell wenig geschätzte Goldvermögen rettet derzeit die Bilanz der  
 1237 Bundesbank und damit faktisch den Euro. Zugleich gerät damit aber unser  
 1238 Staats(bürger)gold in Ausbuchungsgefahr.

1239 Anderen Zentralbanken wird zunehmend die Bedeutung von Goldkäufen für ihre  
 1240 Währungsstabilität bewusst. Sie kaufen viel Gold zu und lagern es in ihren eigenen  
 1241 Ländern.

1242 Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold  
 1243 vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung  
 1244 eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve  
 1245 zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr aufgrund der sich durch die Euro-Dauerrettung seit  
 1246 2007 ständig verschlechternden Qualität der Bundesbank-Bilanz. Langfristig halten wir  
 1247 eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu freiem  
 1248 Währungswettbewerb beziehungsweise einem goldgedeckten Währungssystem.

## 1249 **Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU**

1250 Die EZB-Politik führt zur Zerstörung der Märkte für Staats- und Unternehmensanleihen.  
 1251 Die Manipulation der Anleihemärkte ist für die EZB seit 2015 das tägliche  
 1252 „Geschäftsmodell“. Sie hat inzwischen staatliche und private Anleihen in Höhe von  
 1253 mehreren Billionen Euro erworben. Diese suprastaatliche „Rettungspolitik“ verletzt  
 1254 geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank  
 1255 und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die EU betreibt dabei  
 1256 auch verbotene Wirtschaftspolitik – über riesige zweckgebundene Garantien und über  
 1257 selektive Aufkäufe von „grünen“ Anleihen. Environmental-Social-Governance-  
 1258 Vorschriften und Taxonomie-Vorgaben, die hoch ideologisch und bürokratisch  
 1259 regulieren, welche Wirtschaftstätigkeiten förderungswürdig sind, stellen eine  
 1260 planwirtschaftliche Makrosteuerung dar. Diese Vehikel führen faktisch zu  
 1261 Geldgeschenken an „notleidende“ Staaten über gemeinschaftlich behaftete EU-Schulden  
 1262 (Next Generation-Fonds, Target-2, demnächst Ukraine-Bonds). Diese illegitime EZB-  
 1263 Politik führt zu Inflation. Sie zerstört Unternehmenskalkulationen, kapitalgedeckte  
 1264 Rentensysteme und private Sparvermögen.

1265 Die AfD fordert eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle Maßnahmen der  
 1266 EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.

## 1267 **Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene**

1268 Die EU maßt sich vertragswidrig an -entgegen dem expliziten Wortlaut der EU-Verträge  
 1269 – eigene Schulden aufzunehmen, was zu Lasten künftiger Generationen geht. Dabei  
 1270 werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-  
 1271 Bürokraten über zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart  
 1272 ausgegeben. Haftung und Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten,  
 1273 insbesondere bei Deutschland. Solche von der EU aufgenommenen Kredite, die  
 1274 weitgehend den Euro-Krisenländern zugutekommen, führen zu einer Verschlechterung  
 1275 unserer Bonität und damit zu einer Erhöhung der Zinslasten und Steuern der Deutschen.  
 1276 Ein Euro-Ausstieg wäre förderlich für unsere Wirtschaft und Steuerzahler.

1277 Die AfD fordert die sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme seitens der EU: Keine  
 1278 vertragswidrige Vergemeinschaftung von Schulden, keine ideologische und  
 1279 zentralistische Geld- und Wirtschaftspolitik und Rückkehr zu einer Kapitalallokation  
 1280 über funktionierende Märkte. Verschuldung und Steuererhebung sollen generell nur auf  
 1281 nationaler Ebene stattfinden.

## 1282 **Keine deutsche Haftung für ausländische Banken**

1283 Mit der Europäischen Bankenunion würden die bisher kommunal verankerten  
 1284 deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private  
 1285 Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Das geplante europäische  
 1286 Einlagensicherungssystem wäre mit mehreren Billionen Euro die größte  
 1287 gemeinschaftliche Haftungsfazilität der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden  
 1288 deutsche Sparer mit ihren Einlagen für marode Banken in anderen Staaten haften, die  
 1289 hohe und riskante Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle wären nur  
 1290 eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche Zahlungsverpflichtung auslösen.  
 1291 Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und  
 1292 Transferunion.

1293 Die AfD verlangt, dass deutsche Banken Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen  
 1294 und auch weiterhin eigene bankengruppenspezifische Instituts-, Haftungs- und  
 1295 Einlagensicherungs-Verbundlösungen unterhalten können, wie die ausschließlich  
 1296 regional tätigen und örtlich verankerten Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir  
 1297 treten dafür ein, die nationale Souveränität über alle Finanzdienstleistungen hinweg  
 1298 wiederherzustellen. Wir wenden uns gegen die europäische Vergemeinschaftung von  
 1299 Haftungsrisiken.

## 1300 **Target-2-Risiko beenden**

1301 Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB bzw. indirekt  
 1302 gegenüber einzelnen Euro-Südstaaten betragen über eine Billion Euro. Diese  
 1303 Forderungen sind noch immer unbesichert, nicht risikoadäquat verzinst und nicht  
 1304 fälligstellbar. Mögliche Abschreibungen stellen ein hohes Milliardenrisiko für den  
 1305 deutschen Steuerbürger dar. Es ist sicher, dass die EZB als Anspruchsgegnerin der  
 1306 Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-  
 1307 Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr begleichen wird.  
 1308 Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die in guten Zeiten durch  
 1309 deutsche Arbeitsleistung erwirtschafteten Außenhandelsüberschüsse innerhalb der  
 1310 Eurozone der deutschen Volkswirtschaft kaum noch zugute. Die uneinbringlichen

1311 Forderungssalden müssen darum für Deutschland nutzbar gemacht werden. Eine Option  
 1312 wäre, mit dem in Form von Target bereits erwirtschafteten Forderungsguthaben über  
 1313 einen deutschen Staatsfonds ausländische Aktien, ausländisches Gold oder andere  
 1314 Sachwerte zu kaufen.

1315 Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die Target-2-  
 1316 Forderungen zunächst abzuschmelzen, dann täglich auszugleichen und bis dahin mit  
 1317 Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist zudem offen für alle sinnvollen Optionen, die  
 1318 Target-Forderungen für deutsche Bürger zu „monetarisieren“ und nutzbar zu machen.

### 1319 **Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung**

1320 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit der Unterstützung von Bundesregierung,  
 1321 Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine  
 1322 schleichende Abschaffung betrieben. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle  
 1323 des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine  
 1324 faktische Abschaffung des Bargelds ermöglicht auch die Enteignung von Kontoinhabern.  
 1325 Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den  
 1326 negativen Bereich. Eine Bargeldabschaffung würde zudem bedeuten, dass  
 1327 Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und  
 1328 Banken die totale Kontrolle und sogar Steuerung aller Geldströme und  
 1329 Wirtschaftsaktivitäten über jede finanzielle Handlung der Bürger, sogar über deren  
 1330 Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch werden:  
 1331 Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Überwachungs- und  
 1332 Steuerungsmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus sind elektronische Systeme  
 1333 nicht ausfall- und manipulationssicher.

1334 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt des Bargeldes als uneingeschränktes gesetzliches  
 1335 Zahlungsmittel und dessen Nutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht im  
 1336 Grundgesetz zu verankern. Staatliche Stellen dürfen die Annahmepflicht von Bargeld  
 1337 nicht abbedingen.

### 1338 **Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und digitalen Euro**

1339 Auch wenn der Digitale Euro noch in der Versuchsphase steckt: Er soll absehbar und  
 1340 entgegen den Beteuerungen der EZB das dominante gesetzliche Zahlungsmittel werden.  
 1341 Der Digitale Euro könnte mittelfristig sogar programmierbar ausgestaltet werden.  
 1342 Vollüberwachung und Steuerung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche wären  
 1343 buchstäblich vorprogrammiert, ähnlich dem chinesischen „Social Credit-System“. In  
 1344 Kombination mit dem ebenfalls geplanten Vermögensregister werden hier  
 1345 Voraussetzungen für umfassende Enteignungsmöglichkeiten von bereits versteuertem  
 1346 Vermögen geschaffen. All dies kann aus staatlicher und suprastaatlicher EU-Sicht nur  
 1347 durch eine faktisch verpflichtend gemachte, sogenannte digitale Identität durchgesetzt  
 1348 werden, mittels der praktisch jede menschliche Aktivität dauerhaft nachvollziehbar und  
 1349 zentral gespeichert, reguliert und sanktioniert werden kann. Dies ist eine dystopische  
 1350 Vorstellung spätestens ab dem Moment, an dem die Nutzung des Digitalen Euros faktisch  
 1351 verpflichtend wird.

1352 Die AfD spricht sich gegen eine von der EZB herausgegebene digitale Währung aus, die  
 1353 ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargeldes wäre. Die AfD  
 1354 widerspricht einer Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen Handlungen

1355 durch faktisch verpflichtende elektronische Zahlungsvorgänge über einen  
1356 monopolistischen „Digitalen Euro“ und über ein zentrales Vermögensregister. Wir  
1357 fordern ein Recht auf analoges, unüberwachtes und freies Leben.

### 1358 **Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne**

1359 Der Bitcoin ist als staatsfreies Geld ein begrüßenswerter Kandidat im Wettbewerb der  
1360 Währungen. Bei einer Marktkapitalisierung im Billionen-Bereich und einem  
1361 signifikanten Umlauf erfüllt der Bitcoin inzwischen die meisten Geldfunktionen. Durch  
1362 zunehmende nationale und internationale Regulierungstendenzen (EU-MiCAR) ist er  
1363 jedoch gefährdet. Die AfD hat sich seit Jahren gegen diesen politisch-regulatorischen  
1364 Druck gestellt.

1365 Die AfD fordert die weitgehende Deregulierung des Bitcoins sowie der Bitcoin-Wallets  
1366 und der Handelsplätze. Wir setzen uns ein für die Beibehaltung der Umsatzsteuer-  
1367 Freiheit von Bitcoin-Transaktionen, der einjährigen Frist zur Besteuerung von  
1368 Wertzuwächsen sowie des Rechts auf Eigenverwahrung der Coins in selbstverwalteten  
1369 Wallets. Wir fordern den Erhalt von Freiheit und Staatsferne durch Besteuerungs- und  
1370 Regulierungszurückhaltung der Politik.



## 1371 **Landwirtschaft, Umwelt und Klima**

1372 Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte  
1373 Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren  
1374 Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen  
1375 der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als konservative Prinzipien.

1376 Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland  
1377 sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln.  
1378 Darüber hinaus schützen sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die  
1379 deutschen Kulturlandschaften. Die Bauernfamilien halten schon seit vielen  
1380 Generationen Traditionen und Brauchtum aufrecht und sind damit unersetzlich für die  
1381 regionale Identität.

1382 Diese wichtigen und vielfältigen Leistungen verdienen Anerkennung – es liegt deshalb  
1383 im besonderen gesamtgesellschaftlichen Interesse, die deutsche Landwirtschaft zu  
1384 erhalten. Heimat braucht Bauern. Dabei muss sich Landwirtschafts- und Umweltpolitik  
1385 allem voran an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren.

1386 Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine  
1387 nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz  
1388 unserer Natur. Eine überbordende Bürokratisierung aller Lebensbereiche zerstört dabei  
1389 die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional  
1390 verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.

1391 Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung  
1392 mit heimischen Lebensmitteln auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben.  
1393 Dabei kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller  
1394 Produktion kommen, sondern entscheidend ist die Qualität der Produkte.

## 1395 **Agrarpolitik in Deutschland entscheiden**

1396 Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich  
1397 Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse  
1398 ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des „Green  
1399 Deal“ wird eine milliarden schwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu  
1400 Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und  
1401 Landwirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands weiter  
1402 unterlaufen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und  
1403 marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und  
1404 leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, landwirtschaftliche Nutztierhalter und  
1405 Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit  
1406 mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen. Die Gemeinsamen  
1407 Agrarpolitik (GAP) lehnen wir aus diesem Grund auch ab.

1408 Die AfD wird den Landwirten wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit  
1409 zurückgeben. Wir setzen uns für faire Erzeugerpreise und eine bessere Marktstellung u.a.  
1410 durch Direktvermarktung ein. Die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und  
1411 Überregulierung fahren wir Schritt für Schritt zurück, um die bäuerlichen Betriebe  
1412 umfangreich zu entlasten.



## 1413 **Ländlicher Raum und Familienbetriebe**

1414 Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau,  
 1415 Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei – tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der  
 1416 Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit  
 1417 hochwertigen Lebensmitteln in Deutschland. Wir setzen uns für einen  
 1418 realitätsbezogenen Bildungsansatz in den „Grünen Berufen“ ein. Bevor agrarpolitische  
 1419 Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden, wie sie sich auf das Einkommen  
 1420 der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen. Wir setzen auf  
 1421 Anreize statt Verbote.

1422 Die Agrarförderung muss die Leistungen von Familienbetrieben und Genossenschaften  
 1423 berücksichtigen sowie die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu  
 1424 entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden  
 1425 sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, wie etwa bei der Wahl der Fruchtfolge.  
 1426 Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu erhalten, werden wir Junglandwirte  
 1427 besserstellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften. Wir werden Existenzgründer  
 1428 steuerlich entlasten. Flankierend dazu stellen wir uns gegen die Abnahme der  
 1429 landwirtschaftlichen Nutzfläche und werden außerlandwirtschaftlichen Investoren den  
 1430 Zugang zum Bodenmarkt erschweren.

## 1431 **Verbraucherschutz**

1432 Die Verbraucher müssen den zunehmend global agierenden Unternehmen auf  
 1433 Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und  
 1434 Sachgütern fehlen den Verbrauchern jedoch wesentliche Informationen über  
 1435 Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine  
 1436 informierte Kaufentscheidung treffen zu können.

1437 Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Bürgers. Er soll in seinem Konsumverhalten  
 1438 nicht staatlich bevormundet werden. Deshalb lehnen wir jede Form der gesonderten  
 1439 Lebensmittelbesteuerung ab, wie z.B. eine Fleisch- oder Zuckersteuer. Dazu gehört die  
 1440 Aufklärung über gesundheitliche Risiken modischer Ernährungsformen und die  
 1441 Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen. Wir schätzen  
 1442 regionale und saisonale Lebensmittel aus Deutschland. Sie sichern unseren  
 1443 produzierenden und verarbeitenden Betrieben ein hinreichendes Einkommen – bei  
 1444 zugleich hohen Standards im Tier- und Umweltschutz. Die Versorgung der eigenen  
 1445 Bevölkerung sowie die Wirtschaftlichkeit heimischer Lebensmittelproduktion muss  
 1446 gewährleistet bleiben.

1447 Wir fordern ein effizientes Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittelsicherheit.  
 1448 Bei begründetem Verdacht auf schädliche Produkte, Lebensmittelgifte oder Tierseuchen  
 1449 setzen wir uns für eine schnelle punktuelle Intervention ein. Ferner werden wir die  
 1450 Kennzeichnung von Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit  
 1451 Bezug zum Verkaufspreis umsetzen, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So wird es  
 1452 keine verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese wird  
 1453 deutlich gekennzeichnet. Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe  
 1454 rückgängig gemacht wird.

## 1455 **Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik**

1456 Die derzeitigen Düngeregeln verursachen erhebliche Ertrags- und Qualitätseinbußen  
1457 sowie massive ökologische Probleme, darunter der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und  
1458 Humus. Die AfD wird deshalb, die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung von  
1459 Kulturpflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen und den  
1460 bürokratischen Aufwand auf das absolut notwendige Minimum beschränken.

1461 Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist ein wichtiger Faktor der  
1462 landwirtschaftlichen Produktion. Für unsere Landwirte muss dabei die Nutzung und der  
1463 Handel von alten Kultursorten möglich sein, um die Sortenvielfalt für den Verbraucher zu  
1464 erhöhen.

1465 In der Forschung sind weitere Fortschritte bei neuen genomischen Techniken (CRISPR)  
1466 wichtig, deshalb unterstützen wir dahingehende Bemühungen. Jedoch sollte der Einsatz  
1467 von Gentechnik in der landwirtschaftlichen Praxis streng überwacht und stets auf seinen  
1468 tatsächlichen Nutzen überprüft werden.

## 1469 **Tierschutz und Tierwohl**

1470 Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für Tierschutz im  
1471 Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir werden in der  
1472 Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern.

1473 Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten.  
1474 Wir setzen uns für den Erhalt regionaler Schlachthöfe und die Möglichkeit mobiler  
1475 Schlachtung durch Weideschuss ein. Im Sinne des Tierwohls ist ein Transport von sechs  
1476 Stunden nicht zu überschreiten. Zu Zwecken der Züchtung muss der Transport von  
1477 Lebewesen zu definierten Bedingungen unter strikter veterinärmedizinischer  
1478 Kontrolle durch zertifizierte Unternehmen möglich sein.

1479 Die sich in artgerechter Haltung entwickelnden robusten und gesunden  
1480 Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen  
1481 Antibiotikaeinsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.

1482 Die Schlachtung nach religiösen Ritualen (Schächten) ist nur nach ausreichender  
1483 Betäubung zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten  
1484 Schlachtvorgang gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe muss  
1485 auch bei Importware Anwendung finden.

## 1486 **Klima**

1487 Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch  
1488 eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist  
1489 wissenschaftlich ungeklärt. Darauf lässt sich keine tausende Milliarden Euro kostende  
1490 sogenannte Energiewende aufbauen.

1491 Es gibt daher auch keinen Grund, die notwendige und sinnvolle Nutzung fossiler  
1492 Energien (also Kohle, Erdgas, Erdöl) zu beschränken oder gar zu verbieten (z.B.  
1493 Verbrenner-Verbot).

1494 Der angebliche wissenschaftliche Konsens des „menschgemachten Klimawandels“ war  
1495 schon bisher politisch konstruiert. Er fällt mit der jüngst veröffentlichten Ablehnung  
1496 einer behaupteten „Klimakrise“ durch rund 2000 Fachexperten, darunter zwei

- 1497 Nobelpreisträger, komplett in sich zusammen (World Climate Declaration,  
1498 <https://clintel.org>). Die Vorhersagen des IPCC basieren auf unzureichenden Modellen. Die  
1499 Warnungen der sogenannten „Klimawissenschaft“ hat sich von der in den 1970er Jahren  
1500 prognostizierten Eiszeit zu einer aktuell behaupteten „Erderhitzung“ komplett gedreht.
- 1501 Die tatsächlichen Beobachtungen der vergangenen 30 Jahre blieben weit unterhalb der  
1502 damals prognostizierten Katastrophenszenarien.
- 1503 Im Gegenteil erweist sich CO<sub>2</sub> als Treiber eines verstärkten globalen Pflanzenwachstums  
1504 und begünstigt damit die Welternährung.
- 1505 Ein sich natürlich wandelndes Klima ist hingegen klar belegt, ebenso wie die  
1506 Anpassungsfähigkeit des Menschen daran eine geschichtliche Tatsache ist. Gerade  
1507 Warmperioden waren dabei meist Blütezeiten von Kulturen.
- 1508 Selbst die Häufigkeit von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahrzehnten  
1509 nicht zugenommen, wie mittlerweile selbst das IPCC eingestehen muss.
- 1510 Die Schäden durch Extremwetterereignisse, wie beispielsweise im Ahrtal, gehen oft  
1511 zurück auf politisches Versagen, mangelnde Instandhaltung und unzureichende  
1512 Schutzmaßnahmen, wie fehlende Dämme und Kanalisationen. Historisch bekannte  
1513 Überschwemmungsgebiete wurden unverantwortlich bebaut. Anstatt in die  
1514 Infrastruktur des eigenen Landes zu investieren, wird Geld für ideologisch geprägte  
1515 Klimaschutzprojekte wie Radwege in Peru ausgegeben, deren Umsetzung oft nicht  
1516 überprüft wird. Ähnliches gilt für CO<sub>2</sub>-Zertifikate und „Biodiesel“ aus China. Die damit  
1517 verbundenen Verluste in Milliardenhöhe und die daraus resultierende Korruption  
1518 werden wir politisch und strafrechtlich aufarbeiten.
- 1519 Der Versuch, das Klima steuern zu wollen, bedroht deshalb nicht nur unseren Wohlstand  
1520 in Deutschland, sondern lenkt auch weltweit Volksvermögen um, das für die  
1521 Bekämpfung von Armut, Krankheit und Hunger dringend benötigt wird.
- 1522 Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als „Klimaschädlinge“ hingestellt werden, ist ein  
1523 lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige  
1524 „Klimapolitik“ gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit  
1525 bedroht.
- 1526 Die wegen der behaupteten „Klimakatastrophe“ bereits eingeleitete „Große  
1527 Transformation“ („The Great Reset“) bedroht unsere Freiheit in erschreckendem  
1528 Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau  
1529 vehement ab. Dazu gehört auch der „Green Deal“ der EU, der die europäische Wirtschaft  
1530 und somit unseren Wohlstand zerstört.
- 1531 Die aktuelle CO<sub>2</sub>-zentrierte Politik zeigt aber auch jetzt schon verheerende  
1532 Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, unsere freiheitliche Lebensweise und unseren  
1533 Wohlstand: energieintensive Branchen wandern ab, die Automobilindustrie strauchelt  
1534 und Arbeitsplätze fallen in beängstigendem Ausmaß weg. Diese Fehlentwicklung droht  
1535 sich in den kommenden Jahren noch zu beschleunigen. Währenddessen sollen der  
1536 breiten Masse wohlverdiente Annehmlichkeiten wie Urlaubsflüge und bezahlbare Autos  
1537 genommen werden.
- 1538 Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale  
1539 Konzerne mit Ihren Lobbys und politiksahe NGOs. Interessengruppen und ihre

1540 unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene  
1541 Klientel – ohne jede Wertschöpfung.

1542 Die AfD lehnt daher jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz  
1543 beruft, denn das Klima kann der Mensch nicht schützen. Wir wollen zudem aus dem  
1544 Pariser Klimaabkommen aussteigen.

1545 Die AfD wird unseren zukünftigen Generationen die Hoffnung und die Möglichkeit auf  
1546 ein würdiges Leben in Freiheit und Wohlstand zurückbringen. Die ausufernde Plan- und  
1547 Subventionswirtschaft der letzten Jahrzehnte werden wir in eine moderne soziale  
1548 Marktwirtschaft zurückführen, mit der wir alle kommenden Herausforderungen  
1549 meistern können. Es ist noch nicht zu spät, die von linksgrünen Ideologen zerstörte  
1550 Leistungsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten wieder herzustellen.

### 1551 **Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau**

1552 Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie  
1553 eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar.  
1554 Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden  
1555 der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind  
1556 Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere  
1557 Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie.

1558 Die weiteren Auswirkungen durch Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und  
1559 Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Zudem hat diese  
1560 Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt.  
1561 Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes  
1562 müssen unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb lehnen wir den weiteren  
1563 Ausbau der Windenergie ab.

1564 Den Neubau von Photovoltaikanlagen als Agro-PV auf landwirtschaftlichen Nutzflächen  
1565 lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs ab. Zudem verstärken diese die  
1566 Aufheizung des Mikroklimas und intensivieren den Druck auf landwirtschaftliche  
1567 Produktionsflächen. Photovoltaikanlagen führen generell zu einer Veränderung des  
1568 Mikroklimas und verursachen eine Temperaturerhöhung.

### 1569 **Jagd, Artenschutz und Fischerei**

1570 Jagd ist gelebter Naturschutz. Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang mit der  
1571 Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz Wald mit Wild. Der in linksgrünen  
1572 Kreisen vorherrschenden „Wald vor Wild“- Ideologie, die Wildarten zu Schädlingen  
1573 degradiert, erteilen wir eine klare Absage. Denn diese steht in Widerspruch zu Tierschutz  
1574 und Wildbiologie – und damit zur waidgerechten Jagd.

1575 Über aktives Management werden problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah  
1576 regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf zeigt, muss  
1577 Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben. Die Population des  
1578 Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie wird  
1579 räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild  
1580 reglementiert werden. Die AfD wird die Möglichkeit einer Bestandsregulierung und die  
1581 Ausweisung von wolfsfreien Gebieten umsetzen.

1582 Im Schlepptau des globalen Warenverkehrs dringen entlang der großen  
 1583 Fernhandelsstraßen und ausgehend von internationalen Häfen immer mehr  
 1584 gebietsfremde Invasoren in heimische Ökosysteme vor und stören das ökologische  
 1585 Gleichgewicht. Es zeigt sich, dass gebietsfremde Arten nicht nur negative Auswirkungen  
 1586 auf unsere hiesige Natur haben, sondern auch finanzielle und gesundheitliche Schäden  
 1587 verursachen. Wir werden größere Anstrengungen unternehmen, um die Einschleppung  
 1588 invasiver Tier- und Pflanzenarten zu verhindern und ihre Ausbreitung einzudämmen.  
 1589 Dabei müssen Prävention und Früherkennung eine noch wichtigere Rolle spielen. Eine invasive  
 1590 Eigenschaft wird als Entnahmegrund gesetzlich verankert.

1591 Fischerei ist ein Kulturgut. Die AfD weist alle ideologisch begründeten Einschränkungen  
 1592 der Berufsfischerei und des Angelsports zurück. Wir unterstützen die Beseitigung von  
 1593 Wettbewerbsnachteilen und stehen für eine pragmatische Fangmengenfestlegung. Ein  
 1594 Verbot der Stellnetzfisherei in der Ostsee, die Ausweitung der Naturschutz-Kernzonen  
 1595 und die Bindung der Fangquote an den Kutter lehnen wir ab. Kleinere Fischereibetriebe  
 1596 dürfen nicht in den Ruin getrieben und auch das Hobbyangeln wird nicht stärker  
 1597 reglementiert werden. Wir setzen uns für echte Nachhaltigkeit in enger Abstimmung mit  
 1598 unseren heimischen Fischern und Anglern ein. Dies geschieht selbstverständlich im  
 1599 Sinne des Naturschutzes, um die Ressourcen langfristig zu erhalten.

## 1600 **Waldpflege und Forstwirtschaft**

1601 Über ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes ist bewaldet. Um einen gesunden Wald  
 1602 mit Wild zu erhalten, braucht es waldbauliche Maßnahmen im Einklang mit Ökonomie,  
 1603 Ökologie und Naherholung. Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und  
 1604 Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder  
 1605 zu erreichen. Wir werden den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation  
 1606 in der Forstwirtschaft umsetzen.

1607 Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe  
 1608 und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über  
 1609 Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein. Die weitere Stilllegung  
 1610 forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen  
 1611 wir ab. Deutschland benötigt aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte  
 1612 Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine  
 1613 professionelle Bewirtschaftung unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für  
 1614 den nachhaltigen Waldumbau.

1615 Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit  
 1616 selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss  
 1617 schnellstmöglich beendet werden. Wir lehnen die Abholzung des Kulturgutes Wald für  
 1618 Windkraftanlagen entschieden ab, um die wildlebenden Arten zu schützen und unseren  
 1619 Kindern eine intakte Natur zu übergeben.

## 1620 **Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung**

1621 Der Gewässerschutz gehört nicht in die Hände der EU, sondern nach Deutschland und in  
 1622 die einzelnen Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit  
 1623 Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver  
 1624 den Gewässerschutz sicherstellen.

1625 Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und  
1626 Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der  
1627 Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den  
1628 Händen der Bürger verbleiben. In diesem Zusammenhang lehnen wir die Einführung  
1629 weiterer Steuern und Abgaben für Wasserentnahmen ab.

1630 Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassemarkts ist unter allen  
1631 Umständen zu verhindern. Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der  
1632 Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, darf es nicht geben. Brunnen  
1633 privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon  
1634 ausgenommen.



# Zeit für Sicherheit

1635

## 1636 Äußere Sicherheit

### 1637 Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein

1638 Voraussetzung deutscher Außenpolitik ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit,  
1639 Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert.

1640 Die „wertebasierte“ Außenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Welt nicht sicherer  
1641 gemacht und konnte den Ausbruch des größten Krieges in Europa seit 1945 nicht  
1642 verhindern.

1643 Die Alternative für Deutschland versteht sich als Partei, in der Diplomatie und friedliche  
1644 Konfliktbewältigung vorrangig sind.

1645 Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen die zentralistischen Bestrebungen  
1646 der Europäischen Union (EU) entschieden ab.

1647 Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und  
1648 Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner  
1649 Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen.  
1650 Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt  
1651 wirklichkeitsfremder Ideologien sein.

1652 Die Vergemeinschaftung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und  
1653 des Europäischen Auswärtigen Dienstes (Hoher Vertreter GASP / EU Verteidigungs-  
1654 Kommissar) lehnt die AfD ab.

1655 Die AfD bekennt sich zu den Grundsätzen des Völkerrechtes, insbesondere der Charta der  
1656 Vereinten Nationen (UN). Die AfD stimmt im Geiste des Vertrages von Helsinki dafür,  
1657 dass sich kein Land in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen darf.

1658 Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht durch die Agenden  
1659 zwischenstaatlicher Organisationen, von Nichtregierungs-Organisationen (NGO) und  
1660 durch den Machtzuwachs global agierender Konzerne ausgehöhlt werden.

1661 Wir fordern, dass in Deutschland tätige ausländische NGOs ihre Finanzierungsquellen  
1662 offenlegen.

1663 Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit  
1664 auf Basis legitimer Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten. Eine  
1665 Osterweiterung der EU und der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) lehnen wir ab.

1666 Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung. Deutschland  
1667 darf dabei nicht zum Objekt fremder Interessen werden. Gemeinsam mit unseren  
1668 europäischen Partnern wollen wir eine künftige stabile Friedensordnung gestalten und  
1669 gewährleisten. Wir müssen unsere Souveränität ausbauen, unsere nationalen  
1670 Interessen selbstbewusst formulieren und diese stringent verfolgen.

1671 Die AfD unterstützt das sicherheitspolitische Konzept einer strategischen Autonomie  
 1672 Europas und seiner Ausprägung zu einem eigenen Machtzentrum in der sich  
 1673 verändernden Weltordnung.

1674 Eine stabile Friedensordnung in Europa und der Welt sichert auch die lebenswichtigen  
 1675 Außenhandelsbeziehungen und den Primärenergiebedarf für Deutschland. Wir  
 1676 verfolgen daher ein interessengeleitetes Verhältnis mit den großen Mächten der Welt,  
 1677 mit China und den USA, genauso wie mit der Russischen Föderation.

1678 Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen  
 1679 Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO sowie eine aktive Rolle  
 1680 Deutschlands in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)  
 1681 zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.

## 1682 **Verteidigungspolitik – Wiederherstellung der Wehrfähigkeit** 1683 **Deutschlands**

1684 Die deutschen Streitkräfte sind nicht verteidigungsfähig. Mit der im Februar 2022  
 1685 ausgerufenen „Zeitenwende“ wurde das auch von der Bundesregierung anerkannt.  
 1686 Trotzdem bleiben die erforderlichen Maßnahmen für den Wiederaufbau der  
 1687 Bundeswehr aus. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung über Jahrzehnte sowie  
 1688 der fortlaufenden Abgabe von einsatzfähigem Material und Waffensystemen aus  
 1689 Beständen der Bundeswehr an die Ukraine und der Dauerbelastung der Truppe durch die  
 1690 Ausbildung von ukrainischen Soldaten, befinden sich die deutschen Streitkräfte in einem  
 1691 desolaten Zustand. Es fehlt an Personal und einsatzfähiger Ausrüstung.

1692 Damit dem Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wieder Rechnung  
 1693 getragen werden kann, muss unsere Bundeswehr nicht nur finanziell gut ausgestattet  
 1694 sein, sondern muss ihr auch die Einsatzbereitschaft insbesondere bei Material und  
 1695 Personal zurückgegeben werden.

1696 Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich  
 1697 deutschen Staatsbürgern vorbehalten bleiben.

1698 Privatisierungen und Zentralisierungen dürfen nur noch dort Anwendung finden, wo sie  
 1699 nachweisbar notwendig sind, um die Einsatzfähigkeit der Truppe zu erhöhen. Die  
 1700 Verantwortung muss zurück in die Hände der Inspektoren und Kommandeure, die für  
 1701 die Auftragserfüllung verantwortlich sind, gegeben werden.

1702 Die AfD fordert den Ausbau einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen  
 1703 Industrie in Deutschland.

1704 Den neuen hybriden Bedrohungen und den Cyberattacken staatlicher und nicht-  
 1705 staatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bundeswehr auf diesem  
 1706 Gebiet Rechnung getragen werden. Wir fordern auch den Aufbau von offensiven Cyber-  
 1707 Fähigkeiten, um potenzielle Gegner von Angriffen auf kritische Infrastruktur  
 1708 abzuschrecken.

1709 Neben der Stärkung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft muss die  
 1710 Bundeswehr auch ideell revitalisiert werden. Motivation und Bindung unserer Soldaten  
 1711 zu Deutschland entscheiden im Verteidigungsfall maßgeblich über Sieg und Niederlage.  
 1712 Die Bundeswehr soll deshalb wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und

1713 deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft  
 1714 und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen  
 1715 Militärgeschichte leben. Diese helfen soldatische Haltung und Tugenden – auch in der  
 1716 Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon.

## 1717 **Zivilschutz in Deutschland ausbauen**

1718 Mit Ende des Kalten Krieges wurden Zivilschutzmaßnahmen in Deutschland sukzessive  
 1719 abgebaut, so dass der Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfalle nicht mehr  
 1720 gewährleistet ist. Einsatz- und betriebsbereite Schutzräume stehen nicht ausreichend  
 1721 zur Verfügung. Hier fordern wir daher den Auf- und Ausbau einer einsatzbereiten  
 1722 Infrastruktur für die zivile Bevölkerung.

## 1723 **Deutschland in Europa und der Welt**

1724 Wir begrüßen die Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt, wollen dabei ihre Chancen  
 1725 nutzen sowie ihre Risiken minimieren.

1726 Die Vereinten Nationen sind so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in  
 1727 der Welt Rechnung getragen wird.

1728 Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sowie die  
 1729 Streichung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel aus der Charta der  
 1730 Vereinten Nationen an und wollen den UN-Migrationspakt (Global Compact for  
 1731 Migration) sowie den UN-Flüchtlingspakt (Global Compact on Refugees) aufkündigen.

## 1732 **Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent**

1733 Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit  
 1734 aller europäischen Staaten, deren legitime Sicherheitsinteressen dabei zu  
 1735 berücksichtigen sind.

1736 Die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner  
 1737 Peripherie muss weiterentwickelt werden. Alle Möglichkeiten zum Dialog müssen  
 1738 genutzt werden. Es darf keinen neuen „Eisernen Vorhang“ in Europa geben.

1739 Wir setzen uns für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der  
 1740 nuklearen und konventionellen Rüstung ein sowie für die Neuverhandlung ausgesetzter  
 1741 Verträge (INF, START, ABM, MBFR u.a.).

1742 Reparationsforderungen, wie etwa von Polen und Griechenland vorgetragen, lehnen wir  
 1743 ab, weil diese Fragen völkerrechtlich bereits abschließend geklärt sind. Die in Europa  
 1744 entstandene Rechts- und Friedensordnung darf nicht durch inakzeptable Forderungen  
 1745 infrage gestellt werden.

## 1746 **Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten**

### 1747 **USA**

1748 Gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (USA) sind für Deutschland und Europa  
 1749 von wesentlicher Bedeutung, insbesondere die der wirtschaftlichen, technologischen  
 1750 und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

1751 Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich in  
 1752 zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein

1753 Beispiel dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die  
 1754 Inbetriebnahme der Nord Stream-Ferngasleitung zu verhindern. Deutschland darf sich  
 1755 nicht durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in  
 1756 Konflikte hineinziehen lassen.

1757 Wir lehnen die geplante Stationierung von weitreichenden US-Waffensystemen  
 1758 (Marschflugkörpern, Drohnen und Raketen) in Deutschland ab.

#### 1759 **Russland**

1760 Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer  
 1761 erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie  
 1762 die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des  
 1763 ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der  
 1764 Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord Stream-  
 1765 Leitungen.

1766 Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut  
 1767 werden.

#### 1768 **Ukraine**

1769 Der Krieg in der Ukraine hat die europäische Friedensordnung aus den Angeln gehoben.  
 1770 Die Zukunft der Ukraine sehen wir als neutralen Staat außerhalb von NATO und EU.

#### 1771 **Europäischer Nachbarraum**

1772 Die Türkei gehört kulturell zwar nicht zu Europa, ist aber für uns ein wichtiger  
 1773 strategischer und wirtschaftlicher Partner.

1774 Die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten mittels ideologischer oder  
 1775 finanzieller Förderung islamistischer und nationalistischer Gruppen aus dem Ausland  
 1776 lehnen wir ab.

1777 Der Weg zum Frieden im Nahen Osten führt nicht über Terror, Krieg oder internationale  
 1778 Einmischung, sondern über vertrauensbildende Maßnahmen. Ziel ist ein gerechter  
 1779 Frieden, der auf Völkerrecht, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung  
 1780 beruht.

1781 Unsere primären Interessen sind die Verhinderung neuer Massenmigration und eines  
 1782 kriegesischen Flächenbrands im Nahen Osten.

#### 1783 **China**

1784 Das Verhältnis zur Volksrepublik China muss sich an den realpolitischen Interessen  
 1785 Deutschlands orientieren.

1786 Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir  
 1787 ausbauen. China ist als Handelspartner für Deutschland von herausragender Bedeutung,  
 1788 als Wettbewerber und Partner zugleich.

1789 Die Beziehungen weiter zu fördern, liegt in unserem Interesse, allerdings nur unter  
 1790 strikter Einhaltung von Gleichberechtigung und Fairness im Wettbewerb und unter  
 1791 Schutz vor Abschöpfung und Ausverkauf deutscher Technologie.

1792 Die chinesische Führung hat ein weltweites Infrastrukturprojekt begonnen, das als  
 1793 „Neue Seidenstraße“ bekannt geworden ist und der Stärkung des chinesischen  
 1794 Einflusses in der Welt dient. Soweit sich hieraus Chancen für die deutsche Wirtschaft  
 1795 ergeben, wollen wir diese nutzen.

1796 Jegliche Entwicklungshilfe an China ist mit sofortiger Wirkung einzustellen.

## 1797 **Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken** 1798 **ausbauen**

1799 Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Spannungsfeld zwischen einem weiteren  
 1800 Ausbau der globalen Verflechtungen und ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale,  
 1801 regional fokussierte Wertschöpfungsstrukturen.

1802 Die deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu  
 1803 ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten.  
 1804 Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.

1805 Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den  
 1806 Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln. Ideologisch motivierte Alleingänge, wie  
 1807 das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.

1808 Wir unterstützen die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und fördern die  
 1809 Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten sowie regionalen Organisationen wie ASEAN  
 1810 und Mercosur.

1811 Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung  
 1812 gesamtwirtschaftlicher und verteidigungspolitischer Interessen Deutschlands bei der  
 1813 Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Konzerne und  
 1814 Finanzinvestoren. Sicherheitsrelevante und grundversorgungsrelevante Bereiche  
 1815 müssen dabei vor Übernahmen geschützt werden.

1816 Entscheidungen ausländischer Gerichte und Behörden, die extraterritoriale Wirkung  
 1817 entfalten, betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen  
 1818 Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig.

## 1819 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands**

1820 Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu anderen  
 1821 Völkern zu bauen, das Wissen, um die deutsche Kultur und Geschichte zu vertiefen und  
 1822 die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung und Pflege  
 1823 internationaler Kontakte zu unterstützen.

1824 Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturprojekte  
 1825 sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln und für unser reiches  
 1826 kulturelles Erbe werben. Ein besseres Verständnis für unsere kulturellen Werte,  
 1827 Traditionen und Geschichte schafft Vertrauen.

1828 Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber den  
 1829 deutschen Minderheiten im Ausland. Deshalb muss ein Schwerpunkt unserer  
 1830 auswärtigen Kulturpolitik in der Unterstützung dieser Minderheiten bei der Bewahrung  
 1831 ihrer kulturellen und sprachlichen Identität liegen.

1832 Die AfD setzt sich dafür ein, dass die europäische Charta der Regional- und  
1833 Minderheitensprachen eingehalten wird.

1834 In den EU-Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung  
1835 und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und  
1836 Französisch gleichgestellt werden.

### 1837 **Entwicklungspolitik neugestalten**

1838 Die deutsche Entwicklungspolitik ist gescheitert. Die AfD fordert eine  
1839 Entwicklungspolitik, welche deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen  
1840 Rechnung trägt. Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an  
1841 die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland  
1842 ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der  
1843 Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.

1844 Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein – und keine Unterstützung von korrupten Systemen.  
1845 Eine lückenlose Kontrolle über die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist die  
1846 Grundlage jeder Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern eine Stärkung der  
1847 Sachleistungen (zum Beispiel Ausbildungshilfen vor Ort, Infrastrukturprojekte) und  
1848 einen Abbau von Finanzleistungen.

1849 Die Förderung von fragwürdigen gender- und WOKE-ideologiebasierten  
1850 Entwicklungsprojekten ist zu beenden.

1851 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Entwicklungshilfepolitik der EU auf die  
1852 Ebene der Mitgliedsstaaten zurückgeführt wird, um die Eigeninteressen der  
1853 Nationalstaaten besser zu vertreten.

1854 Entwicklungshilfe an China und Indien, oder an Atommächte wie z.B. Pakistan, ist zu  
1855 streichen.

1856 Generell sehen wir aufgrund der außerordentlich schwierigen Haushaltslage die  
1857 Notwendigkeit, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu reduzieren.



## 1858 **Asyl- und Migrationspolitik**

1859 In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in  
 1860 Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere  
 1861 für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist.  
 1862 Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen  
 1863 gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen  
 1864 Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch  
 1865 befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig  
 1866 entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes  
 1867 Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende  
 1868 Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.

1869 Während einige unserer europäischen Nachbarn das Problem erkannt und wirksame  
 1870 Gegenmaßnahmen ergriffen haben, die Massenzuwanderung auf ein absolutes  
 1871 Minimum zu reduzieren, bleiben deutsche Politiker weiter untätig. Statt das Asylrecht zu  
 1872 reformieren, hat sich die Regierung die Legalisierung der illegalen Einwanderung auf die  
 1873 Fahnen geschrieben.

1874 Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung, muss in freier Selbstbestimmung auf  
 1875 nationaler Ebene entschieden werden. Das bedeutet, allein Deutschland entscheidet, wer  
 1876 nach Deutschland kommen darf. Kontrollen und damit verbundene Zurückweisungen an  
 1877 der Grenze müssen als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst  
 1878 werden.

1879 Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und  
 1880 die Staatsgrenzen wieder kontrollieren. Die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU  
 1881 bleiben davon unberührt. Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist. Alle in  
 1882 den letzten Jahren angestoßenen migrationspolitischen Regelungen, die nicht im  
 1883 Interesse Deutschlands liegen, werden zurückgenommen. Wer kein Bleiberecht besitzt  
 1884 und sich illegal in Deutschland aufhält, wird abgeschoben.

## 1885 **Zuwanderung wieder national regeln**

1886 Deutsches Recht schließt die Einreise zum Zweck der Asylgewährung aus, sofern  
 1887 Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Entgegen dieser Rechtslage  
 1888 werden solche Einreisen seit Jahren jedoch geduldet. Dublin-Rücküberstellungen ins  
 1889 zuständige EU-Ersteinreiseland scheitern meist an der Unwilligkeit dieser EU-  
 1890 Mitgliedstaaten. In der Realität bleibt deshalb fast jeder auch illegal eingereiste  
 1891 Asylbewerber dauerhaft hier. Dieser Zustand ist untragbar. Der Verweis auf eine  
 1892 angeblich notwendige Zuständigkeitsüberprüfung für das Asylverfahren greift hierbei  
 1893 ausdrücklich nicht, da diese auch im bereits sicheren, zuvor durchquerten EU-  
 1894 Nachbarstaat möglich wäre.

1895 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz der  
 1896 inneren Sicherheit haben zudem Vorrang vor den europäischen Vorschriften über das  
 1897 Asyl- und Ausländerrecht. Hinzu kommt, dass dem Verzicht auf Binnengrenzkontrollen  
 1898 seinerzeit nur unter der Voraussetzung zugestimmt wurde, dass die  
 1899 Außengrenzsicherheit gewährleistet ist und alle EU-Mitgliedstaaten die Standards für  
 1900 die Durchführung der Asylverfahren und die Dublin-Vorschriften beachten. Zudem war

1901 die Massenmigration in die EU seit 2015 bei Ratifizierung des EU-Vertrages 1993 nicht  
1902 vorhersehbar.

1903 Somit ist die Geschäftsgrundlage der europäischen Asylregelung entfallen, weshalb sich  
1904 für Deutschland keinerlei Verpflichtung in dieser Hinsicht mehr ergibt.

1905 Das „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) ist vollständig gescheitert, weshalb  
1906 wir diesen Irrweg nicht weiterverfolgen werden. Stattdessen werden wir uns – analog zu  
1907 Dänemark – im Rahmen eines „Opt-Outs“ nicht länger an der gemeinsamen Politik der  
1908 EU im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz beteiligen.

1909 Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die  
1910 Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu  
1911 unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen  
1912 zu können. Dies dient auch der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Den  
1913 Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr werden wir dabei weiterhin gewährleisten.

1914 Weiterhin werden wir folgende Maßnahmen unter Beachtung rechtstaatlicher  
1915 Standards umsetzen:

- 1916 • Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung
- 1917 aufenthaltsbeendender Maßnahmen
- 1918 • Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt
- 1919 • Anstoßen einer Reform der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als auch der
- 1920 Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an
- 1921 aktuelle Gegebenheiten seit 2015
- 1922 • Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie
- 1923 oder einer einfachgesetzlichen Regelung
- 1924 • Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf
- 1925 Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt

## 1926 **Asylparadies Deutschland schließen**

1927 Deutschland trägt aufgrund seiner Regierungspolitik und ihrer gesetzlichen  
1928 Auswirkungen seit 2015 die Hauptlast der illegalen Zuwanderung nach Europa. Die AfD  
1929 wird diesem Missstand mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur  
1930 Wiederherstellung geordneter Verhältnisse begegnen.

- 1931 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären
- 1932 Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden
- 1933 • Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im
- 1934 nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen
- 1935 • Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan
- 1936 • Aufarbeitung des „Ortskräfteskandals Afghanistan“ im Rahmen eines
- 1937 parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- 1938 • Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch
- 1939 Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem
- 1940 internationalen Seerecht immer eine Ausschiffung der Betroffenen am
- 1941 nächstgelegenen Seehafen erfolgen

- 1942 • Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer
- 1943 sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die
- 1944 Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen
- 1945 • Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener
- 1946 Identität und Staatsangehörigkeit
- 1947 • Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren
- 1948 • Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten
- 1949 • Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung
- 1950 durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten
- 1951 • Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und
- 1952 subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland
- 1953 • Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär
- 1954 Schutzberechtigter
- 1955 • Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren,
- 1956 verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über
- 1957 zehn Jahre
- 1958 • Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und – Betreuung. Eine
- 1959 Verfahrensberatung darf nur nach geltendem Recht erfolgen. Die staatliche
- 1960 Förderung von NGOs in diesem Bereich ist einzustellen
- 1961 • Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger
- 1962 Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber
- 1963 • Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des
- 1964 Asylverfahrens
- 1965 • Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen
- 1966 rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen. Zum Abbau von Altfällen werden wir das
- 1967 Personal erhöhen

## 1968 **Ökonomische Anreize senken**

- 1969 Die materiellen Leistungen für Asylbewerber in Deutschland sind, wie internationale
- 1970 Vergleiche zeigen, zu hoch. Sie entfalten eine Anziehungswirkung und überfordern die
- 1971 finanzielle Leistungskraft unseres Landes. Auch abgelehnte und ausreisepflichtige
- 1972 Asylbewerber verursachen durch ihren Aufenthalt Kosten in zweistelliger
- 1973 Milliardenhöhe, die vom Steuer- und Beitragszahler getragen werden müssen.
- 1974 Asylanerkennung führt derzeit zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen
- 1975 Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Eigenleistung. Das ist sozial- und
- 1976 abgabepolitisch ungerecht.
- 1977 Die AfD fordert daher zur Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen
- 1978 Gerechtigkeit:
- 1979 • Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu
  - 1980 erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von
  - 1981 Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.
  - 1982 • Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges
  - 1983 Existenzminimum abzusenken

- 1984 • Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen,
- 1985 zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des
- 1986 Wohlfahrtsstaates bedeuten.
- 1987 • Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten.

## 1988 **Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive**

1989 Das deutsche Rückführungsversagen ist nicht länger hinnehmbar. Das gilt gleichsam für  
 1990 Abschiebungen ins Herkunftsland, als auch für Dublin-Rücküberstellungen ins EU-  
 1991 Ersteinreiseland. Der aktuelle Zustand ist das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit und ist  
 1992 Ausdruck des fortgesetzten, migrationspolitischen Staatsversagens.

1993 Rückführungsmaßnahmen werden mit Hilfe alter und neuer Bleiberechtsregelungen  
 1994 unterlaufen, der illegale Aufenthalt wird somit also verstetigt. Dem dient auch das  
 1995 vielfach genutzte Instrument der Duldung ausreisepflichtiger Personen, einer Praxis, mit  
 1996 der diese Menschen zum Teil in Form einer Kettenduldung eine sich stets verlängernde  
 1997 Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dabei ist eine Duldung grundsätzlich nur eine  
 1998 Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Keinesfalls aber  
 1999 sollte die Erteilung eine Duldung einen dauerhaften Aufenthalt begründen. Mit dem neu  
 2000 eingeführten sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht bekamen Geduldete, die mit  
 2001 Stichtag 01. Januar 2022 seit 5 Jahren in Deutschland lebten, gar die Chance innerhalb von  
 2002 18 Monaten bei Erfüllung geringster Anforderungen doch noch eine  
 2003 Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.

2004 Als Fazit ist festzuhalten, dass die Grundintention des Aufenthaltsrechts, die Steuerung  
 2005 und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern seit Jahren ins Gegenteil verkehrt und  
 2006 geradezu pervertiert wird. Dabei entkernen sich verfestigende Aufenthalte abgelehnter  
 2007 Asylbewerber den Sinn des eigentlichen Schutzgedankens fundamental.

2008 Eine AfD-geführte Bundesregierung wird dieses Staatsversagen beenden, nicht  
 2009 bleibeberechtigte und ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und zur  
 2010 Behebung der eklatanten Vollzugsdefizite in diesem Bereich folgende Maßnahmen  
 2011 umsetzen:

- 2012 • konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer
- 2013 strikten Anwendung geltenden Rechts;
- 2014 • Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen,
- 2015 insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des
- 2016 Chancenaufenthaltsrechts;
- 2017 • Ersatz der Duldung durch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht
- 2018 • massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch
- 2019 Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel
- 2020 • Förderung der freiwilligen Rückkehr.
- 2021 • Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds
- 2022 • Unverzügliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und
- 2023 Schwerekrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite
- 2024 Drittstaaten.
- 2025 • Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs

- 2026 • Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den
- 2027 internationalen Flughäfen.
- 2028 • Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des
- 2029 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.
- 2030 Diesen Kurswechsel werden wir – nach dem Syrien-Urteil des OVG Münster vom Juli
- 2031 2024 (Urt. V. 16.07.2024, Az 14A 2847/19.a) – ausdrücklich auch bei der größten seit 2014/15
- 2032 eingewanderte Gruppe – den Syrern – vollziehen. Dem Urteil folgend besteht für
- 2033 Zivilpersonen in Syrien keine ernsthafte, individuelle Bedrohung ihres Lebens oder ihrer
- 2034 körperlichen Unversehrtheit infolge eines Bürgerkrieges mehr. Vor diesem Hintergrund
- 2035 werden wir im Rahmen einer Rückführungsoffensive folgende Maßnahmen umsetzen:
- 2036 • Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr
- 2037 schutzberechtigten syrischen Staatsbürger
- 2038 • Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt
- 2039 anerkannte Syrer
- 2040 • Aufnahme von Verhandlungen mit der syrischen Regierung, bilateral und im
- 2041 Verbund der EU-Mitgliedstaaten, über die Rückkehr von syrischen
- 2042 Staatsangehörigen
- 2043 • Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung
- 2044 von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien
- 2045 Analog werden wir, wenn die Voraussetzungen vorliegen, dann auch bei Personen aus
- 2046 anderen Asyl-Herkunftsländern verfahren.

## 2047 **Integration**

- 2048 Leitgedanke bei jeder Form von Zuwanderung müssen die Integrationsfähigkeit und
- 2049 Integrationswilligkeit von Migranten sein und die Integrationsmöglichkeiten der
- 2050 Aufnahmegesellschaft und ihres Staates. Die klassischen Einwanderungsländer wie z. B.
- 2051 Kanada oder Australien handeln seit langem nach diesem Prinzip. Trotz
- 2052 millionenfachem Wanderungsdruck auf Deutschland in den zurückliegenden Jahren –
- 2053 Zuzüge seit 2010 etwa 15 Millionen, vielfach auf illegale Weise und mit illegalen Motiven –
- 2054 - hat die Politik die hierdurch entstandenen und entstehenden Probleme ignoriert und
- 2055 verdrängt. Der Anteil der Unionsbürger an dieser Immigration lag bei rund 40%. Nach
- 2056 Saldierung der Einwanderungen mit den Auswanderungen im gleichen Zeitraum
- 2057 verbleibt immer noch ein Einwohnerzuwachs von etwa 5 Millionen Menschen.
- 2058 Integration wurde ursprünglich von den sogenannten Arbeiterverbänden gegenüber der
- 2059 Politik als Forderung nach mehr Akzeptanz und Menschlichkeit für Gastarbeiter
- 2060 aufgestellt. Doch haben sich tausende Zuwanderer seither in unserem Land erfolgreich
- 2061 integriert, ohne dass die Politik jenseits der kommunalen Ebene viel dazu beigetragen
- 2062 hätte. Angesichts der massiven Entfremdung in unseren Städten und gewachsenen
- 2063 Parallelgesellschaften muss die Integrationsfähigkeit unseres Landes erst
- 2064 wiederhergestellt werden.
- 2065 Falsche Anreize in der Sozialpolitik, die bisher nur einen geringen Beitrag zur Integration
- 2066 geleistet hat, werden wir beenden. Die Teilhabe an unserer freiheitlich demokratischen
- 2067 Gesellschaft ist an Voraussetzungen geknüpft. Dazu gehören das Erlernen der deutschen
- 2068 Sprache und das Anerkennen unserer Werte bzw. unseres Rechtsstaates.



2069 Leistungsbereitschaft, Anpassungswille und eine bewusste Bejahung der deutschen  
 2070 Lebensverhältnisse sind Voraussetzung, um voll akzeptiert zu werden und einen  
 2071 Mehrwert für alle zu bilden. Es bedarf daher einer radikalen Wende der deutschen  
 2072 Migrationspolitik, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwehren und die  
 2073 vorhandenen Probleme auf ein erträgliches Maß zu vermindern.

2074 Die AfD fordert daher:

- 2075 • Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zugangsgeschehens
- 2076 wieder herzustellen.
- 2077 • Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie
- 2078 eingrenzen
- 2079 • Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration. Dazu gehört
- 2080 der angemessene Spracherwerb, mindestens auf B 2 – Niveau, in angemessener Zeit,
- 2081 in der Regel innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von 5 Jahren
- 2082 • Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z.B.
- 2083 abgebrochene Sprachkurse) sind zurückzuerstatten
- 2084 • Die Akzeptanz der Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens in Deutschland,
- 2085 welche sich in ihrem rechtlichen Kern aus der Verfassung des Landes und seiner
- 2086 darauf aufbauenden Rechtsordnung ergeben.

## 2087 **Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden**

2088 Die AfD wird die immer laxeren Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen  
 2089 Staatsangehörigkeit umkehren und stattdessen zu dem Rechtszustand zurückkehren,  
 2090 wie er bis 1990 bestanden hat, also dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch  
 2091 Geburt als Kind zumindest eines deutschen Elternteils sowie als  
 2092 Ermessensentscheidung im Interesse des Gemeinwesens.

2093 Folgende Maßnahmen sind im Zuge dessen erforderlich:

- 2094 • Bei der Ermessenseinbürgerung muss die einbürgernde Behörde im Rahmen von
- 2095 Einzelfallentscheidungen davon geleitet sein, dass nur solche Einbürgerungen
- 2096 vorzunehmen sind, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen
- 2097 Neubürgers gestärkt wird.
- 2098 • Mehrfache Staatsangehörigkeiten, abgesehen von begründeten Ausnahmen,
- 2099 insbesondere des gemeinsamen Unionsrechts, bergen die Gefahr von
- 2100 Loyalitätskonflikten und sind daher zukünftig wieder auszuschließen.
- 2101 • Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland für Kinder
- 2102 ausländischer Eltern werden wir ebenso wie den Einbürgerungsanspruch wegen
- 2103 längeren Aufenthalts im Inland wieder abschaffen.

## 2104 **Migration und Wohnungsmarkt**

2105 Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere  
 2106 auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an  
 2107 Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu  
 2108 begrenzen.

2109 Ebenso sollte in Brennpunkt-Quartiere, die bereits heute über Parallel- bzw. gar  
 2110 Gegengesellschaften von über 25 % Nicht-EU-Migranten verfügen oder unter einer  
 2111 erhöhten Kriminalität leiden, in denen die Integration folglich bereits gescheitert ist,



2112 keine weitere Zuweisung von Asylbewerbern oder Asylberechtigten erfolgen,  
2113 insbesondere nicht in Form von Großunterkünften.

2114 Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z.B. im §246  
2115 BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten  
2116 lehnen wir ab.

## 2117 **Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte**

2118 Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, die zum Erfolg unseres Landes  
2119 beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht,  
2120 beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-  
2121 Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter  
2122 Zuwanderung auf Dauer und humanitärem Schutz auf Zeit.

2123 Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir  
2124 zunächst die heimischen Potentiale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische  
2125 Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen.  
2126 Folgende Maßnahmen werden wir in diesem Zusammenhang umsetzen:

- 2127 • Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss  
2128 genauso, wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert  
2129 werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme  
2130 für abgewanderte Leistungsträger.
- 2131 • Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und  
2132 Digitalisierung oder ökonomische Produktivitätssteigerungen sind zur Bekämpfung  
2133 eines etwaigen Fachkräftemangels konsequent umzusetzen.
- 2134 • Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die  
2135 bereits heute legal in Deutschland leben.
- 2136 • Wir begrüßen die Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, die insbesondere im  
2137 Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen, werden  
2138 zugleich aber den hierbei vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen.
- 2139 • Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu  
2140 reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem  
2141 mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende  
2142 Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene -verträge, ausreichende Sprachkenntnisse, etc.  
2143 einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen.
- 2144 • Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte  
2145 Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere  
2146 Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und  
2147 Technik) sowie Facharbeiter ansprechen.

## 2148 **Innere Sicherheit**

2149 Eine der Grundvoraussetzungen für die innere Sicherheit in Deutschland sind  
 2150 kontrollierbare Grenzen. Die Menschen sind seit dem Terroranschlag auf dem Berliner  
 2151 Weihnachtsmarkt täglich einer Vielzahl von Messerangriffen, weiteren  
 2152 Terroranschlägen wie in Mannheim und Solingen und einer deutlich steigenden  
 2153 Gewaltkriminalität wie auch Gruppenvergewaltigungen ausgesetzt. Linksradikale  
 2154 Gewaltexzesse wie von der Antifa sowie zunehmende Gewaltkriminalität durch Clans,  
 2155 Banden und ausländischer Mafia haben die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir  
 2156 werden diese unhaltbaren Zustände wirksam bekämpfen.

## 2157 **Wirksame Bekämpfung der Kriminalität**

2158 Ausländerkriminalität: Der weitere Anstieg des Anteils von Ausländern an Gewalt-,  
 2159 Sexual- und Drogendelikten wird immer deutlicher erkennbar. Zur wirksamen  
 2160 Bekämpfung sind über Maßnahmen der Strafverfolgung hinaus sämtliche  
 2161 ausländerrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erweitern. Wir fordern daher  
 2162 die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für:

- 2163 • Verweigerung eines Aufenthaltsrechts für ausländische Gewalttäter und Terroristen
- 2164 in Deutschland
- 2165 • Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer
- 2166 Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil
- 2167 • Präventivhaft für ausländische Gefährder und Terroristen
- 2168 • Unzulässigkeit der Einbürgerung verurteilter Straftäter

2169 Organisierte Kriminalität: Die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte, nicht selten  
 2170 international vernetzte, planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer  
 2171 Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, untergräbt Gesellschaft und Wirtschaft in  
 2172 nicht hinnehmbarem Maße.

2173 Clan- und Bandenkriminalität: Mittlerweile haben sich ethnisch abgeschottete  
 2174 Subkulturen aus dem arabischen Kulturkreis mit eigenen Strukturen und  
 2175 Wertvorstellungen in Deutschland gebildet, die in Parallelgesellschaften mit No-Go-  
 2176 Areas leben. Diese sowie national und international agierende Banden sind eine enorme  
 2177 Herausforderung für unseren Rechtsstaat.

2178 Den beschriebenen Erscheinungsformen der Kriminalität ist der Kampf anzusagen; sie  
 2179 sind zu zerschlagen. Wir fordern daher:

- 2180 • Erhebliche Aufstockung der Ermittlungsbehörden hinsichtlich Personal und
- 2181 Ausstattung sowie eine attraktivere Gestaltung des Berufsbildes mit Gewährleistung
- 2182 hinreichenden Schutzes der ermittelnden Beamten
- 2183 • durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen konsequent eingezogen
- 2184 werden. Dazu fordern wir die Einführung einer gesetzlich normierten
- 2185 Nachweispflicht hinsichtlich der Herkunft von erheblichen und nicht
- 2186 nachvollziehbar erworbenen Vermögenswerten bei Straftätern und deren
- 2187 Familienmitgliedern nach italienischem Vorbild

- 2188 • Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung
- 2189 von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur
- 2190 Schadensregulierung
- 2191 • Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für den Ausschluss der gezielten
- 2192 Unterwanderung von Ermittlungsbehörden
- 2193 • Unterstützung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den Bundesländern zur
- 2194 Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe durch Erhöhung des Anteils
- 2195 am Steueraufkommen

## 2196 **Jugendstrafrecht**

2197 Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren  
 2198 deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit  
 2199 Migrationshintergrund. Vermehrt werden Kinder bei der Begehung von Straftaten  
 2200 festgestellt. Das jetzige Jugendstrafrecht wird den Anforderungen nicht mehr gerecht.

2201 Wir fordern daher:

- 2202 • Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre
- 2203 • Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts nur noch auf Jugendliche bis zur Vollendung
- 2204 des 18. Lebensjahrs
- 2205 • Zeitnahe Inhaftierung von Personen, die als Mehrfach- und Intensivtäter eingestuft
- 2206 werden
- 2207 • Regelmäßige Durchführung einer biologischen Altersfeststellung; bei Zweifeln, ob
- 2208 noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, bei Straftaten von erheblicher Bedeutung
- 2209 und bei Mehrfachtätern

## 2210 **Stärkung der Polizei**

2211 Die Polizeibeamten in Bund und Ländern gewährleisten die öffentliche Sicherheit unter  
 2212 großem persönlichen Einsatz. Dem wird die Politik mit dem bestehenden  
 2213 Personalmangel, strukturellen Unzulänglichkeiten, unzureichender Ausrüstung und  
 2214 Bewaffnung bei schlechter Bezahlung und miserabler sozialer Absicherung nicht  
 2215 gerecht. Durch die gezielte Verschärfung des Beamten- und Disziplinarrechts wurde ein  
 2216 Instrument zur politischen Beeinflussung der Beamten geschaffen.

2217 Wir fordern deshalb:

- 2218 • Keine Leitung von Sicherheitsbehörden durch politische Beamte
- 2219 • Grundsätzliche Ablehnung von Gesinnungsüberprüfungen und daraus
- 2220 resultierender Konsequenzen
- 2221 • Abschaffung aller politisch installierten Polizeibeauftragten, innerbehördlichen
- 2222 Denunzierungsstellen sowie der Beweislastumkehr im Disziplinarverfahren, da
- 2223 diese allen demokratischen Grundsätzen und dem freiheitlichen Menschenbild
- 2224 zuwiderlaufen
- 2225 • Streichung der Möglichkeit zur sofortigen Entlassung von Beamten aus politischen
- 2226 Gründen
- 2227 • Bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütungen mit
- 2228 Gefährdungszulagen sowie weitere Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze
- 2229 für Polizei und Rettungskräfte. Verbesserung von Bewaffnung und Ausrüstung

- 2230 • Übernahme der Kosten für die Dienstunfähigkeits- und
- 2231 Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn sowie Sicherstellung des
- 2232 Rechtsschutzes der Beamten in dienstlichen Angelegenheiten
- 2233 • Anpassung der Hinterbliebenenversorgung in Höhe der Versorgungsansprüche des
- 2234 letzten Amtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall
- 2235 • Anpassung der Strafverfolgungsbefugnisse und der Fahndungsmöglichkeiten der
- 2236 Polizei an die jeweils aktuelle Kriminalitätsentwicklung

### 2237 **Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern**

2238 Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine  
 2239 Stärkung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein.  
 2240 Neben der Modernisierung der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden  
 2241 Prozessordnung fordern wir die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für:

- 2242 • Strafaussetzung zur Bewährung bei Haftstrafen nur nach erfolgter
- 2243 Mindestverbüßung
- 2244 • Getrennte Unterbringung von Kurzeithäftlingen und Personen, die eine
- 2245 Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, vom regulären Strafvollzug
- 2246 • Aufstockung des Justizpersonals
- 2247 • Schwere der Tat und deren Folgen als weiteren Haftgrund

### 2248 **Waffenrecht überarbeiten**

2249 Das unstrukturiert gewachsene Waffenrecht benötigt dringend eine Neufassung. Mit  
 2250 den Änderungen des Waffengesetzes aus dem Oktober 2024 werden nun alle Bürger  
 2251 kriminalisiert, die z.B. ein kleines Obst- oder Taschenmesser mitführen. Die aktionistisch  
 2252 geschaffene Rechtslage ist für Ämter, Fachleute und erst recht Bürger undurchsichtig.  
 2253 Sie führt an den eigentlichen Problemen komplett vorbei. Statt Legalwaffenbesitzer und  
 2254 Bürger unter Generalverdacht zu stellen, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein  
 2255 Riegel vorzuschieben.

### 2256 **Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen**

2257 Die AfD bekennt sich zum antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik  
 2258 Deutschland. Die streitbare Demokratie muss sich ihrer Feinde erwehren – egal, welcher  
 2259 Herkunft sie sein mögen. Das gilt sowohl für den Rechtsextremismus als auch für den  
 2260 Linksextremismus sowie den religiösen – meist islamistisch geprägten – Extremismus.  
 2261 Die Bekämpfung des Linksextremismus, welcher immer wieder blanke Gewalt, Angst  
 2262 und Terror verbreitet, wird staatlicherseits momentan sträflich vernachlässigt. Diesen  
 2263 Missstand wird die AfD beenden.

2264 Bei Organisationen, die dem gewaltsamen Linksextremismus zuzuordnen sind, reicht  
 2265 eine mögliche Streichung der Zuwendung öffentlicher Fördermittel nicht aus. Diese  
 2266 Organisationen sind zu verbieten, ebenso wie die Verwendung derer Symbole und  
 2267 Zeichen unter Strafe zu stellen ist.

2268 Die sogenannte Antifa ist als terroristische Vereinigung einzustufen.

2269 Anschläge auf die kritische Infrastruktur (z.B. Gas, Wasser, Strom) und die Sicherheit des  
 2270 Verkehrs haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, insbesondere durch  
 2271 Aktionen der Klimaextremisten. Wir fordern eine konsequente Strafverfolgung unter

2272 Einschluss freiheitsentziehender Maßnahmen sowie die Erleichterung der  
 2273 Geltendmachung und Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegenüber den  
 2274 Verursachern.

2275 Vereine und Verbände, die Extremisten unterstützen, sind von staatlichen  
 2276 Mittelzuwendungen auszuschließen.

### 2277 **Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus**

2278 Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach  
 2279 Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die  
 2280 Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der  
 2281 politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte  
 2282 Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar.

2283 Wenn in einer liberalen westlichen Gesellschaft vor den Gefahren, die der politische  
 2284 Islam für die innere Sicherheit mit sich bringt, die Augen verschlossen werden, dann  
 2285 werden diese Gefahren nicht kleiner, sondern regelrecht existenzbedrohend für die  
 2286 freiheitliche Gesellschaft. Dem werden wir entgegentreten.

### 2287 **Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat**

2288 Die von Teilen der in Deutschland lebenden Muslime auf Veranstaltungen und  
 2289 Demonstrationen erhobene öffentliche Forderung nach der Einrichtung eines Kalifats  
 2290 läuft der freiheitlich demokratischen Grundordnung diametral entgegen und ist  
 2291 verfassungsfeindlich; sie ist unter Strafe zu stellen. Hinsichtlich ausländischer  
 2292 Teilnehmer sind die gesetzlichen Voraussetzungen für aufenthaltsbeendende  
 2293 Maßnahmen zu schaffen und durchzusetzen; sie sind abzuschieben. Der Betrieb von  
 2294 sogenannten Koranschulen, die verfassungsfeindliche Inhalte lehren, ist einzustellen  
 2295 und zu verbieten.

2296 Terroristische Vereinigungen verfolgen das Ziel, mit ihren Handlungen demokratische  
 2297 und rechtsstaatliche Strukturen zu beseitigen. Wir fordern daher die Tätigkeit  
 2298 sogenannte Friedensrichter im Strafgesetzbuch als Straftatbestand einzuführen. Eine  
 2299 Betätigung dieser „Friedensrichter“ ist die tatsächliche Beseitigung der Rechtsordnung.  
 2300 Als nötige Rechtsfolgen sehen wir die Beendigung von Aufenthaltstitel, gegebenenfalls  
 2301 Asylgewährungsbeendigung und die Einziehung des durch die Tätigkeit erworbenen  
 2302 Vermögens. Beauftragter werden als Anstifter gewertet.

### 2303 **No-go-Areas und Parallelgesellschaften**

2304 Nicht nur in deutschen Großstädten sind mittlerweile muslimisch geprägte Stadtteile  
 2305 mit entsprechenden Parallelgesellschaften entstanden, in welchen immer weniger der  
 2306 Rechtsstaat und die Exekutive eine Rolle spielen, sondern sogenannte Friedensrichter  
 2307 auf der Grundlage der Scharia das gesellschaftliche Leben bestimmen.

2308 Es sind weiter die erforderlichen Mittel bereitzustellen und Maßnahmen (wie z.B. Razzien  
 2309 und Kontrollstellen) durchzuführen, damit der Rechtsstaat in den sogenannten No-go-  
 2310 Areas wieder durchgesetzt werden kann.

2311 Die Tätigkeit der sogenannten Friedensrichter entspricht einer Selbstjustiz und ist mit  
 2312 der Justizhoheit und dem Gewaltmonopol des Staates nicht vereinbar; sie ist unter Strafe



2313 zu stellen. Der Friedensrichter ist kein Organ der Rechtspflege. Seine Entscheidungen  
2314 dürfen keine Rechtswirkung entfalten.

### 2315 **Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen**

- 2316 • Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Körperschaftsstatus des  
2317 öffentlichen Rechts zu verleihen.
- 2318 • Die AfD fordert, islamistische Vereine bzw. Moscheegemeinden konsequent zu  
2319 verbieten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.
- 2320 • Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das  
2321 Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam  
2322 durch den Vorwurf der „Islamophobie“ oder des sogenannten antimuslimischen  
2323 Rassismus zu unterdrücken.
- 2324 • Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von jüden- und israelfeindlichen  
2325 Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie antisemitische Beleidigungen müssen  
2326 konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo  
2327 Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.
- 2328 • Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen sowie Organisationen in  
2329 Deutschland durch ausländische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.
- 2330 • In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen,  
2331 möglichst in deutscher Sprache predigen und in Deutschland ausgebildet sein. Sie  
2332 müssen bei der Zulassung ein Zertifikat C1 für die deutsche Sprache des  
2333 Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.
- 2334 • Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen  
2335 und die Stellen sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.
- 2336 • Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu  
2337 machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld durch Zweit- oder  
2338 Drittfrauen zu verhindern.
- 2339 • Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach  
2340 deutschem Recht geschlossen werden dürfen.

### 2341 **Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen**

2342 Die Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und  
2343 Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen  
2344 Ordnung entgegen. Sie sind zu annullieren. Hierfür sind die gesetzlichen Normen zu  
2345 schaffen, welche die Folgen einer solchen Annullierung unter den Beteiligten regeln.

2346 Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen  
2347 Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

### 2348 **Körper- und Gesichtsbedeckung**

2349 Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland  
2350 untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und  
2351 der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.



## 2352 **Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten**

2353 In Zeiten fast ungehinderter Migration sowie grenzüberschreitender Kriminalität und  
2354 Terrorismus kommt dem Schutz der europäischen Binnengrenzen eine existenzielle  
2355 Bedeutung zu.

2356 Die Bundespolizei muss rechtlich, personell und technisch in die Lage versetzt werden,  
2357 diese Aufgabe zu erfüllen. In personeller Hinsicht ist durch eine Verbesserung der  
2358 Besoldung und Versorgung ein Anreiz zur Ergreifung dieses Berufes zu setzen.  
2359 Einsatzkräfte sollten bereits mit Erreichung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand  
2360 versetzt werden, Führungskräfte je nach Verwendung nach Dienst- und Lebensjahren  
2361 gestaffelt. In technischer Hinsicht fordern wir den Einsatz modernster  
2362 Fahndungstechnik sowie elektronischer Überwachungssysteme. In rechtlicher Hinsicht  
2363 fordern wir eine Erweiterung der Befugnisse der Bundespolizei, insbesondere auch in  
2364 Form einer Erweiterung des § 71 des AufenthG um eine generelle Zuständigkeit der  
2365 Bundespolizei als Grenzbehörde auch außerhalb von Grenzübergangsstellen.

# Zeit für Zusammenhalt

2366

## 2367 **Demokratie und Rechtsstaat - Das Volk ist der Souverän**

2368 Bund und Länder haben mit ihrer Europa-, Migrations-, und Corona-Politik die  
 2369 Prinzipien der deutschen Verfassung und des Rechts vielfach verletzt. Selbst das  
 2370 Bundesverfassungsgericht musste feststellen, dass die Bundesregierung ihrer Pflicht,  
 2371 Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch supranationale Institutionen  
 2372 entgegenzutreten, nicht nachkommt. Eine breite Mehrheit der Bürger vertraut nicht  
 2373 mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration,  
 2374 Islamisierung oder zur sicheren Energieversorgung tragfähige Lösungen finden werden.

2375 Die Parteien sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (Art. 21, Abs.  
 2376 1 GG), sie aber nicht beherrschen. In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse  
 2377 herausgebildet, die nicht nur den Umbau des Staates im Sinne ihrer linksgrünen  
 2378 Ideologie verfolgt, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung ihrer Macht, ihres Status und  
 2379 ihres materiellen Wohlergehens anstrebt. Sie zerstört die soziale und kulturelle Zukunft  
 2380 unseres Volkes, unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand. Instrumente der  
 2381 Zerstörung sind Globalisierung, Kulturrelativismus, Diversität und vermeintliche  
 2382 „Gendergerechtigkeit“. Dazu nutzt sie die Schalthebel der staatlichen Macht, der  
 2383 politischen Bildung und ihres informationellen und medialen Einflusses auf die  
 2384 Bevölkerung.

## 2385 **Für eine Sicherung der Bürgerrechte**

2386 Staaten und nichtstaatliche Organisationen wirken darauf hin, auf Grundlage von  
 2387 einseitig bevorzugten naturwissenschaftlichen Theorien die Bürger- und  
 2388 Freiheitsrechte systematisch einzuschränken. Dazu zählen z.B. die  
 2389 Klimafolgenforschung, die Geschlechterforschung und die Pandemieforschung.

2390 Wir wollen nicht in einem Staat leben, in dem die Grundrechte der Bürger als  
 2391 Abwehrrechte gegen den Staat untergraben werden. Deswegen werden wir den  
 2392 unverhältnismäßigen Einschränkungen und der Gefährdungen unserer Freiheitsrechte  
 2393 entschlossen entgegentreten.

## 2394 **Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität**

2395 Supranationale Organisationen wie die UNO und die WHO sind zunehmend bestrebt,  
 2396 souveräne Staaten zu entmachten und auf dem Weg zu einer „Weltregierung“  
 2397 nationalstaatliche Kompetenzen einzuschränken.

2398 Der schon 2018 von der UNO-Generalversammlung beschlossene Migrationspakt –  
 2399 „Global Compact for safe, orderly and regular Migration“ – ist ein bekanntes Beispiel,  
 2400 dessen verheerende Auswirkungen für Deutschland durch weitere Förderung der  
 2401 Migration auf der Hand liegen.

2402 Im Jahr 2024 wurden weitere derartige Verträge vorbereitet unter den Bezeichnungen  
 2403 „Compact of the Future“ und „Global Digital Compact“ vom 23. September 2024, bei deren  
 2404 Ausarbeitung die Bundesregierung ebenfalls eine tragende Rolle spielte. Vorgeblich sind  
 2405 diese überstaatlichen Vereinbarungen nicht rechtlich bindend, tatsächlich werden sie

2406 wie geltendes Recht behandelt und räumen dem UN-Generalsekretariat  
2407 Weisungsrechte ohne demokratische Kontrolle durch die Parlamente ein.

2408 Der geplante „Pandemievertrag“ der WHO setzt die Reihe der Vereinbarungen zur  
2409 Abtretung von Weisungsrechten an supranationale Einrichtungen fort.

2410 Die AfD lehnt diesen Weg der Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität  
2411 entschieden ab und fordert eine Ablehnung bzw. Kündigung dieser Verträge.

## 2412 **Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild**

2413 Wir fordern Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. Denn die  
2414 uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten Gestaltung hat  
2415 dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand,  
2416 Frieden und Freiheit gesichert.

2417 Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für  
2418 ebenso mündig wie das der Schweiz und anderer europäischen Staaten.  
2419 Erfahrungsgemäß entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger,  
2420 friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Berufspolitiker. Deshalb fordert die AfD, die  
2421 rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung der im Art. 20 Abs. 2 GG vorgesehenen  
2422 Volksabstimmungen zu schaffen.

2423 Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-  
2424 Verfassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der  
2425 Entscheidung der Bürger des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union  
2426 auszutreten.

2427 Wesentliche Voraussetzungen für die Qualität von Volksentscheiden sind ein  
2428 ausgeprägter und autonomer Prozess der Willensbildung, Informationspflichten, -  
2429 rechte und eine breite gesellschaftliche Debatte.

2430 Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein  
2431 bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das  
2432 Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament  
2433 beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen.

2434 Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per  
2435 Volksabstimmung auch zu beschließen.

2436 Volksabstimmungen auf Bundesebene müssen zentraler Gegenstand jeder  
2437 Koalitionsverhandlung sein. Der Souverän soll das Recht haben

- 2438 • vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Und so unsere
- 2439 Volksvertreter zu sorgfältiger Arbeit zwingen,
- 2440 • Grundgesetzänderungen und wichtigen völkerrechtlichen Verträgen zustimmen zu
- 2441 müssen und
- 2442 • unter Beachtung der Grenzen des Art. 79 Abs. 3 GG Verfassungsänderungen
- 2443 einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.

## 2444 **Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur in der öffentlichen Debatte**

2445 Jede Zensur von Meinungsäußerungen stellt einen Angriff auf das Grundrecht der  
2446 Meinungsfreiheit dar. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im  
2447 Bildungswesen darf nicht dazu genutzt werden, die politische Willensbildung einseitig zu  
2448 beeinflussen. Als Quasi-Oligopol sollen die großen Anbieter sozialer Medien verpflichtet  
2449 werden, die Meinungsfreiheit ihrer Nutzer zu respektieren.

2450 Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. Staatliche  
2451 Zensurvorschriften und staatlich aufgezwungene Abkommen mit privaten  
2452 Unternehmen, die Zensurmaßnahmen durchführen, werden wir umgehend abschaffen.

2453 Selbst ernannte „Faktenprüfer“ und Meinungswächter dürfen keine staatliche  
2454 Finanzierung erhalten.

2455 Wir lehnen die zunehmende Kontroll- und Verbotspolitik der Bundesregierung im  
2456 Bereich der Medien und sozialen Netzwerke ab. Insbesondere darf es keine Zensur durch  
2457 staatlich ernannte Berufsdenunzianten geben.

2458 Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische  
2459 Werbefinanzierung übt die Regierung auch Einfluss auf private Medien aus.

2460 Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab. Zum Schutz der freien und  
2461 unabhängigen Meinungsbildung wollen wir Beteiligungen von Parteien an  
2462 Medienunternehmen verbieten.

## 2463 **Gewaltenteilung gewährleisten**

2464 Das parteienstaatliche parlamentarische Regierungssystem hat die Gewaltenteilung  
2465 ausgehöhlt und zu einer Verlagerung der Staatsgewalt in die Parteizentralen geführt.

2466 Deshalb fordern wir, dass Abgeordnete nicht gleichzeitig Mitglied einer Regierung sein  
2467 dürfen.

2468 Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für  
2469 die „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung – vom Ministerialdirektor bis zum  
2470 Polizeipräsidenten.

2471 Der Bundespräsident, als höchster Repräsentant des Staates, soll direkt vom Volk  
2472 gewählt werden.

## 2473 **Reform des Parlamentsrechts**

2474 Deutschland leistet sich eines der größten Parlamente der Welt. Wir streben 500  
2475 Abgeordnete an, die je zur Hälfte über die Erst- bzw. Zweitstimme gewählt werden. Mit  
2476 der Erststimme sind die Wahlkreiskandidaten direkt zu wählen. Mit der mehrfachen  
2477 Zweitstimme kann der Bürger eine Partei wählen und die Reihenfolge auf deren  
2478 Wahlvorschlagsliste ändern.

2479 Quotierungen der Wählerschaft nach Geschlecht oder anderen Eigenschaften lehnen wir  
2480 als Eingriff in das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ ab. Ebenso die Absenkung des  
2481 Wahlalters unter 18.

2482 Einer Verlängerung der Wahlperiode stimmen wir nicht zu, weil sie die Entfremdung  
2483 zwischen Parlament und Wählern vergrößern würde.

2484 Zur Stärkung des freien Mandats der Abgeordneten gegenüber ihrer Partei oder Fraktion  
2485 treten wir für das die Ermöglichung geheimer Abstimmungen im Parlament ein.

2486 Zur Sicherstellung der Gleichbehandlung aller Parlamentsfraktionen tritt die AfD dafür  
2487 ein, dass die Bestellung der Präsidien im Parlamentsbetrieb nicht durch Wahl, sondern  
2488 durch Benennung der Fraktionen zu erfolgen hat.

2489 Den direkten Einfluss der politisch aktiven Nichtregierungsorganisationen und  
2490 sogenannter Bürgerräte auf die staatliche Willensbildung lehnen wir ab.

### 2491 **Freie Listenwahl und freies Mandat**

2492 Das geltende Bundestagswahlrecht hat gravierende demokratische Mängel. Dem Wähler  
2493 werden derzeit starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Über die  
2494 „sicheren Listenplätze“ bestimmen de facto die Parteivorstände die Zusammensetzung  
2495 des Parlaments. Mit einer demokratischeren Gestaltung des Wahlsystems will die AfD  
2496 dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente  
2497 zurückgeben. Deshalb treten wir für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des  
2498 Kumulierens und Streichens von Kandidaten.

2499 Briefwahl soll wieder begründungspflichtig auf Ausnahmefälle beschränkt werden.

### 2500 **Die Selbstbedienung der Parteien beenden**

2501 Die Parteien entscheiden auch in eigener Sache. Dazu zählen die Diäten, Fraktions- und  
2502 Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von „parteinahen“ Stiftungen.

2503 Allein diese Stiftungen haben im Jahr 2024 659 Millionen Euro erhalten. Bereits die Höhe  
2504 dieses Betrages, der sich auf mehr als das Dreifache der jährlichen Parteienfinanzierung  
2505 beläuft, muss Anlass sein, die Höhe der Stiftungsfinanzierung radikal zu begrenzen.

2506 Alle Entscheidungen in eigener Sache sind der unbeschränkten Kontrolle der  
2507 Rechnungshöfe zu unterstellen. Öffentlichkeit ist herzustellen. Unabdingbar ist auch  
2508 eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen.

### 2509 **Kampf der Parteibuchwirtschaft**

2510 Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt  
2511 werden (Art. 3 Abs. 3 GG). Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig  
2512 und loyal ihren Dienst zu verrichten. Öffentliche Ämter, Beamten- und Richterstellen  
2513 sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben  
2514 (Art. 33 Abs. 2 GG), Quotenregelungen sind abzulehnen.

2515 Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das  
2516 Spitzenpersonal des Staates zu gelten. Dies gilt auch für die Geschäftsführungen aller  
2517 Unternehmen, die von der öffentlichen Hand beherrscht werden.

2518 „Parteibuchwirtschaft“ und Ämterpatronage müssen beendet werden.

### 2519 **Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen**

2520 Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht  
2521 Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig  
2522 vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus  
2523 sind die Folge. Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir

2524 eine Begrenzung der Mandatszeit für Bundeskanzler auf drei und für Abgeordnete auf  
2525 insgesamt vier Legislaturperioden in EU-Parlament, Bundestag oder Landesparlament.

### 2526 **Lobbyismus kontrollieren**

2527 Die Beratung unserer Bundestagsabgeordneten durch Experten und Sachverständige ist  
2528 notwendig und zulässig.

2529 Der Lobbyismus hat sich aber stark verändert. Er ist heute durch EU-Recht  
2530 institutionalisiert und hat supranational neue Wege gefunden, z. B. durch private  
2531 Spenden für die WHO. Diese Entwicklung betrachtet die AfD als inakzeptabel.

### 2532 **Entpolitisierung der Justiz**

2533 Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern  
2534 und Staatsanwälten verhindern und so die Politisierung der Justiz beenden.

2535 Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes einen  
2536 Justizwahlausschuss einzurichten. Wir fordern eine Besetzung nach spezieller  
2537 Qualifikation, um so insbesondere die Verfassungsgerichte vor parteipolitischer  
2538 Einflussnahme zu schützen.

2539 Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen und damit die  
2540 Abhängigkeit von den Justizministerien beenden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss  
2541 durch eine Selbstverwaltung wiederhergestellt werden, so wie es in vielen anderen  
2542 europäischen Ländern üblich ist.

### 2543 **Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren**

2544 Der behördlich organisierte Verfassungsschutz ist zum Regierungsschutz degeneriert  
2545 und wird in seiner jetzigen Form seinen ursprünglichen Aufgaben nicht mehr gerecht. Er  
2546 ist grundsätzlich zu reformieren. Bis dahin ist die parlamentarische Kontrolle durch jede  
2547 der im Parlament vertretenen Fraktionen zu gewährleisten.

2548 Aufgaben wie Terrorabwehr und Schutz vor Spionage bzw. Sabotage sind Aufgaben des  
2549 Bundesnachrichtendienstes und der Polizeibehörden.

### 2550 **Hinweisgeber (Whistleblower) schützen**

2551 Verstöße gegen geltendes Recht durch Regierung und staatliche Einrichtungen wie in  
2552 der Corona-„Pandemie“ und der Migrationskrise haben in Deutschland mittlerweile ein  
2553 unerträgliches Maß angenommen. Hintergründe staatlichen Handelns werden oftmals  
2554 verschleiert, die „vierte Gewalt“ versagt als Kontrollorgan, Untersuchungsausschüsse  
2555 werden häufig verweigert. Oft bleiben nur alternative Medien und Hinweisgeber zur  
2556 Offenlegung regierungsamtlichen Unrechts und seiner Hintergründe, beispielsweise  
2557 wie bei den RKI-Protokollen offengelegt oder bei der Analyse des Corona-  
2558 Krisenmanagements (BMI-Papier KM4-51000/29#2), sowie der Finanzbeamtin der  
2559 Finanzverwaltung Hamburg im Zusammenhang mit dem Warburg-Cum-Ex-Skandal.

2560 Wir fordern eine Revision des Hinweisgeberschutzgesetzes vom 02. Juli 2023 mit dem  
2561 Ziel, Fälle von Staatsversagen und regierungsamtlichem Unrecht einzubeziehen.



## 2562 **EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern**

2563 Die Transformation der EU zu einem den EU-Verträgen widersprechenden  
 2564 supranationalen Bundesstaat ist in den letzten Jahren in allen Bereichen weiter  
 2565 vorangetrieben worden. Wir erleben eine von Brüssel ausgehende illegitime  
 2566 Entdemokratisierung, Zentralisierung, Überregulierung und Planwirtschaft. Die  
 2567 faktische Euro-Transferunion bricht die Verträge zur Euro-Währungsgemeinschaft.  
 2568 Deutschland ist in dieser der größte Nettozahler.

2569 Die Dauerkrise des Euro ist auch Folge der mangelnden Durchsetzung der  
 2570 Stabilitätskriterien im Euroraum und vertragswidriger Schuldenaufnahme. In wichtigen  
 2571 vergemeinschafteten Politikfeldern wie Gemeinschaftswährung, Migrationspolitik und  
 2572 Kohäsion der Einzelstaaten hat die EU versagt.

2573 Beispiele dafür sind:

- 2574 • der umfassend planwirtschaftliche „Green Deal“ auf Basis der CO<sub>2</sub>-Ideologie,
- 2575 • die Ukraine-Militärhilfe-Fonds inkl. der „European Peace Facility“ zur
- 2576 Waffenfinanzierung sowie
- 2577 • die anhaltende und durch Regierungen befeuerte Migrationskrise wodurch eine
- 2578 manifeste Bedrohung der europäischen Demokratie entsteht.

2579 Auch eine programmierbare Währung ist geeignet, die Bürgerrechte zu untergraben;  
 2580 daher lehnen wir den „Digitalen Euro“ ab.

## 2581 **Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten**

2582 Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum  
 2583 planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der  
 2584 Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht  
 2585 verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen  
 2586 Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig.

2587 Wir wollen die Europäische Union samt ihren Bürokratien und Institutionen durch eine  
 2588 Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG) ersetzen, durch einen Staatenbund,  
 2589 dessen Mitglieder konstruktiv und friedlich miteinander kooperieren und auf all jenen  
 2590 Gebieten eng zusammenarbeiten, die besser gemeinsam gestaltet werden können und  
 2591 für alle Beteiligten von Vorteil sind.

2592 Aus unserer Sicht sind dies der gemeinsame Markt, der wirksame Schutz der  
 2593 Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, die Erlangung strategischer Autonomie im  
 2594 sicherheitspolitischen Handeln und die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer  
 2595 verschiedenen Identitäten.

2596 Voraussetzung dafür wäre eine Anpassung der Europaartikel des Grundgesetzes auf  
 2597 Basis einer Volksabstimmung.

2598 Uns ist klar, dass ein harter Bruch kontraproduktiv wäre. Der Übergang in die neue WIG  
 2599 wäre darum sowohl mit den alten EU-Partnerstaaten als auch neuen Interessenten im  
 2600 Konsens zu verhandeln.

2601 Deshalb wollen wir wieder selbstverantwortliche und souveräne Nationalstaaten haben,  
 2602 die in Freiheit und Selbstbestimmung zusammenleben.

## 2603 **Familie und Demografie**

2604 Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie wird gem. Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz  
 2605 vom Staat geschützt und muss gefördert werden. Eine intakte Familie bietet vor allem  
 2606 den Kindern einen geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester  
 2607 Anker in den Stationen des Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben,  
 2608 die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei  
 2609 unerheblich, ob das Zusammenleben zwei oder mehr Generationen umfasst, die sich  
 2610 gegenseitig unterstützen und fördern. In einer unsteten Zeit und einer  
 2611 auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, also  
 2612 ein Zuhause zu haben. Aus Sicht der AfD steht die Familie deshalb für Geborgenheit,  
 2613 Vertrauen, gegenseitige Fürsorge, Schutz und Rückhalt. Eine Familie ist der Ort, um  
 2614 Freude zu teilen, Trost zu finden, Kraft zu tanken sowie Liebe zu empfangen und zu geben.  
 2615 Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art des Zusammenlebens zu  
 2616 ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern.

2617 Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und  
 2618 dass Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das  
 2619 Glück haben, in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben und alle, die in ihrer  
 2620 Familie Leid erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter  
 2621 sowie deren Kinder, für Stieffamilien (Patchworkfamilien) sowie Pflege- und  
 2622 Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen sieht das familienpolitische Programm der AfD  
 2623 umfassende Unterstützungen vor.

2624 Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen  
 2625 zu schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und  
 2626 Belastungen gut verkraften können. Eltern setzen sich für ihre Kinder ein: zeitlich,  
 2627 persönlich und finanziell. Die genannten Aufgaben beanspruchen Zeit, weshalb  
 2628 idealerweise Vater oder Mutter zumindest in der Kleinkindphase ohne finanzielle  
 2629 Einbußen die Möglichkeit haben sollten, zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu  
 2630 arbeiten, wenn sie dies wünschen. Die Familienpolitik der AfD enthält entsprechende  
 2631 Förderprogramme und Unterstützungsleistungen, die dies ermöglichen und damit das  
 2632 Band der Familie stärken.

2633 Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder  
 2634 zwischen der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und  
 2635 geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für  
 2636 eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der  
 2637 Traditionen und der Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik  
 2638 strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in  
 2639 Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere  
 2640 Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.

## 2641 **Starke Familien für eine starke Gesellschaft**

2642 Familien sind heute massiven Belastungen ausgesetzt. Durch Trans-Gender-Hype,  
 2643 Frühsexualisierung und ein als Kinderrechte-Aufklärung getarntes Auspielen der  
 2644 Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien  
 2645 gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und

2646 Erziehungsrarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der „woken“ Gesellschaft nur,  
 2647 wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im  
 2648 Babyalter in staatliche Ganztagsbetreuung geben.

2649 Familien sollen ein sicherer Hafen sein und müssen wieder wirtschaftlich und sozial im  
 2650 Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Der Staat darf nicht in die Familien hineinregieren,  
 2651 sondern muss für gute und gesunde Rahmenbedingungen sorgen.

2652 Forderungen der AfD:

- 2653 • Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, da Kinder bereits
- 2654 Träger aller Grundrechte sind. Letztlich stellen "Kinderrechte" auch
- 2655 Durchgriffsrechte des Staates gegen die Erziehungsrechte der Eltern dar. Genau
- 2656 davor soll das Grundgesetz jedoch schützen.
- 2657 • Kinder sollen in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt
- 2658 unterrichtet werden, um später stabile Familien gründen zu können.
- 2659 • Der generationenübergreifende Zusammenhalt mit Großeltern und Urgroßeltern
- 2660 soll gefördert werden.

## 2661 **Demografische Wende für Deutschlands Zukunft**

2662 Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des  
 2663 Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil  
 2664 damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer  
 2665 Sozialversicherungen. Die Ursachen für den Geburtenrückgang sind vielfältig: Mit der  
 2666 Rentenreform von 1957 wurde die Altersvorsorge endgültig von der Kinderzahl  
 2667 entkoppelt. Mit Sorge beobachten wir, dass Teile der Gesellschaft ihren Kinderwunsch  
 2668 zurückstellen, zugunsten von Einkommen, Karriere oder Selbstverwirklichung. Eltern,  
 2669 die für Familienarbeit ganz oder teilweise zu Hause bleiben, werden in unserer  
 2670 Gesellschaft abgewertet. Insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern sind Arbeit und  
 2671 Familie nur schwer vereinbar. Hinzu kommen kinderbezogene Mehrkosten für  
 2672 Wohnraum, Versorgung und Ausbildung, die bei der Bemessung von Steuern und  
 2673 Sozialversicherungen nur minimal ausgeglichen werden. Gerade Familien der mittleren  
 2674 Einkommensschicht werden dadurch massiv belastet, so dass deren Geburtenrate  
 2675 erschreckend gering ist. Schließlich sind immer weniger Paare wirtschaftlich in der Lage,  
 2676 Erziehungsarbeit zu leisten. Das alles führt zu durchschnittlich kleineren Familien oder  
 2677 zu einer gewollten Kinderlosigkeit.

2678 Die AfD wird diesen kinderfeindlichen Faktoren mit einem positiven Familienbild und  
 2679 einer aktivierenden Familienpolitik begegnen. Zahlreiche Umfragen belegen, dass sich  
 2680 viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfachbelastung und Rollenkonflikten mehr  
 2681 Zeit für ihre Kinder wünschen. Darüber hinaus streben insbesondere Jugendliche eine  
 2682 stabile Ehe und mehrere Kinder an (JID24 – Trendstudie Jugend in Deutschland). Die AfD  
 2683 wird ein Umfeld schaffen, in dem sich Paare diesen Wunsch ohne große  
 2684 Einschränkungen erfüllen können. Durch familienpolitische Impulse soll Paaren die  
 2685 Möglichkeit gegeben werden, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen bzw. mehr Kinder zu  
 2686 bekommen.

2687 Neben der finanziellen Förderung von Kindern wird auch eine zeitliche Entlastung der  
 2688 Eltern angestrebt. Länder und Kommunen sollen angeregt werden,  
 2689 Mehrgenerationenkonzepte zu fördern. Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible

2690 Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern  
 2691 Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können, so sie es wünschen.

2692 Familien sollten idealerweise von einem Gehalt leben können und nicht auf eine  
 2693 Doppelberufstätigkeit angewiesen sein.

2694 Forderungen der AfD:

- 2695 • Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit soll bei der Geburt jedes Kindes eine  
 2696 Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende  
 2697 Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung wird nicht  
 2698 gekürzt.
- 2699 • Mit einem Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag sollen Eltern echte Wahlfreiheit  
 2700 zwischen Fremd- und Selbstbetreuung erhalten. Mehrere Studien belegen, dass sich  
 2701 Kinder unter drei Jahren bei ihren Eltern am wohlsten fühlen (z.B. Großstudie „The  
 2702 NICHD Study of Early Child Care and Youth Development“, 1991 und 2007). Das  
 2703 Betreuungsgehalt für Eltern bzw. Großeltern soll etwa dem durchschnittlichen  
 2704 Nettolohn vor Geburt des ersten Kindes entsprechen.
- 2705 • Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz  
 2706 aufgenommen werden.
- 2707 • Durch soziales Marketing sollen Paare ermutigt werden, ihre Kinderwünsche zu  
 2708 erfüllen.
- 2709 • Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des  
 2710 Kinderfreibetrages insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlasten.
- 2711 • Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 % reduziert werden.
- 2712 • Junge Paare erhalten für die Erstanschaffungen bei Familiengründung unter  
 2713 bestimmten Voraussetzungen einen Ehe-Start-Kredit. Mit jedem Kind wird ein Teil  
 2714 des Kredits erlassen.
- 2715 • BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des  
 2716 Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden.
- 2717 • Für Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 6 Semester  
 2718 verlängert werden.
- 2719 • Der Wildwuchs an teilweise unsinnigen Beauftragten soll auf ein sinnvolles  
 2720 Minimum gekürzt werden. Dabei sollen Familienbeauftragte geschaffen werden.

## 2721 **Willkommenskultur für Kinder**

2722 Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Ohne dieses Recht kann kein  
 2723 anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Durch die Befruchtung wird  
 2724 aus der Eizelle ein menschlicher Embryo. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes steht  
 2725 aber einem Wunsch der Mutter auf Abtreibung diametral entgegen. Beim sorgfältigen  
 2726 Abwägen der Interessen muss Abtreibung die absolute Ausnahme bleiben, z.B. bei  
 2727 kriminologischer oder medizinischer Indikation. Bei jährlich etwa 100.000 (davon nur  
 2728 3.000 aufgrund kriminologischer und medizinischer Indikation) gemeldeten  
 2729 Abtreibungen in Deutschland ist weder das Lebensrecht der Kinder ausreichend  
 2730 geschützt, noch kann davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend  
 2731 über schwere Abtreibungsfolgen und über Hilfsangebote aufgeklärt wurden.

2732 Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem  
 2733 formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses

2734 schwerwiegenden Eingriffs. Sie muss stattdessen dem Schutz des ungeborenen Lebens  
 2735 dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die  
 2736 Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Trotz der weiterhin extrem  
 2737 hohen Abtreibungszahlen ist das bis heute nicht erfolgt. Die Beratungspraxis wird somit  
 2738 aktuell nicht mehr durch das Grundgesetz gedeckt (Untermaßverbot lt. Az. 2 BvF 2/90).

2739 Die hohe Zahl der Abtreibungen zeigt, dass diese im Laufe der Jahre für viele Menschen  
 2740 zu einer Normalität geworden sind. In vielen Fällen wird von außen Druck auf die Mütter  
 2741 ausgeübt. Angst um die Zukunft, Angst vor der Verantwortung und die Sorge, dass ein  
 2742 Kind oder ein weiteres Kind die Partnerschaft überfordern könnte, veranlassen viele  
 2743 Frauen zu diesem gravierenden Schritt.

2744 Forderungen der AfD:

- 2745 • Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der
- 2746 Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen
- 2747 Lebenslagen.
- 2748 • Die Gewissensfreiheit für Ärzte, Abtreibungen zu verweigern, muss erhalten
- 2749 bleiben.
- 2750 • Es darf keine Werbung von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche geben.
- 2751 • Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern
- 2752 Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit diese sich über den
- 2753 Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind.
- 2754 • Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter
- 2755 ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen und
- 2756 Adoptionen erleichtern.
- 2757 • Die AfD lehnt jede Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die
- 2758 Abtreibungen forciert oder verharmlost werden.
- 2759 • Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu
- 2760 erklären.
- 2761 • Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel. Dies lehnen wir ab.

## 2762 **Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache**

2763 Durch die aktuelle Regierung wird das Geschlecht nicht mehr als biologische Tatsache  
 2764 definiert, sondern als ein soziales Konstrukt, welches austauschbar und erweiterbar ist.  
 2765 Männer und Frauen können laut „Selbstbestimmungsgesetz“ ohne Weiteres ihr  
 2766 Geschlecht nach Belieben definieren und per Gesetz einmal im Jahr formell ändern  
 2767 lassen. Die Benennung einer Person nach dem tatsächlichen Geschlecht kann demnach  
 2768 inzwischen sogar angezeigt und mit bis zu 10.000 € Strafe geahndet werden.

2769 Kinder und Jugendliche werden durch einen Trans-Kult in Kita, Schule, Medien, im  
 2770 Internet und durch Gleichaltrige manipuliert. Daraus kann eine falsche Wahrnehmung  
 2771 folgen. Vorschnelle Diagnosen führen dann zur Gabe von Hormonen wie  
 2772 Pubertätsblockern, die ein hohes Risiko für Herzinfarkt, Unfruchtbarkeit und Depression  
 2773 bis hin zum Selbstmord bergen. Zusätzlich können Stimmungsschwankungen,  
 2774 Essstörungen, Psychosen, eine verringerte Libido, Knochen- und Leberschäden und eine  
 2775 verkümmerte Gehirnentwicklung auftreten. Die Bewerbung und Verabreichung von  
 2776 Pubertätsblockern und Hormonen stellt eine Kindeswohlgefährdung dar. In der weiteren



2777 Folge kommt es als logische Konsequenz zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung  
2778 und damit zu einer unumkehrbaren Verstümmelung von jungen Menschen.

2779 Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit muss wieder anerkannt werden, auch wenn dies  
2780 bei einer verschwindend geringen Anzahl von Menschen nicht eindeutig zugeordnet  
2781 werden kann. Weiblichkeit und Männlichkeit und mit ihren unterschiedlichen  
2782 Potentialen sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend  
2783 ergänzen.

2784 Forderungen der AfD:

- 2785 • Es darf keine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Trans-Kult,  
2786 Frühsexualisierung und Genderideologie geben. Jede staatliche Förderung dafür  
2787 muss eingestellt werden.
- 2788 • Die Behandlung hinsichtlich einer Geschlechtsumwandlung darf nur unter strenger  
2789 ärztlicher Betreuung und erst ab Volljährigkeit stattfinden. Zuvor müssen  
2790 psychologische Beratungsgespräche erfolgen.
- 2791 • Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer  
2792 Geschlechtsumwandlung muss verboten werden.
- 2793 • Die Benennung der Wirklichkeit darf nicht strafbewehrt sein. Jeder hat das Recht,  
2794 sich auf wissenschaftliche Tatsachen zu berufen.
- 2795 • Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das  
2796 Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen.

## 2797 **Verantwortungsvolle Kinderbetreuung**

2798 Linke Ideologen versuchen in den letzten Jahren verstärkt, Kinder möglichst früh zu  
2799 beeinflussen. Zum Beispiel werden heute Trans-Kult und Klimahysterie Kindern schon  
2800 im Vorschulalter nähergebracht. Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ versucht, Kinder in  
2801 Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie  
2802 werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört.

2803 Kinder haben das Recht, ohne Verletzung ihrer Intimsphäre und ihrer Schamgrenzen  
2804 ihre eigene Sexualität zu entwickeln. Kinder sollten frei von Indoktrination aufwachsen,  
2805 bis sie vornehmlich in der Familie gefestigt und alt genug sind, sich den Problemen  
2806 unserer Welt zu stellen.

2807 Forderungen der AfD:

- 2808 • Kitas und Schulen sind von Angst und Hysterie freizuhalten; den Kindern ist eine  
2809 positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Auch bei der Ausbildung zum Erzieher  
2810 muss jede Indoktrination in Bezug auf Gender-Mainstreaming und andere  
2811 Ideologien unterbunden werden.
- 2812 • Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der  
2813 bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte  
2814 Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich  
2815 senken wird.
- 2816 • Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als  
2817 verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. In den Ländern sind  
2818 entsprechende Fachaufsichten einzurichten.



- 2819 • Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sind  
2820 Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.

### 2821 **Trennungsfolgen mindern**

2822 Leider spielen Trennungen der Eltern in der Lebensrealität von Kindern eine immer  
2823 größere Rolle. Für sie ist der Verlust der Kernfamilie ein existenzieller Einbruch, mehr  
2824 noch als für das Paar, das sich trennt. Sie fühlen sich oft ohnmächtig und alleingelassen.  
2825 Ein Drittel aller Trennungskinder erleidet den Kontaktabbruch zu einem Elternteil, sie  
2826 verlieren oft eine ihrer innigsten Bezugspersonen. Dabei braucht jedes Kind Vater und  
2827 Mutter in der gesamten Kindheit. Sie helfen ihm jeder auf seine Weise, ihr Umfeld  
2828 emotional und intellektuell zu begreifen, in gesunde Beziehung zu treten und seinen  
2829 Platz in der Welt zu finden.

2830 Leider leistet das aktuelle Sorge- und Unterhaltsrecht einer Verhärtung des  
2831 Trennungskonflikts massiv Vorschub. Wegen starrer Betreuungsregeln im Gesetz wird  
2832 die Barunterhaltspflicht abweichend von der tatsächlichen Betreuungszeit einseitig  
2833 zugeteilt. Dies ist nicht zeitgemäß und führt oft zu finanzieller Überforderung des  
2834 zahlenden Elternteils und zu unnötigen Konflikten.

2835 Die AfD will Rahmenbedingungen für stabile Ehen und Partnerschaften schaffen, damit  
2836 es möglichst gar nicht erst zu Trennungen kommt. Anderenfalls sollen beide Eltern auch  
2837 nach Trennung für Erziehung und emotionale Bindung ihrer Kinder aktiv bleiben. Wir  
2838 wollen Unterhaltspflichten gleichmäßig an die zeitliche Intensität der Betreuung binden  
2839 und so Kosten und Lasten gerechter aufteilen. Unterhalt darf Erwerbsarbeit nicht  
2840 unattraktiv machen. Wir wollen Mechanismen entschärfen, die über das Sorgerecht  
2841 einseitige Manipulationsmacht erteilen und dem Schutz des Kindeswohls zuwiderlaufen.  
2842 Sollte ein Elternteil dennoch bei der Erziehungsarbeit ausfallen, muss dem  
2843 Alleinerziehenden größtmögliche Unterstützung zukommen.

2844 Forderungen der AfD:

- 2845 • Vor Familiengerichtsverfahren soll Mediation verpflichtend sein, die das Kindeswohl  
2846 in den Vordergrund stellt und bei Verweigerung zeitnah wirksame Sanktionen  
2847 vorsieht.
- 2848 • Nach Trennung sollten Kinder möglichst abwechselnd bei beiden Eltern leben und  
2849 den Alltag mit beiden Eltern teilen (Wechselmodell als Regelfall), unter der  
2850 Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen.
- 2851 • Beim Wechselmodell muss das Existenzminimum von Eltern und Kindern in beiden  
2852 Haushalten gesichert werden.
- 2853 • Unbewiesene Behauptungen dürfen nicht zu einem Kontaktabbruch führen, der  
2854 dann Tatsachen für eine Entfremdung schafft.
- 2855 • Eine Umgangsverweigerung muss zeitnah und wirkungsvoll sanktioniert werden.  
2856 Bei Wiederholungsfällen muss das Sorgerecht in Frage gestellt werden.

### 2857 **Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen**

2858 Leider nimmt in Deutschland die Zahl der Familien ständig zu, die mit ihrer Erziehungs-  
2859 und Pflegeaufgabe massiv überfordert sind und daher Unterstützung von außen  
2860 brauchen. Damit einher geht ein kontinuierlicher Anstieg von Inobhutnahmen durch die  
2861 Jugendämter. Oft traumatisieren Inobhutnahmen Kinder weiter, die bereits zuvor in der

2862 Familie traumatisiert wurden, vor allem wenn sich die Entscheidungsverfahren in die  
 2863 Länge ziehen. Hierbei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern und  
 2864 innerhalb derer zwischen verschiedenen Kommunen.

2865 Meist ist die Inobhutnahme die letzte und einzige akut wirksame Maßnahme, um  
 2866 weiteren, größeren Schaden von Kindern abzuwenden. Doch immer wieder zerstören  
 2867 Fehlentscheidungen auch weitgehend intakte Familien, die aus teils banalen Gründen in  
 2868 den Fokus des zuständigen Jugendamts geraten. Hierzu tragen neben teils  
 2869 unzureichender Ausbildung und Missbrauch begünstigenden Machtstrukturen die  
 2870 fortwährende Konfrontation mit versagenden Familien und die oft prekäre  
 2871 Personalsituation in der Jugendhilfe bei. Fehlende Qualitätsstandards für Gutachten  
 2872 erhöhen das Risiko einer gerichtlichen Fehlentscheidung zusätzlich. Hinzu kommt seit  
 2873 einigen Jahren die Überlastung durch die Massenmigration.

2874 Eine Inobhutnahme darf nur erfolgen, wenn der Schaden beim Verbleib in der Familie  
 2875 größer wäre. Es muss mehr getan werden, um Fehlentscheidungen zu verhindern und  
 2876 Eltern möglichst immer in Maßnahmen einzubinden und in ihren Rechten, die Kinder zu  
 2877 beschützen, nicht zu verletzen.

2878 Forderungen der AfD:

- 2879 • Es müssen einheitliche Kriterien für Inobhutnahmen auf Bundes- und Länderebene  
 2880 definiert werden.
- 2881 • Die Anforderungen an Gutachten und Gutachter müssen klar und einheitlich  
 2882 definiert und durch ein Zulassungsverfahren sichergestellt werden.
- 2883 • Kompetente Familienmitglieder – zum Beispiel die Großeltern – sind der Übergabe  
 2884 an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen.
- 2885 • Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern  
 2886 und Geschwister ist zu pflegen.

## 2887 **Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit**

2888 Das Menschenbild der AfD sieht jedes Individuum bestimmt durch seine persönliche  
 2889 Freiheit, durch sein Recht auf umfassende Entfaltung und durch seine persönliche  
 2890 Verantwortung gegenüber Mitmenschen und Gemeinwesen. Es gründet sich auf  
 2891 humanistische und abendländische Werte und Normen, in deren Zentrum die  
 2892 Chancengerechtigkeit steht. Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können  
 2893 Stärken herausgebildet und Schwächen überwunden werden. Dabei muss die  
 2894 Heranführung der Schüler an den Leistungsgedanken alters- und begabungsgerecht  
 2895 erfolgen. Die Schule leistet so einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Schüler  
 2896 und ihrer Befähigung, ihr Leben eigenständig zu gestalten.

### 2897 **Mut zur Leistung**

2898 Ein leistungsorientiertes, mehrgliedriges Bildungswesen ist die Grundlage unseres  
 2899 Wohlstands und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Während seit Jahrzehnten die  
 2900 Zahl der Abiturienten immer weiter steigt und die Noten auf dem Papier immer besser  
 2901 werden, fehlen den Auszubildenden und Studienanfängern jedoch mittlerweile  
 2902 grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten. Statt einer Senkung der  
 2903 Leistungsanforderungen müssen die Bildungsstandards aller Schulformen und

2904 Bildungseinrichtungen wieder auf das Niveau einer führenden innovativen  
2905 Wissenschafts- und Industrienation angehoben werden.

### 2906 **Mehrgliedriges Schulsystem erhalten**

2907 Die AfD befürwortet ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem  
2908 unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Gleichzeitig soll aber  
2909 eine Durchlässigkeit gewährleistet werden. Hochbegabungen sind besonders zu fördern.  
2910 An allen Schulformen sollen die Klassenstärken verringert werden.

2911 Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden; der Haupt- oder  
2912 Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen. Wir werden verbindliche Kriterien  
2913 für den Übergang auf das Gymnasium festlegen.

2914 Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) sind eine sinnvolle Ergänzung des  
2915 staatlichen Bildungswesens.

### 2916 **Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln**

2917 Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet dies sicherzustellen. Er  
2918 kommt dieser Verpflichtung aber nur noch unzureichend nach. Deshalb wollen wir die  
2919 im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer  
2920 Bildungspflicht umwandeln. Das Wohl der Schüler muss dabei immer im Vordergrund  
2921 stehen.

### 2922 **Wiedereinführen von Vorschulklassen**

2923 Die schulischen Leistungen in Deutschland sind seit Jahren rückläufig. Ein Hauptgrund  
2924 hierfür sind Entwicklungsrückstände und zu geringe deutsche Sprachkenntnisse. Wir  
2925 setzen uns für die Einführung einer bedarfsorientierten Vorschule ein, um alle Kinder so  
2926 weit zu fördern, dass sie dem regulären Unterricht folgen können.

### 2927 **Förderschulen als Bildungschance erhalten**

2928 Eine Inklusion muss mit Augenmaß erfolgen, den Kindern Erfolgserlebnisse  
2929 ermöglichen, darf aber Schüler und Lehrer nicht überfordern und die Mitschüler nicht  
2930 am Lernfortschritt hindern.

2931 Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende  
2932 Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.

2933 Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förderschulen ein. Die Förderschule sollte  
2934 wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.

### 2935 **Meinungsvielfalt statt einseitiger Ideologie**

2936 Schule ist kein Ort für politische Propaganda. Sie muss den Schülern die Freiheit geben,  
2937 eigene politische Denkweisen ohne Vorgaben durch Lehrpläne und Unterrichtswerke  
2938 zu entwickeln. Schüler haben das Recht, ihre politischen Ansichten ohne Angst vor  
2939 Repressionen und Diskriminierung durch Lehrer oder Mitschüler äußern zu können.  
2940 Die Lehrer selbst sind unbedingt zur Neutralität verpflichtet. Weder dürfen Sie zur Wahl  
2941 bestimmter Parteien noch zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen.

## 2942 **Sinnvolle Digitalisierung**

2943 Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstattung. Dies ist vor  
2944 allem für den Informatikunterricht, für die Berufsausbildung in technischen Fächern  
2945 sowie für den verantwortungsvollen Umgang mit den KI-Systemen notwendig.

2946 Allerdings muss Digitalisierung stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der  
2947 Arbeitserleichterung betrachtet werden. Eine ausschließliche Verwendung von Tablets  
2948 im Unterricht stellt eine Einschränkung der Methodenvielfalt dar. Online-Unterricht  
2949 sollte möglichst vermieden werden.

2950 Die ersten vier Schuljahre sollten vorwiegend digitalfreie Räume sein, da sie der  
2951 Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben dienen.

## 2952 **Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken**

2953 Um den Auftrag der Schule gerecht zu werden, bedarf es einer Stärkung der rechtlichen  
2954 Sicherheit und der Disziplinarrechte.

## 2955 **Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master**

2956 Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch  
2957 gefährdet das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den  
2958 Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend  
2959 qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, zu viele Lehrlinge brechen die  
2960 Ausbildung ab.

2961 Die beruflichen Schulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung sowie des  
2962 lebenslangen Lernens gestärkt und der Wert der beruflichen Bildung stärker gewürdigt  
2963 werden. Die Haupt- und Realschulen sollen durch Kooperationen mit Unternehmen  
2964 sowie den Industrie- und Handwerkskammern attraktiver werden.

## 2965 **Migration und Bildung**

2966 Die Integration von Migranten ist eine Herausforderung für das deutsche  
2967 Bildungssystem, da viele von ihnen anderen Kulturkreisen und zudem oft  
2968 bildungsfernen Schichten entstammen. Fehlende Vorbildung, mangelnde  
2969 Sprachkenntnisse und kulturelle Differenzen verhindern in vielen Fällen eine  
2970 erfolgreiche Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt.

2971 Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht  
2972 teilzunehmen, muss verpflichtender Deutschunterricht im Vordergrund stehen.

## 2973 **Islamisierung an deutschen Schulen beenden**

2974 Dem politischen Islam darf an deutschen Schulen kein Vorschub geleistet werden.  
2975 Muslimische Schüler dürfen keine Sonderrechte aufgrund ihres Glaubens wie z.B. die  
2976 Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht gewährt werden.

2977 Den Islamunterricht lehnt die AfD ab.

2978 Nur so können wir der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken.

## 2979 **Hochschulsystem und Wissenschaft**

### 2980 **Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen**

2981 Die EU-weite Vereinheitlichung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer  
2982 Verschulung des Studiums geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein  
2983 Studienplatzwechsel erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von  
2984 Bachelor-Absolventen.

2985 Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wiedereinführen. Die  
2986 Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsbürokratie sollen abgeschafft  
2987 werden.

### 2988 **Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre 2989 bewahren**

2990 Wissenschaft und Forschung müssen unabhängig von politischen, ideologischen,  
2991 wirtschaftlichen und finanziellen Interessen sein. Wir wollen eine höhere  
2992 Grundfinanzierung der Hochschulen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu  
2993 verringern. Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter sollen ihre Zeit für die  
2994 Forschung und Lehre verwenden und nicht für das Schreiben von Drittmittelanträgen.  
2995 Das Spektrum von Forschungsgebieten darf nicht durch eine Abhängigkeit von  
2996 Fördermitteln und Geldgebern eingegrenzt werden. Die AfD setzt sich für die  
2997 Technologieoffenheit in Forschung und Entwicklung ein.

2998 Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber mittels standardisierter Eignungstests  
2999 und Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Hochschulen haben zu gewährleisten, dass  
3000 Lehrveranstaltungen und Vorträge frei von politisch motivierten Störungen ablaufen.

3001 Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Die Freiheit von Lehre  
3002 und Forschung ist unbedingt zu gewährleisten. Die zunehmende Einflussnahme „woker“  
3003 Ideologie auf die Universitäten und die Repression gegen unliebsame Dozenten ist zu  
3004 beenden.

3005 Der durch politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen  
3006 Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden. Gleichstellungsbeauftragte sind  
3007 abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des  
3008 Bewerbers entscheiden.

3009 Für internationale Studenten aus Ländern, die nicht Teil des Abkommens über den  
3010 Europäischen Wirtschaftsraum sind, sollen angemessene Studiengebühren erhoben  
3011 werden.

### 3012 **Forschung und Technik**

3013 Die AfD vertraut auf die menschliche Innovationskraft, die für jede Herausforderung  
3014 Lösungen gefunden hat. Wir fordern technikoffenes Denken und Handeln, um  
3015 Wohlstand, gute medizinische Versorgung und hohe Lebensqualität zu fördern.  
3016 Techniken müssen danach bewertet werden, ob sie dem Wohl unserer Bürger, der  
3017 Wirtschaft und der Umwelt dienen. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die  
3018 auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik basieren. Sicherheit sowie  
3019 Wirtschaftlichkeit werden in der Anwendung gewährleistet.



3020 Neue Techniken werden oft aus ideologischen Gründen ohne wissenschaftliche  
 3021 Grundlage abgelehnt. Die AfD wird die Aufklärung über den positiven Einfluss von  
 3022 Techniken auf Mensch und Umwelt vorantreiben.

3023 Eine Entpolitisierung der Forschungslandschaft ist dringend erforderlich, beispielsweise  
 3024 bei den Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten. Staatliche Forschungsförderung ist  
 3025 entscheidend für deren Überleben, wodurch politische Vorgaben die  
 3026 Forschungsschwerpunkte bestimmen und die Unabhängigkeit gefährden.

### 3027 **Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie**

3028 Die AfD lehnt Subvention von Techniken ab. Die staatliche Planung versagt regelmäßig  
 3029 gegenüber dem Markt und schadet unserer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit,  
 3030 wie es z.B. der Niedergang der deutschen Solarindustrie, der e-Mobilität, das  
 3031 Verbrennerverbot und das Heizungsgesetz zeigen. Techniken, welche der strategischen  
 3032 Unabhängigkeit dienen, sollen vom Staat direkt finanziert werden.

3033 Technologien, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen, setzen sich von selbst  
 3034 durch, wie das Internet, Smartphones und der motorisierte Individualverkehr beweisen.  
 3035 Produktionsstandorte entwickeln sich dort, wo Regulierungen, Infrastruktur, Bildung  
 3036 und Kosten eine marktfähige Fertigung ermöglichen.

3037 Die staatliche Subventionierung der Halbleiterindustrie ist ein aktuelles Beispiel für  
 3038 verschwendete Steuermittel.

### 3039 **Kerntechnik**

3040 Die AfD wird in Deutschland neue, dringend benötigte Kernforschungszentren und  
 3041 Kernkraftwerke schaffen, um seine führende Position in der Kerntechnik  
 3042 zurückzugewinnen. Nach dem Ausverkauf deutschen Fachwissens sind gezielte  
 3043 Investitionen notwendig, um innovative Technologien zu entwickeln und neue  
 3044 Fachkräfte auszubilden. Dies dient der Energiesicherheit und dem Wohlstand künftiger  
 3045 Generationen, als auch dem Umweltschutz.

### 3046 **Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft**

3047 Recyclingtechnologien können ein effektives Mittel für einen verantwortungsvollen  
 3048 Umgang mit Ressourcen und Abfällen sein. Sie setzen sich durch, wenn es energetisch  
 3049 effizient und damit kostengünstig ist, Materialien sortenrein zu verarbeiten, und die  
 3050 Verwertung von Reststoffen einen Wettbewerbsvorteil bietet. Deutschland ist in diesem  
 3051 Bereich bereits gut aufgestellt.

3052 Die Forschung an solchen Technologien in staatlichen Instituten, in Kooperation mit der  
 3053 Industrie, könnten dabei helfen, Innovationen voranzutreiben. Pauschale Verbote, wie  
 3054 bei Strohhalmen oder das in der EU diskutierte Verbot ganzer Stoffgruppen wie Teflon  
 3055 und PFAS, lehnt die AfD ab. Stattdessen fordern wir eine evidenzbasierte Bewertung der  
 3056 Risiken einzelner Stoffe.

3057 Die Vermüllung der Weltmeere hat ihren Ursprung nicht in Deutschland, sondern  
 3058 überwiegend in Ländern mit geringem Wohlstand. Hier hat die Politik anzusetzen.



## 3059 **Gentechnik**

3060 Die Verwendung von Produkten aus der gentechnischen Industrie in Nahrung, Kosmetik  
 3061 oder Kleidung, ist im Alltag weit verbreitet. Statt diese Realität zu leugnen, muss  
 3062 Deutschland, als rohstoffarmes Land, technologieoffen sein. Hemmend wirken  
 3063 hierzulande Gesetze wie das Gentechnikgesetz (GenTG), das strenge Auflagen für Anbau  
 3064 und Forschung macht, sowie die EU-Verordnung 1829/2003, die den Einsatz  
 3065 gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln einschränkt.

3066 Die AfD wird eine offene Debatte über die Vorteile der Gentechnik führen und einen  
 3067 pragmatischen rechtlichen Rahmen durchsetzen. Dazu muss auch das GenTG einer  
 3068 kritischen Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere in der Medizintechnik muss  
 3069 eine freiwillige und bewusste Entscheidung der Bürger möglich sein.

## 3070 **Luft- und Raumfahrt**

3071 Die Luft- und Raumfahrt sind Schlüsseltechnologien, in denen private Unternehmen wie  
 3072 SpaceX durch Innovationen, etwa mit wiederverwendbaren Raketen, die Raumfahrt  
 3073 revolutionieren. Im New Space-Zeitalter treiben private Firmen wie SpaceX und  
 3074 Eutelsat OneWeb mit Projekten wie Starlink die Kommerzialisierung des Weltraums  
 3075 voran, etwa durch globale Internetversorgung. Dies schafft Chancen, aber auch  
 3076 Herausforderungen wie Weltraummüll.

3077 Die AfD unterstützt Wettbewerb und Innovation, aber auch staatliche Programme zur  
 3078 Erschließung und Erforschung des Weltalls. Die deutsche Raumfahrtwirtschaft muss  
 3079 konkurrenzfähig bleiben. Durch einen pragmatischen Rechtsrahmen, wie z.B. ein  
 3080 Raumfahrtgesetz, und die Senkung von Arbeitsplatz- wie Energiekosten kann dies  
 3081 unterstützt werden.

## 3082 **Kultur und Medienpolitik**

### 3083 **Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“**

3084 Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation  
3085 weitergegeben werden.

3086 Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere  
3087 Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden u.a. mit dem Christentum,  
3088 der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Die deutsche  
3089 Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und  
3090 uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist  
3091 Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende  
3092 Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht  
3093 durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.

3094 Die Alternative für Deutschland hält an den positiven Werten der Aufklärung und des  
3095 Humanismus fest und fordert eine geistig-kulturelle Erneuerung und Wende auf allen  
3096 Ebenen. Wir wollen die Errungenschaften der deutschen und europäischen Kultur  
3097 bewahren und die grundlegenden Werte der Menschenwürde, der Freiheit und  
3098 Selbstbestimmung in Deutschland und darüber hinaus hochhalten.

### 3099 **Brauchtum und Gedenken**

3100 Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser  
3101 Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen  
3102 Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.

3103 Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität.  
3104 Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch  
3105 Rekonstruktionen wiederhergestellt werden.

3106 Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur  
3107 darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch  
3108 die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer  
3109 nicht bestehen.

3110 Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch  
3111 geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von  
3112 Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht.

3113 Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit  
3114 einer Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis  
3115 unserer kulturellen Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische  
3116 Kraft dieser Demontage unserer historisch-kulturellen Identität entgegen. Die  
3117 sogenannte „Critical Race Theory“, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei,  
3118 lehnen wir ab.

3119 Die AfD wendet sich auch gegen eine pauschale Rückgabe von Sammlungsgütern aus  
3120 kolonialen Kontexten.

3121 Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, den Beschluss des Bundestages endlich umzusetzen,  
3122 ein Mahnmal und ein Informationszentrum für die Opfer der kommunistischen

3123 Gewaltherrschaft zu errichten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die SED-  
3124 Opferrente deutlich erhöht wird und verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden analog  
3125 der Regelung für geschädigte Soldaten leichter anerkannt werden können.

## 3126 **Schutz der deutschen Sprache**

3127 Der Schutz und die Pflege der deutschen Sprache liegt uns besonders am Herzen: Wir  
3128 fordern, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz als Staats- und Amtssprache  
3129 festgeschrieben und damit ihrer Bedeutung für die Einheit der Deutschen Ausdruck  
3130 verliehen wird. Anerkannte Minderheitensprachen sollen selbstverständlich weiterhin  
3131 gleichberechtigt bleiben.

3132 Ideologische Verrenkungen wie die angeblich gendergerechte Sprache haben dagegen  
3133 in Deutschland nichts verloren; ihr Gebrauch soll in öffentlichen Einrichtungen und  
3134 staatlichen Stellen zur Wahrung einer ideologiefreien Verständigung untersagt werden.

## 3135 **Kulturförderung**

3136 In der Kulturförderung muss die künstlerische Freiheit gewahrt bleiben. Politische  
3137 Vorgaben der staatlichen Kulturförderung sind abzulehnen.

3138 Projekte, Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur  
3139 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

3140 Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen  
3141 Aktivitäten des Bundes begrenzen.

3142 Eine ausgewogene Gedenk- und Erinnerungskultur ist zentral für die Identitätsbildung  
3143 in Deutschland. Die Gedenkstätten werden durch den Bund und Länder auskömmlich  
3144 finanziert und behalten ihre politische Unabhängigkeit.

## 3145 **Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen**

3146 Künstler, Musiker und freie Pädagogen sind oft als Freiberufler schwierigsten  
3147 finanziellen Bedingungen ausgesetzt. Eine Umsatzsteuerpflicht ist nicht realistisch  
3148 umzusetzen und drängt diese Personen in illegale Beschäftigungsverhältnisse. Wir  
3149 werden künstlerische und pädagogische Tätigkeiten im Kunst- und Kulturbereich bis zu  
3150 einer sinnvollen Einkommensgrenze von der Umsatzsteuerpflicht befreien. Als  
3151 Pädagogen sind sie oftmals in prekären Anstellungsverhältnissen stundenweise an  
3152 Volks- oder Musikschulen beschäftigt. Die Möglichkeit einer Sozialversicherung z.B. über  
3153 die Künstlersozialkasse muss in jedem Fall gewährleistet sein.

## 3154 **Medienpolitik**

### 3155 **GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe**

3156 Mit rund 9 Milliarden Gebührenaufkommen zuzüglich Werbeeinnahmen ist der  
3157 deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur der teuerste der Welt, sondern er  
3158 verfügt auch über ein Vielfaches an Finanz- und Personalressourcen aller privaten  
3159 Medien insgesamt. Der strukturell, personell und finanziell eng mit den etablierten  
3160 Parteien vernetzte Apparat nutzt diese Macht entgegen den Anforderungen des  
3161 Medienstaatsvertrags gezielt zur Meinungsmache bis hin zur Manipulation.

3162 In seiner jetzigen Form ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr zeitgemäß. Er  
3163 muss grundlegend reformiert, verschlankt und entideologisiert werden.

3164 Die AfD setzt sich vehement für eine nachhaltige Strukturreform des öffentlich-  
3165 rechtlichen Rundfunks ein, dessen Aufgabe allein eine gebührenfreie Grundversorgung  
3166 mit Informations-, Kultur- und Regionalprogrammen sein soll.

3167 **Filmförderung**

3168 Viele der Filmklassiker würde es unter den heutigen Bedingungen nicht mehr geben.

3169 Deshalb muss in der Filmförderung die künstlerische Freiheit wieder der Maßstab sein.  
3170 Vorgaben der staatlichen Filmförderung, die darauf abzielen, ideologische Themen wie  
3171 „Gender“, „Klimaschutz“ oder die „Vielfalt“ thematisch in Filmen zu verankern, um sie  
3172 gesellschaftspolitisch durchzusetzen, lehnen wir ab.

3173 Filmproduzenten sollen zudem in der Lage sein, wirtschaftlich zu handeln und Projekte  
3174 nach Markt- und Publikumsinteressen umzusetzen, ohne durch staatliche Richtlinien in  
3175 ihrer kreativen und wirtschaftlichen Freiheit eingeschränkt zu werden.